

N 20587 F

Fragen der Freiheit

Währungs-Chaos – Währungs-Ordnung
Eine volkswirtschaftliche Studie

Heft 122
September/Oktober 1976



Usus pecuniae
in emissione ipsius

Thomas von Aquino

FRAGEN DER FREIHEIT

- Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft -

Folge 122

September/Oktober 1976

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Verfassers	3

I.

Allgemeine Betrachtungen über die derzeitigen Lehrmeinungen

Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung	5
Sparen, Investieren; Geld und Kredit	8
Horten, Enthorten	13
Der Kampf gegen den Boom	16
Die Notenbank	22
Neubeginn 1945	24
Flexible Wechselkurse	26
Milton Friedman	29
Schleichende Inflation oder geregeltes Kaufkraftgefälle	33
Banknote oder Geldschein	38
Geld und Preis	43
Geld und Zins	50
Kontroversen	53

II.

Die dynamische Währungsordnung

Einleitung	60
Begriffsbestimmung	60
Das Bundesamt für Währung und Wirtschaft	61
Die wirksame Nachfrage	63
Die unsichere Zukunftserwartung	64
Das gesetzliche Fundament	65
Auswirkungen	71
Schlußbetrachtung	75

Nachwort	76
--------------------	----

Währungs-Chaos – Währungs-Ordnung

Eine volkswirtschaftliche Studie

Walter Aden

Vorwort*

Die nachstehenden Ausführungen sind für den engagierten Laien bestimmt. Die ersten Kapitel behandeln daher zunächst einige volkswirtschaftliche Basisbegriffe, die dem Kenner der Materie uninteressant erscheinen mögen aber für die Weiterentwicklung der Gedankenkette bedeutsam sind.

Heute hat man sich offenbar mit der Tatsache abgefunden, daß der Geldwert (die Kaufkraft des Geldes) einem laufenden Schrumpfungsprozeß unterliegt, zumal alle Bemühungen, zu einem kaufkraftbeständigen Gelde zu gelangen, bereits in den ersten Anfängen steckengeblieben sind. Dennoch aber wird die Geldeinheit trotz ihrer Unstabilität weiterhin als Basis für jede Messung und jeden Vergleich verwendet. Die Nachteile und Reibungen, die sich hieraus für den volkswirtschaftlichen Zeitablauf ergeben, sind bekannt und brauchen nicht näher erläutert werden.

Es ist daher durchaus nicht abwegig, nach einem außerhalb des schrumpfenden Geldwertes liegenden unveränderlichen Wertmaß zu suchen. Um hier zum Ziele zu kommen, war es erforderlich, den Begriff »Geld« und »Geldwert« klar zu definieren.

Wenn Professor Paulsen behauptet,

»Geld ist kein Schuldschein, es hat den selbständigen Wert höchster Liquidität insofern, als es in der Gesellschaft, in der es gilt, einen allgemein sachlich und zeitlich nicht bestimmten Anspruch auf alles darstellt, was überhaupt einen Preis hat und käuflich ist«,

so soll nicht bezweifelt werden, daß das Geld wertvoll und begrenzwert ist; woher aber nimmt es seinen Wert? –

Wenn Paulsen behauptet, daß das Geld einen Anspruch auf alles darstellt, was einen Preis hat und käuflich ist, so dokumentiert er damit gleichzeitig die Abhängigkeit des Geldwertes vom Güterangebot. Also hat das Geld keinen selbständigen sondern einen *entlehnten* Wert. Denn eine Geldsumme, allein betrachtet, ist eine abstrakte Zahl, die nur durch den Vergleich mit den Gütern, die man damit kaufen kann, konkrete Gestalt annimmt.

* Vergl. Nachwort Seite 76

Diese Erkenntnis gibt dem Wirtschaftsablauf ein neues Gepräge; denn konsequenterweise kann alsdann von einer realen Preissteigerung nicht die Rede sein, wenn die nominale Steigerung der Güterpreise und der Einkommen proportional verläuft.

Die Massenmedien (Presse, Rundfunk, Fernsehen), denen die Pflicht obliegt, die Bevölkerung zu informieren, machen sich eines schwerwiegenden Versäumnisses schuldig, wenn sie einseitig über die gestiegenen in Geldeinheiten gemessenen Güterpreise berichten, dabei aber vergessen, die Einkommensentwicklung anzuführen, obgleich allein das Verhältnis dieser beiden Größen für die reale Beurteilung der Situation entscheidend ist. Eine solche Berichterstattung entbehrt nicht einer tendenziösen Note.

Es ist vollkommen abwegig, von einer *Teuerung* zu sprechen, wenn beispielsweise die Güterpreise um 5% und die Einkommen zugleich um 10% angestiegen sind. Durch das Wort »Teuerung« aber wird der Öffentlichkeit eine Notlage vorgegaukelt, die in der Realität gar nicht vorhanden ist.

Mit diesem Beispiel soll lediglich gezeigt werden, wie sich die Urteilsfähigkeit wandelt, wenn sie auf eine neue Ausgangsbasis gestellt wird. Näheres über dieses Spezialthema kann der Leser aus den Kapiteln »Geld und Preis« (Seite 43) sowie »Geld und Zins« (Seite 50) ersehen.

Ich habe nach zweijähriger Arbeit – mit Unterbrechungen – am 30. April 1971 unter meine Ausführungen den Schlußstrich gezogen. Auf die Ereignisse, die sich nach diesem Termin auf der währungspolitischen Bühne abspielten, bin ich nicht eingegangen, da sie sich noch in vollem Fluß befinden und daher einer abschließenden Beurteilung nicht zugänglich sind.

Die Erkenntnisse, die ich hiermit einem möglichst breiten Publikum vermitteln möchte, sind keine ursächlichen eigenen Gedankenprodukte. Ich habe im ersten Teil die von maßgebenden und gutberufenen volkswirtschaftlichen Autoren vertretenen Thesen unter die Lupe genommen, Zustimmung, Widersprüche, Lücken aufgezeichnet und dabei nichts anderes getan, als die gedanklichen Ansätze dieser Fachgelehrten ausgedeutet und ergänzt. Hieraus entstand durch logisches Aneinanderreihen der Gedankenfolge die im zweiten Teil beschriebene »Dynamische Währungsordnung«.

I. Allgemeine Betrachtungen über die derzeitigen Lehrmeinungen.

Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

»Ricardo hat England so vollständig erobert, wie die Heilige Inquisition Spanien. Nicht nur wurde seine Theorie von der City, von Staatsmännern und von der akademischen Welt angenommen, sondern der wissenschaftliche Streit nahm ein Ende. Das große Rätsel der wirksamen Nachfrage, mit dem Malthus gerungen hatte, verschwand aus der wirtschaftlichen Literatur. Man wird sie in den gesamten Werken von Marshall, Edgeworth und Prof. Pigou, die der klassischen Theorie ihre reifste Verkörperung gaben, auch nicht ein einziges Mal nur erwähnt finden. Sie konnte nur verstohlen unter der Oberfläche weiterleben, in den Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell und Major Douglas«. (J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie* 3/III, 28).

Keynes aber hat die Welt erobert, weil er mit seiner neuen Wirtschaftslehre die *Vollbeschäftigung* zum Postulat ersten Ranges erklärte. Damit begab er sich bewußt in den Kreis der Unterweltler, von denen jedoch nur einer, nämlich Karl Marx bei einem Teil der Weltbevölkerung auf Resonanz gestoßen ist.

Der nachhaltige Einfluß des Marxismus wird allein durch die Tatsache unterstrichen, daß in allen Ländern der freien Welt das Streikrecht als Erfolg versprechendes Kampfmittel zur Durchsetzung von Lohnforderungen verfassungsmäßig anerkannt ist, obgleich es feststeht, daß der durch Streiks verursachte Produktionsausfall den Lebensstandard bescheidet.* Jedenfalls ist die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor, mit dem die Staatsführungen rechnen müssen.

Die Gefahr vor dem Kommunismus marxistischer Prägung ist somit keineswegs gebannt. Hiergegen gibt es nur eine wirksame Abwehr, nämlich die uneingeschränkte Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit und Lohn für jeden Einzelmenschen.

Ricardo, der klassische Vertreter des Laissez-faire, dessen Lehre von Keynes scharf angegriffen wird, betrachtete die Konjunkturschwankungen, insbesondere die Krisen, als naturgegebene Reinigungsprozesse. Keynes verlangt eine Vermehrung der Produktionsstätten, eine Steigerung der Investitionen bis zu einer Größenordnung, die den Einsatz aller Arbeitswilligen sicherstellt.

* Je mehr produziert wird, desto mehr kann verbraucht werden. Steigende Produktion ist somit identisch mit steigendem Lebensstandard. Streiks aber bewirken das Gegenteil. Ein anschauliches Beispiel hierfür liefern die Verhältnisse in Großbritannien.

Die Frage nach dem hierzu erforderlichen Instrumentarium läßt Keynes offen; er sagt lediglich, daß dem Staat genügend Mittel zur Verfügung stehen, um Krisenerscheinungen nicht aufkommen zu lassen.

Keynes vertritt die Ansicht, daß der Entschluß zum Investieren eines Anstoßes durch die *wirksame Nachfrage* bedürfe. Dieser Anstoß ist gegeben, sobald die Nachfrage das Angebot übersteigt, was sich in einer Preissteigerungstendenz bemerkbar macht. Die Produzenten werden alsdann die Entwicklung der näheren Zukunft optimistisch beurteilen und nach Erhöhung ihres Ausstoßes trachten, wodurch zusätzliche Investitionen erforderlich werden. Aus der gleichen Tendenz heraus werden neue Produktionsstätten und Arbeitsplätze entstehen.

Ricardo's Schriften entstanden anfangs des 19. Jahrhunderts; sein Hauptwerk erschien im Jahre 1816. Zu dieser Zeit gab es noch keine Banknoten im heutigen Sinne. Die damaligen Geldscheine waren auf den Inhaber lautende Sichtzertifikate, die ohne Legitimationsprüfung in »klingender Münze« eingelöst werden mußten. Auch gab es keine mit der Jetztzeit vergleichbare Sparkassen und Geschäftsbanken, daher auch kein Buchgeld. Das Nachrichtenwesen, heute ein unentbehrlicher Faktor im Wirtschaftsleben, war äußerst primitiv entwickelt; es gab nur Postkutschen und Depeschenreiter. Morse hat erst im Jahre 1847 den ersten brauchbaren Telegraphen konstruiert. Daher waren Sparen und Horten zu dieser Zeit identische Begriffe. Zwischen der primitivsten Form des Sparens – nämlich des Hortens – und der langfristigen Kapitalanlage existierten keine nennenswerten Zwischenstufen. Die Sparkassen befanden sich seinerzeit erst am Anfang ihrer Entwicklung.

Auch Keynes scheint sich in diesem Punkt von Ricardo nicht gänzlich gelöst zu haben, denn er spricht vom Sparen und meint Horten. Nach heutigem Brauch aber repräsentiert das Sparkassen- oder Banksparbuch den Sparbegriff.

Der Einwand, daß jeder Sparvorgang mit der Hortung beginne, ist zwar richtig, aber nicht stichhaltig, denn die Hortung ist wirtschaftlich nur dann als gegeben anzusehen, wenn sie bewußt betrieben wird. Als Durchgangsstation ist sie immer kurzfristig und eine nicht wegzudenkende wirtschaftliche Tatsache. Ebenso gut könnte man behaupten, daß die gesamte Geldemission gehortet sei, da sie notgedrungen der Summe aller Kassenbestände entsprechen müsse.

Nach Keynes ist erspartes Geld dem Verbrauch entzogen, wodurch ein entsprechender Teil von Verbrauchsgütern unverkauft bleibt. Dieser Auslegung kann nicht vorbehaltlos zugestimmt werden. Denn auch Investitionsgüter müssen einen Produktionsprozeß durchlaufen, und das hierfür aufgewandte aus Ersparnissen stammende gegen Zins geliehene Geld gelangt

in Form von Einkommen entweder direkt oder über die Zulieferer an die mit der Herstellung von Investitionsgütern beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die es durch Erwerb von Konsumgütern verausgaben. Die infolge des Konsumverzichtes der Sparer unverkauft gebliebenen Verbrauchsgüter finden demnach dennoch ihre Abnehmer.*

Konsumverzicht ist subjektiv; einen objektiven Konsumverzicht gibt es in diesem Zusammenhang nicht, denn das verliehene Geld geht nicht unter, es wird an irgend einer Stelle wieder zu Konsumzwecken verausgabt.

Der Wirtschaftskreislauf wird somit durch das Sparen in keiner Weise gestört; lediglich gehortetes Geld entzieht sich dem Kreislauf. Das Horten von Geld ist jedoch bei steigenden Preisen verlustbringend, und hierauf basiert die moderne Vollbeschäftigungs- und Wachstumstheorie.

Bekanntlich sitzt bei steigenden Preisen das Geld locker. Der Einkommensbezieher kauft Verbrauchsgüter und, sofern es die Höhe seines Einkommens gestattet, Investitionsgüter und zwar indirekt, indem er sein Geld bei einer Bank oder Sparkasse hinterlegt, oder auch unmittelbar in Form von offenen oder stillen Beteiligungen durch Erwerb von Aktien oder Geschäftsanteilen oder in Form von Leihgeld gegen Schuldschein, Obligationen u. a. m., wobei die Höhe des Zinses nicht allein durch den Bedarf an Leihgeld bestimmt wird, sondern auch die *ungewisse Zukunftserwartung* ihren Niederschlag findet.

Keynes behauptet im Gegensatz zur Klassik, daß die Höhe des Zinses auf die Spartätigkeit nur einen geringen Einfluß ausübe, vielmehr sei für das Sparen die individuelle Einkommenshöhe bestimmend. Das heißt: Bezieher von niedrigen Einkommen sparen im Vergleich zu ihrer Einkommenshöhe wenig oder gar nichts; das gesamte Einkommen wird auf dem Konsumgütersektor verausgabt. Je höher das Einkommen, desto höher ist der Anteil der Ersparnisse. Der Drang zur Vermögensbildung kann sich daher nur bei den Beziehern höherer Einkommen entfalten.

Es wurde bereits gesagt, daß zur Steigerung der Produktivität erhöhte Investitionen erforderlich sind. Die Gelder, die zur Herstellung der erforderlichen Produktionsgüter benötigt werden, liefert – sofern ein Volk nicht gänzlich verarmt ist, wie es in Deutschland nach Kriegsende der Fall war – der private Sparer. Er verzichtet gerne auf seine *Liquiditätspräferenz*, wenn sein Geld dem Entwertungsdruck in Form steigender Preise ausgesetzt ist.

* Prof. Paulsen behauptet zwar (Neue Wirtschaftslehre IV/71): »... nicht auf den Akt des Hortens, sondern auf den des Sparens ist zurückzuführen, daß die Nachfrage durch Verwendung von Einkommen für Verbrauchsgüter sinkt...«, was zu dem Obengesagten im Widerspruch steht. Demgegenüber ist gleichgewichtig festzustellen, daß ein Rückgang der Investitionstätigkeit ebenfalls zu einem Nachlassen der Nachfrage nach Konsumgütern führt. Mangels Anlagemöglichkeiten ruhen die Ersparnisse in den Kassen, und das ist Hortung, wenn auch unfreiwillig.

Was nun das Unternehmertum betrifft, so spielt für dessen Entscheidungen die Zukunftserwartung eine ausschlaggebende Rolle. Aber nicht nur die Unternehmer, sondern schon die Jugend steht bei der Berufswahl vor der Frage, wie sich die Zukunft gestalten wird. Ein sehr deutliches Beispiel zeigt der Bergmannsberuf. Das Risiko einer Fehldisposition erstreckt sich auf alle im Wirtschaftsleben denkbaren Individualentscheidungen.

Sofern dem im Existenzkampf stehenden Menschen die Ursachen vor-enthalten bleiben, die den Konjunkturverlauf bestimmen, ist er auch nicht in der Lage, seine Dispositionen den Verhältnissen rechtzeitig anzupassen. Daher wird jeder Schaffende, solange er in einer Welt lebt, in welcher der Konjunkturverlauf unerwarteten Ausschlägen nach oben oder unten ausgesetzt ist, zum Spekulanten; er muß auf die Zukunft tippen, muß riskieren. Der eine hat Glück, der andere Pech.

Professor Dr. *Paulsen*, Dozent an der Freien Universität Berlin, schreibt in diesem Zusammenhang in seiner Neuen Wirtschaftslehre zu der Frage »Liquiditätspräferenz und Preiserwartungen (IV/253)«:

»Es gibt kein anderes Motiv für den Aufbau des realen Wertes der Kassenhaltung über den Transaktionsbedarf hinaus, als die Ungewißheit der Erwartungen«,

was sich nicht nur auf die Kassenhaltung beschränkt, sondern auf die gesamte Wirtschaftsstruktur projizierbar ist. Paulsen untermauert seine Feststellung, indem er Keynes zitiert (New Economics S. 189):

»Wäre unsere Kenntnis der Zukunft berechenbar und nicht plötzlichen Veränderungen unterworfen, dann könnte es gerechtfertigt sein anzunehmen, daß die Liquiditätspräferenz sowohl stabil wie sehr unelastisch sei«.

Zwar wird für den Einzelmenschen, sei es bei der Berufswahl oder bei unternehmerischen Entscheidungen, das Zukunftsrisiko niemals gänzlich auszuschalten sein. Immerhin reift bei Lesern dieser Sätze der Gedanke, nach einer Wirtschaftsform zu suchen, welche eine Vorausschau über die Entwicklung des Konjunkturverlaufes wenigstens in grosso modo ermöglicht. Auf diese Idee ist Keynes nicht gekommen, obgleich der Außenseiter Silvio Gesell, dessen Schriften er zwar kannte, sie aber inhaltlich nicht genügend verkräftete, bereits im Jahre 1891 als erster und bisher einziger einen Weg beschrieben hat, der eine Lösung dieses Problems ermöglicht.

Sparen, Investieren; Geld und Kredit.

In Abweichung von der Klassik behauptet Keynes, daß Sparen nicht identisch sei mit Nachfrage nach Investitionsgütern; das bedeutet, daß dem Drang zur Vermögensbildung und dem Drang zum Investieren verschiedene Motive

zugrunde liegen. Keynes folgert hieraus, daß Krisenerscheinungen eintreten, wenn mehr gespart als investiert wird, und umgekehrt floriere das Wirtschaftsleben, wenn mehr investiert als gespart wird.

Hiergegen ist von verschiedenen Seiten der Einwand erhoben worden, daß Investitionen stets das Vorhandensein von Ersparnissen voraussetzen, denn ohne Geld könnten schließlich keine Investitionsgüter entstehen. Das ist richtig, und Keynes hat das Gegenteil auch nicht behauptet.

Wenn Investitionsgüter nur durch Einsatz von Geldmitteln entstehen können, so besteht aber auf der anderen Seite durchaus die Möglichkeit, daß zu gewissen Zeiten weniger investiert wird, als es die vorhandenen Geldmittel erlauben würden. Im letzteren Falle liegen die nicht investierten Gelder brach, sie sind thesauriert. Damit ist aber die Möglichkeit gegeben, zu einem späteren Zeitpunkt Investitionen mit enthortetem Geld durchzuführen, ohne daß zur gleichen Zeit neue Ersparnisse entstehen. Keynes hat somit lediglich zum Ausdruck gebracht, daß die Vorgänge des Sparens und Investierens nicht parallel verlaufen. Dagegen besteht eine Parallelität zwischen Horten und Enthorten einerseits und dem Ab und Auf im Konjunkturverlauf andererseits. Mit dieser Feststellung sind allerdings die Ursachen, die für das Verhalten des Sparers und Investors richtungweisend sind, nicht ergründet.

Die primitivste Form des Sparens ist die Kassenhaltung in Form von Bargeld. Die nächst höhere Stufe ist das täglich fällige Bankguthaben, das Giro- oder Scheckkonto, auch Call-Gelder genannt. Hiermit kann der Bankier naturgemäß nicht viel anfangen, da er in angemessenem Umfange Barreserven unterhalten muß, um zu jeder Zeit im Rahmen dieser Verpflichtungen zahlungsbereit zu sein. Dennoch bestehen für die Geschäftsbanken begrenzte Möglichkeiten, einen Teil der kurzfristigen Kundeneinlagen nutzbringend zu verwenden. Hierher gehören Überbrückungskredite verschiedener Art, das sind Vorfinanzierungen von kurzfristig zu erwartenden Zahlungseingängen. Darüber hinaus kann der im Bankenjargon mit *Bodensatz* bezeichnete Teil der kurzfristigen Kundeneinlagen auch zur Gewährung von Betriebsmittel- und Diskontkrediten (Wechselankäufen) eingesetzt werden. Letztere haben den Vorzug, unter gewissen Voraussetzungen bei der Notenbank rediskontierbar zu sein.

Der Bodensatz ist jedoch keine feste Größe; er unterliegt saisonalen Schwankungen, und zu den Steuerterminen zerfließt er wie Eis in der Sonne.

Täglich fällige Bankguthaben sind für die Inhaber Kassenbestände wie bares Geld; die Liquidität der Kontoinhaber wird damit in keiner Weise eingeschränkt. Es liegt im Verantwortungsbereich des Bankiers, den Dispositionen der Einleger zu jedem Zeitpunkt Genüge zu leisten.

In diesem Zusammenhang sei noch vermerkt, daß kurzfristige Bank-einlagen, sofern sie sich der Höhe nach im Rahmen der geschäftlichen oder privaten Dispositionserfordernisse bewegen, keine Ersparnisse darstellen. Wenn diese Bestände aus spekulativen Gründen höher als notwendig gehalten werden, haben sie Hortungscharakter.

Bei der nächstfolgenden Kategorie, nämlich bei den Spareinlagen, handelt es sich dagegen stets um *echte* Ersparnisse. Aber auch hierfür ist die Bereitstellung von Liquiditätsreserven seitens des Bankiers erforderlich, denn die Einzahlung auf Sparkonto bedeutet für den Sparer nur einen teilweisen Liquiditätsverzicht; er ist auf Grund der Sparkontobedingungen berechtigt, innerhalb von 30 Zinstagen bis zu DM 2.000.- ohne vorherige Kündigung von seinem Sparguthaben zu beheben; unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten kann er sogar über sein gesamtes Guthaben verfügen. Dennoch bilden die Spareinlagen eine solide und zuverlässige Basis für die Betätigung der Bankiers im Aktivgeschäft. Sie gestatten ihm eine sehr weitgehende Bewegungsfreiheit.

Die Reihe läßt sich nun weiter fortsetzen, angefangen bei den Termingeldern mit Laufzeiten von einigen Monaten bis zu mehreren Jahren. Endstation ist die langfristige Kapitalanlage mit Fristen von 10 bis 20 Jahren und darüber, wie Hypotheken, Pfandbriefe, Staats-, Kommunal- und Industrieobligationen, Beteiligungen, Aktien usw.

Aus den vorstehenden Erörterungen ist der Schluß zu ziehen, daß mit der Perfektionierung des Scheck- und Überweisungsverkehrs auf der Basis täglich fälliger Bankguthaben die Kassenhaltung in Form von Bargeld wesentlich an Bedeutung eingebüßt hat. Jeder Einzelhandelskaufmann packt abends nach Geschäftsschluß seine Tageslosung in eine Kassette, die er in den Nachttresor seiner Bank einwirft. Er bewahrt hierdurch seine Tageseinnahmen vor der Feuer- und Diebstahlsgefahr ohne sich seiner Liquidität zu begeben, denn er kann über sein Bankguthaben jederzeit verfügen, als ob es sich um bares Geld handle.

Ferner lassen eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten ihre Einkommensbezüge auf ein Bankkonto überweisen. Wenn auch viele unter ihnen ihre Lohn- bzw. Gehaltsbezüge sofort beheben und darüber hinaus auch noch Vorschüsse in Anspruch nehmen, so läßt ein anderer beachtlicher Teil seine Ratenverpflichtungen, Mieten, Telefon- und Lichtrechnung usf. mittels Dauerauftrag im Überweisungswege begleichen.

Damit haben sich die Geschäftsbanken zu Geldsammelbecken entwickelt; es liegt in ihrem Entscheidungsbereich, wie sie diese Barmittel nutzbringend und möglichst risikolos plazieren.

Die Frage des Hortens und Enthortens konzentriert sich damit keineswegs auf das Verhalten der Bankiers, denn letztenendes bestimmt immer

noch der Kunde, was mit seinem Geld geschieht. Der Kunde entscheidet, ob sein der Bank anvertrautes Geld jederzeit abrufbar sein soll oder ob er ein längerfristiges Engagement einzugehen gedenkt. Der Bankier entscheidet über die Art der Plazierung der auf ihn zukommenden Gelder, indem er unter Schonung seiner Liquidität Kontokorrent-, Diskont- und sonstige Kredite hinauslegt, Wertpapiere erwirbt oder sich auch langfristig engagiert, sofern er es aufgrund seines Finanzstatus' verantworten kann. Alle Entschlüsse, die in diesem Zusammenhang zu treffen sind, werden dem Privatmann, dem Unternehmer und dem Bankier durch die wirtschaftlichen Verhältnisse vorgezeichnet. Das Verhaltensmotiv ist immer wieder das gleiche, nämlich die Beurteilung der Zukunftserwartungen. Dabei sind die Bankiers ebensowenig mit hellseherischen Fähigkeiten ausgestattet, wie der kleine Mann auf der Straße.

Solange die Wirtschaft floriert und die Preise nach oben tendieren, wird gespart und investiert. Drosselt dagegen die Notenbank den Geldhahn durch Erhöhung der Geld- und Mindestreservesätze, so ist das eine Konjunkturbremse, die zu Preis- und Kursrückgängen führen kann. Die Investitionstätigkeit klingt ab und damit auch der Kreditbedarf. Unter diesen Umständen kann sich das Hamstern von Bargeld – hierzu gehören auch kurzfristig verfügbare Bankguthaben – als lohnendes und zudem vollkommen risikoloses Geschäft erweisen, weil man, je länger man wartet, für den gleichen Geldbetrag mehr kaufen kann. Bei steigenden Preisen ist es umgekehrt; die Hortung ist verlustbringend, weil man, je länger man wartet, für den gleichen Geldbetrag immer weniger kaufen kann.

Keynes versuchte die Ursachen zu ergründen und kam bei seinen Untersuchungen zu dem Schluß, daß das Dilemma beim Versagen der *wirksamen Nachfrage* zu suchen ist. Das bedeutet eine Abkehr vom klassischen Laissez-faire.

Immerhin sind die Lehren der Klassik in Bezug auf die Preisrelationen innerhalb eines geschlossenen Wirtschafts- und Währungsgebietes durchaus anwendbar. Wenn beispielsweise das Angebot einer bestimmten Ware größer ist als die Nachfrage, so wirkt der Angebotsdruck preissenkend. Das Heilmittel ist Drosselung der Produktion dieser Ware, bis sich Angebot und Nachfrage wieder ausgependelt haben. Ebenso ist es umgekehrt. Wohl gemerkt: Dieses Gesetz ist nur auf die Preisrelationen anwendbar.

Gehen aber die Preise auf der ganzen Linie in die Höhe – oder auch herunter-, so hat dies nur eine einzige Ursache, nämlich in der veränderten Kaufkraft des Geldes.

Es ist ein großer Unterschied, ob sich innerhalb eines volkswirtschaftlichen Warenbündels die Tauschrelationen verschieben oder ob das gesamte Warenbündel von einer Preissteigerung bzw. einem Preiserfall erfaßt wird.

Wenn man die Keynes'sche Lehre von der Disparität des Sparens und Investierens überdenkt, so muß gefolgert werden, daß bei rückläufigen Preisen der Liquiditätsdrang zunimmt und bei steigenden Preisen abnimmt. Prof. Paulsen spricht in diesem Zusammenhang vom realen Wert der Kassenhaltung, wobei er offenbar meint, daß die Kaufkraft eines unveränderten Geldbetrages zunimmt, wenn die Preise fallen. Ausschlaggebend ist die Zurückhaltung der Konsumenten, wenn die Preise am Absinken sind; man schränkt sich ein, lebt bescheidener, beabsichtigte Anschaffungen werden hinausgeschoben. Dabei ist es unwesentlich, ob sich unter solchen Umständen die realen Kassenbestände erhöhen, ausschlaggebend ist der Trend, der Drang nach Liquidität, das Abwarten auf weitere Preisrückgänge. Die Umsatztätigkeit schrumpft, Zahlungseinstellungen, Wechselproteste und Konkurse nehmen zu, Existenzen werden vernichtet, die Arbeitslosenziffer schwillt in beunruhigender Weise an. Wenn Professor Paulsen meint, daß ein zusätzliches Horten bei unveränderter Geldmenge unmöglich sei, so trifft das rechnerisch zwar zu. Hier aber dreht es sich um die Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben, wenn ein mehr oder weniger großer Teil der vorhandenen Zirkulationsmittel durch Zurückhaltung dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird. In diesem Zusammenhang sei an die Deflationspolitik der Dreißigerjahre erinnert (unter Brüning als Reichskanzler und Luther als Reichsbankpräsident), die das deutsche Volk an den Rand der Verzweiflung trieb.

Keynes betrachtet als Ursache von Krisenerscheinungen das Versagen der wirksamen Nachfrage. Sofort taucht die Anschlußfrage auf: Weshalb versagt die Nachfrage? – Wo ist das Anstoßmoment, welches die wirtschaftlichen Schwankungen nach der einen oder anderen Richtung hin auslöst? –

Der eine behauptet: Die Preise sinken, weil die Nachfrage versagt. Nein, sagt der andere, das Gegenteil ist richtig: Die Nachfrage zieht sich zurück, weil die Preise am Sinken sind. Beide Ansichten sind, obwohl sie sich in Form und Ausdruck diametral gegenüberstehen, weder falsch noch richtig; denn es handelt sich hier zweifellos um einen Kreislauf von Ursachen und Wirkungen ohne erkennbaren Ansatzpunkt (Kreislauftheorie).

Es gibt Krankheiten, deren Ursachen unbekannt sind; dennoch sind sie dank der Fortschritte in der Medizin und Pharmazeutik heilbar. Wenn man eine Wirtschaftskrise als Krankheitserscheinung betrachtet (im Gegensatz zur Klassik, die hierin einen Reinigungsprozeß sieht), so hat Keynes den Punkt gefunden, an dem das Skalpell anzusetzen ist, nämlich bei der »wirksamen Nachfrage«.

Zur Zeit sind die ungewissen Zukunftserwartungen ausschlaggebend, sowohl für das Verhalten des Sparerers, ob er sein Geld hortet oder langfristigt anlegt, als auch für den Industriemanager, ob er investiert oder

desinvestiert. Entscheidend ist stets das Funktionieren der wirksamen Nachfrage, gleichgültig, ob sie sich auf dem Konsum- oder Investitionsgütersektor betätigt.

Alles hängt von dem *großen Rätsel der wirksamen Nachfrage* ab. Mit seiner Lösung wäre der Weg geebnet, um das mit den Begriffen »Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung« vorgezeichnete Ziel zu erreichen bzw. sofern es bereits erreicht sein sollte, zu konsolidieren.

Diese Frage wird damit zu einem technisch-organisatorischen Problem, das infolge von Meinungsverschiedenheiten unter den Fachgelehrten über im Anfangsstadium steckengebliebene Lösungsversuche nicht gelöst ist.

Horten, Enthorten.

Auf Seite 9 dieser Betrachtungen wurde bereits gesagt, daß Keynes aus den Disparitäten zwischen Sparen und Investieren die Konjunkturschwankungen herleitet. Professor Paulsen demonstriert die Vorgänge auf Seite 84 seines Buches (*»Neue Wirtschaftslehre«* IV. Aufl. 1958) in drei Schaubildern. Er schreibt hierzu einleitend:

»Gleichmäßig wird angenommen, daß in der Periode Null (»gestern«) ein Gesamteinkommen von 100 entstanden und in der Periode 1 (»heute«) verfügbar ist. Aus diesem Einkommen wird gleichmäßig 80 für Verbrauch verausgabt, womit zunächst ein »heutiges« Einkommen von 80 geschaffen wird. Ob nun auch die weiteren 20 des verfügbaren Einkommens in der Periode 1 zu neuem, in der Periode 2 verfügbarem Einkommens werden, hängt von der Höhe des Investierens ab.«

Soweit Paulsen. Es handelt sich naturgemäß um eine simplifizierte Darstellung, denn in Wirklichkeit überschneiden sich die Verhaltensweisen der einzelnen Einkommensbezieher, so daß sich infolge des Revolvings die einzelnen Perioden verwischen. Auch sind die Bezeichnungen »gestern, heute und morgen« nicht wörtlich zu nehmen. Bei wöchentlichem Lohn-einkommen sind es Wochenperioden, bei monatlichem Einkommen Monatsperioden, bei Gewerbe-, Handels- und Produktionsbetrieben können die Perioden sogar sehr unterschiedlich ausfallen. Maßgebend ist die allgemeine Ausrichtung im Verhaltensstil der Einkommensbezieher. Das hat Prof. Paulsen sehr anschaulich dargestellt, nämlich

1. Gleichgewichtsfall:

Die Ersparnisse von 20 werden voll investiert; es entstehen somit neue Einkommen von 100 (80 + 20)

2. Deflatorischer Prozeß:

Die Ersparnisse von 20 werden nur zur Hälfte investiert; es entstehen

somit neue Einkommen von nur 90 (80 + 10). Die verbleibenden 10, so schreibt Paulsen, werden gehortet bzw. fallen der Geldvernichtung zum Opfer.

Hier verwendet Paulsen den Hortungsbegriff, den er an anderer Stelle seines Buches (Seite 70) als ziemlich bedeutungslos für den Wirtschaftsablauf hinstellt. Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß gehortetes Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen ist. Gemäß vorstehendem Schema sinkt infolgedessen die wirksame Nachfrage von 100 auf 90 (der Multiplikatoreffekt sei hier einstweilen ausgeklammert).

Nun führt Paulsen ein zweites Element an, nämlich *Geldvernichtung*. Er verwendet diesen Begriff kommentarlos. Möglicherweise denkt er an eine restriktive Kreditpolitik seitens der Notenbank (Erhöhung der Diskont-, Lombard- und Mindestreservesätze). Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Notenbank während einer Deflationsperiode zusätzlich die Kreditbremse betätigt. Vielmehr sind es die Geschäftsbanken, die sich im Kreditsektor Beschränkungen auferlegen müssen, wodurch der *bargeldlose Zahlungsverkehr* zusammenschrumpft. Träger des sogenannten Buchgeldes sind nicht nur die fälligen Bankeinlagen, die nicht vernichtet werden können, sondern auch Betriebsmittelkredite im Kontokorrent, die kurzfristig kündbar sind. Herabsetzungen und Streichungen sowie Nichtausnutzung bestehender Kreditlinien drosseln naturgemäß den bargeldlosen Zahlungsmittelumlauf, wobei zu bemerken ist, daß die Initiative nicht allein von den Geschäftsbanken ausgeht, sondern auch von Seiten der Kreditnehmer, die in Krisenzeiten bestrebt sind, ihre Schulden abzudecken.

Nach eingehender Würdigung und gedanklicher Durchdringung der Zusammenhänge ist festzustellen, daß nicht etwa das Streben eines Einzelnen nach erhöhter Liquidität, sondern allgemein die Zurückhaltung in der unternehmerischen Betätigung, besonders ausgeprägte Vorsicht bei allen Entschlüssen, Einschränkungen der Kosten und des Produktionsvolumens, Neigung zur Desinvestition etc. die Depression kennzeichneten; kurz gesagt: Streben nach Liquidität um jeden Preis. Dies alles fällt unter den Sammelbegriff »Hortung«.

3. Inflationärer Prozeß:

Die Ersparnisse von 20 werden durch Enthortung bzw. Geldschöpfung auf 30 Einheiten aufgestockt. Es entstehen demnach neue Einkommen in Höhe von 110 (80 + 30). Die Einkommen steigen somit nominell um 10%.

Zunächst stellt sich die Frage: Was ist *Enthortung*? – Hier rücken als erstes die unter »2. Deflationärer Prozeß« weder verbrauchten noch investierten Einkommensteile ins Blickfeld. Im näheren bedeutet das die Wiederbelebung der während einer Deflationsperiode gehorteten Geld-

mittel. Das ist verständlich und einleuchtend. Dagegen bedarf die *Geldschöpfung* als Begriffsbestimmung einer näheren Erläuterung.

Professor Paulsen schreibt hierzu (Seite 71):

Die gesamte Geldmenge wird dadurch verändert, daß Banken bestehende Rechte »monetisieren«, das heißt gegen Einreichung von Forderungsrechten gegen sich einlösen«.

Damit kann nur eine Kreditexpansion seitens der Geschäftsbanken gemeint sein. Neue Kreditzusagen im Kontokorrent erweitern naturgemäß die Basis für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Man kann darüber streiten, ob hierfür der Ausdruck »Geldschöpfung« sinnvoll ist.

Auch die Ausdrucksweise »Monetisierung bestehender Rechte« gibt keinen zweifelsfreien Aufschluß, was damit gemeint sein soll. Wahrscheinlich ist hierunter alles zu verstehen, was den Geschäftsbanken als Voraussetzung für eine Kreditgewährung geeignet erscheint; wie Vermögensverhältnisse und Vertrauenswürdigkeit des Kreditnehmers, Abwägung des Kreditrisikos und der eigenen Liquiditätsslage einschließlich der Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Notenbank. Aber auch die täglich fälligen Bankeinlagen, die ja während einer Deflationsperiode nicht der Vernichtung anheimfallen, sondern nur ruhen, zeigen neues Leben in Form von Umsatzsteigerungen. Das ist eindeutig »Enthortung«, wozu man auch die Kreditexpansion rechnen kann.

Auch die Behauptung von Professor Paulsen auf Seite 71 seines Buches:

»Modernes Geld ist »Kreditgeld«. Neuem Geld stehen daher im Saldo ausgleichende neue Verpflichtungen gegenüber«.

bedarf einer Korrektur. Giralgeld (Buchgeld) ist zweifelsohne Kreditgeld, nicht aber Notenbankgeld. Letzteres ist im Gegensatz zum Buchgeld der Geschäftsbanken nicht einlösbar; seine Verwendbarkeit beschränkt sich ausschließlich auf den Erwerb von Verbrauchs- bzw. Investitionsgütern. Die Tatsache, daß die Notenbank den Notenumlauf als Passivposten in ihrem Status ausweist, ist kein Grund, das Notenbankgeld als Kreditgeld zu bezeichnen. Die Notenbank hat keine Einlösungspflicht, sie kann daher niemals in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Das, was Paulsen unter Geldschöpfung verstanden wissen möchte, ist nichts anderes als *Enthortung auf breiter Ebene*, wenn auch keineswegs bestritten werden soll, daß der auf täglich fälligen Bankeinlagen und zugesagten Kontokorrentkrediten basierende Scheck- und Überweisungsverkehr die in früheren Zeiten übliche Barzahlungsweise (mit Notenbankgeld) weitgehend verdrängt hat. Dennoch scheint es festzustehen, daß die Kreditexpansion seitens der Geschäftsbanken nicht ad infinitum betrieben werden kann. Sie strebt einem durch die Liquidität der Geschäftsbanken vorgezeichneten Grenzwert zu, es sei denn, daß zusätzliche Faktoren dieser

Entwicklung eine andere Richtung geben, zum Beispiel Steuerpolitik und Außenhandels-Ungleichgewicht.

An der bisherigen Lehrmeinung, daß Exportgüter aus produktiven Leistungen entstehen, was *pari passau* mit Einkommensbildung geschehe (Paulsen), dürfte kein Zweifel bestehen. Durch den Verkauf von Exportgütern (an das Ausland) entstehen neue Einkommen nur unter der Voraussetzung, daß Importgüter in wertmäßig gleicher Höhe auf dem Inlandsmarkt angeboten werden. Jede Abweichung von diesem Gleichgewichtszustand wirkt deflatorisch bzw. inflatorisch, je nachdem die Importe bzw. Exporte überwiegen.

Was insbesondere die Exportüberschüsse betrifft, so ist zu beachten, daß die seitens der Notenbank in heimische Währung konvertierten Devisenüberhänge lediglich eine nominelle Einkommenserhöhung zur Folge haben, weil die zugrunde liegenden Produkte nicht auf dem heimischen Markt angeboten werden. Die aus Exportüberschüssen stammenden Einkommen stoßen somit auf leere Märkte und treiben die Preise in die Höhe. Die Einkommen in ihrer Gesamtheit – nicht nur soweit sie aus Exporten stammen – werden hierdurch in ihrer realen Substanz beschnitten. Man spricht dann, ohne sich allerdings über wichtige Details im Klaren zu sein, von *importierter Inflation*.

Rückschauend ist festzustellen, daß die auf den Disparitäten zwischen Sparen und Investieren basierende Keynes'sche Konjunkturtheorie zwar einleuchtend ist. Nicht weniger einleuchtend aber ist die Annahme, daß die zyklischen Konjunkturschwankungen durch Einfrieren und Wiederauftauen der wirksamen Nachfrage (Horten und Enthorten) ausgelöst werden und alles weitere – Disparität zwischen Sparen und Investieren, Geldschöpfung, Geldvernichtung – Folgeerscheinungen sind. Natürlich taucht die Anschlußfrage auf, welches auslösende Moment für das Horten oder Enthorten bestimmend ist. Diese Frage mag zwar wissenschaftlich interessant sein, sie verliert aber an Bedeutung, sobald die Mittel zur steten Aufrechterhaltung einer lebendigen wirksamen Nachfrage gefunden sind.

Der Kampf gegen den Boom.

Das Anschauungsmaterial, aus dem Keynes seine Erkenntnisse schöpfte, lieferte die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929–1932. Die Schlüsse, die er aus seinen Betrachtungen zog, hat er in seiner »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« niedergelegt.

Professor Paulsen's Buch »Neue Wirtschaftslehre« trägt den Untertitel »Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes«. Paulsen

hat die Keynes'schen Erkenntnisse zweifellos bereichert, wenn auch aus seinen Ausführungen einige Abweichungen erkennbar sind, die jedoch an dieser Stelle nicht näher erörtert werden sollen.

Wesentlich ist die Feststellung, daß sowohl Keynes wie auch Paulsen, nicht zu vergessen die sogenannten Außenseiter hier auch Silvio Gesell, Major Douglas, Karl Marx u. a. ihr Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung und Vermeidung von Wirtschaftskrisen richteten. Dieses Thema ist heute unaktuell geworden, denn seit Beendigung des zweiten Weltkrieges bewegt sich der Konjunkturablauf ohne Unterbrechung in aufsteigender Linie.

Die Forschungsziele der Wirtschaftswissenschaftler haben nunmehr das entgegengesetzte Vorzeichen. Politiker und Gelehrte sind sich darüber einig, daß gegen die Konjunkturüberhitzung etwas getan werden muß; über die anzuwendenden Methoden wird jedoch erbittert gestritten.

Die Keynes'sche Lehrmeinung geht von der Voraussetzung aus, daß der Staat während der Periode einer Hochkonjunktur Steuerüberschüsse erzielt, die er bei der Notenbank stilllegen soll, um sie bei Konjunkturstockungen wieder einzusetzen und zwar ohne Steuererhöhungen, evtl. sogar Steuersenkungen.

In der Praxis hat sich allerdings eine andere Methode herauskristallisiert. In guten Zeiten sparte der Staat nichts, sondern verpulverte das gesamte Steueraufkommen. Demzufolge mußte er in schlechten Zeiten zwecks Wiederankurbelung der Konjunktur auf zusätzliche Notenbankkredite zurückgreifen. Angelsächsische Nationalökonomien haben hierfür den Ausdruck »Deficit-Spending« geprägt. In der Bundesrepublik nannte man es »Zusatzhaushalt«.

Aus einer konjunkturellen Notlage heraus wäre der Einsatz zusätzlicher Mittel durch Deficit-spending durchaus zu vertreten. Leider zeigt die Praxis ein anderes Gesicht. Insbesondere in Amerika und Großbritannien griff man zum Deficit-spending, obgleich es konjunkturpolitisch in keiner Weise gerechtfertigt war. Damit wurde das Deficit-spending zur zusätzlichen Geldquelle für den Staat und seine konjunkturpolitische Bedeutung verschwand in der Versenkung; ein offensichtlicher Mißbrauch der Keynes'schen Idee, die schließlich zum internationalen Währungschaos führte.

Während Keynes sich mit der Feststellung begnügte, daß es Aufgabe des Staates sei, für eine dauernde wirksame Nachfrage zu sorgen, darüber hinaus jedoch keine detaillierten Vorschläge unterbreitete, befaßte sich Professor Paulsen sehr eingehend mit diesem Problem. Er schreibt hierüber auf Seite 328:

»Zur Durchführung einer staatlichen Politik, welche auf Einflußnahme auf die Höhe der gesamten wirksamen Nachfrage ausgerichtet ist, bedarf es keiner zusätzlichen wirtschaftspolitischen Mittel des Staates neben

denen, die ihm schon jetzt zustehen. Die Instrumente der fiskalischen und monetären Politik, die er hat, genügen«.

Angesichts der bisher geübten Praktiken muß leider der Schluß gezogen werden, daß die Instrumente, über die der Staat zur Zeit verfügt, in keiner Weise geeignet sind, eine gezielte monetäre Politik zu betreiben. Prof. Paulsen macht selbst sehr einschneidende Vorbehalte, aus denen deutlich abzuleiten ist, daß das vorhandene Instrumentarium einer grundlegenden Reform bedarf, denn es fehlen alle erforderlichen »staats- und verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen (335)«. Es müßte vor allem eine Instanz geschaffen werden, die kurzfristig alle notwendigen Entscheidungen trifft, ohne auf langwierige Kabinettsberatungen und Parlamentsdebatten angewiesen zu sein.

Zwar hat die Bundesbank (Notenbank) aufgrund ihres Status⁷ bezüglich der Diskont-, Lombard- und Mindestreservesätze eine autonome, aber sehr unvollkommene Entscheidungsbefugnis, denn über den wesentlichen Punkt, nämlich notwendige Veränderungen der Wechselkursparitäten, bestimmt sie nicht, sondern die Regierung mit ihrer schwerfälligen und zeitraubenden Apparatur.

Aber sowohl Keynes als auch Paulsen erwähnen die Notenbank im Rahmen ihrer Ausführungen nur am Rande, obwohl sie als einzige Instanz im Staate mit dem Geldschöpfungsrecht ausgestattet ist. Das ist immerhin merkwürdig.

Wenn Keynes betont, daß es Aufgabe des Staates sei, für eine dauerhafte *wirksame Nachfrage* zu sorgen, so bekennt er damit gleichzeitig, daß die Notenbank mit ihrem derzeitigen Instrumentarium offensichtlich nicht im Stande ist, auf das Wirtschaftsgeschehen in entscheidender Weise Einfluß zu nehmen. Über die Funktion der Zentralbank ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden, und als Extrakt verdient festgehalten zu werden, daß sie unter Umständen (das heißt nicht in jedem praktisch möglichen Fall) die Konjunktur zwar zu bremsen vermag; jedoch versagen ihre Bemühungen, wenn es gilt, eine einmal eingetretene Rezession zu überwinden.* Der Chefredakteur der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (Dr. V. M.) schreibt sehr richtig in Heft 2/1967, Seite 55/56:

»Es ist eine absurde Vorstellung, daß die Währungsbank es unter allen

* Vergl. die Stagnation in den Jahren 1966/67.

Die Herabsetzung des Diskontsatzes auf 3% seitens der Bundesbank wäre wirkungslos verpufft, wenn nicht die damalige Regierung (Finanzminister Strauß, Wirtschaftsminister Schiller) mit einem Zusatzhaushalt (das heißt zusätzlichem Notenbankgeld) der Wirtschaft wieder auf die Beine geholfen hätte.

Umständen in der Hand habe, durch Verflüssigung oder Verknappung des Geldmarktes, durch bewußte Verbilligung oder Verteuerung des Kredites, genauer gesagt, der Refinanzierung der Geschäftsbanken je nach Wunsch Ermunterung oder Ernüchterung zu spenden und auf diese Weise Haussegelück oder Baisseleid herbeizuzaubern«.

Vor allem die akademische Fachwelt sollte sich diese Worte immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Allerdings fehlt eine Alternative, was darauf hindeutet, daß Dr. M. ein Anhänger des klassischen »Laisser-faire« ist und dem Vollbeschäftigungspostulat, das von Keynes und Paulsen vertreten wird, eine nachrangige Stellung zuweist. Damit ist aber wiederum erwiesen, daß die Notenbank mit ihrem Instrumentarium keinen entscheidenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben kann, wenn sie nicht zugleich durch flankierende Maßnahmen seitens des Staates in ihren Bemühungen unterstützt wird.

Nun muß man sich fragen: Wer unterstützt wen? – Wer ist Primus inter pares und wer flankiert?

Wenn man die Funktion der Notenbank einer näheren Betrachtung unterzieht, so ist zunächst festzustellen, daß sie aufgrund des Notenbankgesetzes die ihr vom Staat dekretierten Wechselkurse stabil halten muß. Sie ist daher zu einer angemessenen Reservehaltung an internationalen Zahlungsmitteln genötigt, um auf den Devisenmärkten stets wirksam intervenieren zu können.

Wenn aber die Devisenreserven der Notenbank infolge permanenter Exportüberschüsse über Gebühr aufgebläht werden, dann versagt das kreditpolitische Instrumentarium der Notenbank. Es widerspricht jeder Vernunft, dem alsdann unweigerlich eintretenden Kosten- und Preisauftrieb durch eine restriktive Kreditpolitik begegnen zu wollen – wie es tatsächlich schon mehrfach geschehen ist –, denn hierdurch werden die Devisenzugänge nur noch weiter forciert. Die Notenbank hat daher keine Möglichkeit, auf den Konjunkturablauf Einfluß zu nehmen. Sie kann zwar durch Variierung der Mindestreservesätze die Liquidität der Geschäftsbanken einengen bzw. erweitern und dadurch den Geldumlauf nach der einen oder anderen Seite hin beeinflussen, was sich sicherlich auf den Konjunkturverlauf niederschlagen würde, wenn die Notenbank nicht verpflichtet wäre, die Wechselkurse stabil zu halten. Infolge dieser undichten Stelle ist die Notenbank und mit ihr die gesamte Wirtschaft dem internationalen Inflationstrend (unter Umständen auch Deflationstrend) wehrlos ausgesetzt. Hier kann nur durch staatliche Maßnahmen Abhilfe geschaffen werden. Die Notenbank kann dabei, wenn überhaupt, nur eine sekundäre Rolle spielen.

Daher ist stets der Staat der Hauptakteur im konjunkturpolitischen Spiel.

Es nutzt nicht viel, wenn von den Keynes-Epigonen ein Katalog von Vorschlägen unterbreitet wird, die durchweg von einem Wenn und Aber

begleitet sind. Hier interessiert ein bis zur letzten Konsequenz ausgearbeiteter Plan, der praktikabel ist, auch wenn er infolge der Gegensätze unter den im Parlament vertretenen Interessengruppen einstweilen nicht verwirklicht werden kann.

Die Auslassungen von Paulsen in den Kapiteln XII und XIII seines Buches bieten hierfür einen ausgezeichneten Ansatzpunkt. Auf Seite 327 (8. Auflage) steht zu lesen:

»... *theoretische Erkenntnisse werden nicht, wie es sich gehörte, nach dem Maßstab richtig oder unrichtig, sondern nach dem Maßstab erwünscht oder unerwünscht abgeurteilt. Zum Fortschritt der Erkenntnisse trägt das nicht bei.*«

Paulsen hat mit seiner Darlegung gewiß recht; aber der Maßstab, ob gewisse theoretische Erkenntnisse als richtig oder unrichtig einzustufen sind, ist bisher leider noch nicht gefunden.

Deshalb streiten sich die Gelehrten über *Erkenntnisse*, die sich zum Teil diametral gegenüberstehen, und ein jeder behauptet, daß *seine* Erkenntnis die richtige sei.

Keynes behauptet, wenn weniger investiert als gespart wird, so führe ein solcher Zustand zu Kriseerscheinungen. Die auf Seite 13 angestellten Untersuchungen ergaben jedoch, daß es sich im Grunde um ein Versagen der wirksamen Nachfrage handelt und die Keynes'sche Erkenntnis keine ursächliche, sondern eine Folgeerscheinung ist. Der Vorschlag von Keynes, daß der Staat zwecks Abwendung einer Krise auf dem Investitionsgütersektor tätig werden soll – notfalls durch Inanspruchnahme von Notenbankmitteln –, hat somit keinen anderen Sinn, als Geld unter die Leute zu bringen.

Diese Methode birgt jedoch gewisse Gefahren, denn es ist durchaus die Möglichkeit gegeben, daß die bisher brachliegenden Gelder explosionsartig – in Auswirkung des Multiplikatoreffektes – in Bewegung geraten, was eine Konjunkturüberhitzung zur Folge haben kann. Die Auswirkungen des im Jahre 1967 beschlossenen Zusatzhaushaltes liefern hierfür ein deutliches Beispiel. Allerdings kam noch hinzu, daß die deutsche Wirtschaft – dank der stabilen Wechselkurse – durch die internationale Inflation überrollt wurde, was man als Entschuldigungsgrund den verantwortlichen Staatsmännern gegenüber anerkennen sollte, denn auch Fachminister sind keine Hellseher. Jedenfalls läßt sich die Behauptung, die vorhandenen Instrumente der fiskalischen und monetären Politik, über die der Staat zur Zeit verfügt, seien ausreichend, kaum aufrecht erhalten. Es verdient aber bereits jetzt festgehalten zu werden, daß sich die vom Staat fixierten Wechselkursparitäten bisher als wesentliches Störmoment bei allen konjunkturpolitischen Maßnahmen, sei es seitens der Notenbank oder des Staates, erwiesen haben.

Dieses Gebiet der Wirtschaftswissenschaft ist weder von Keynes noch von Paulsen gewürdigt worden, obgleich es sich um ein Problem ersten Ranges handelt. Der Staat kann nur eines tun, entweder die *Inlandspreise* oder die *Wechselkurse* im Zaume halten. Beides zugleich zu tun, ist eine technische Unmöglichkeit.

Nun deutet Paulsen einen Weg an, der durchaus geeignet erscheint, die wirksame Nachfrage nicht nur im Gang zu halten, sondern auch zu dosieren. Er schreibt auf Seite 335:

*»ebenso können die Sätze der Einkommensteuer
flexibel gemacht werden.«*

Diese Idee ist einer näheren Betrachtung wert. Es dürfte sich dabei lohnen, diesen Vorschlag sowohl von der positiven als auch negativen Seite zu durchleuchten.

Es wurde bereits erwähnt, daß Veränderungen in der Menge der Umlaufmittel nur bedingt auf die Preisbildung und damit auf den Konjunkturverlauf einwirken.

Man stelle sich vor, es herrsche eine Rezession, die jederzeit in eine offene Absatzkrise ausarten kann. Nach den zur Zeit geltenden Regeln würde die Notenbank die Kreditschraube lockern, das heißt sie senkt die Diskont-, Lombard- und Mindestreservesätze und eröffnet damit den Geschäftsbanken die Chance, ihr Kreditvolumen unter erleichterten Bedingungen auszuweiten. Beim Unternehmertum besteht aber die Neigung zum Abbau vorhandener Investitionen. An dieser Einstellung wird auch die Möglichkeit zur Aufnahme billiger Kredite nichts ändern, solange die vorhandenen Kapazitäten nicht ausgelastet sind und eine schlaaffe Auftragslage jegliche Initiative erstickt. Das hat Keynes auch erkannt, denn er verlangt ausdrücklich, daß der Staat ohne Rücksicht auf seinen Etat auf dem Investitionsgütersektor tätig werden soll, sofern es an entsprechender Privatinitiative mangelt; und letzteres ist ja bei einer wirtschaftlichen Stagnation der Fall. Die Notenbank läßt Keynes in diesem Zusammenhang unerwähnt. Das ist sehr bemerkenswert und führt zwangsläufig zu der Frage, welche Rolle die Notenbank im Konjunkturgeschehen spielt, wenn der Staat Währungspolitik durch Steuersenkungen oder -erhöhungen und ferner durch Erteilung von Aufträgen an die Investitionsgüterindustrie den Konjunkturablauf lenken kann. Benötigt der Staat unter diesen Umständen einen Geldlieferanten?

Wenn man schon von der zweifelhaften These ausgeht, daß eine rezessive Entwicklung nur durch eine zusätzliche Geldspritze zu überwinden sei, so ist es schließlich ausschlaggebend, an welcher Stelle in der Wirtschaft dieser Geldsegen primär zur Wirkung kommt.

Bei der derzeitigen Wirtschaftsstruktur gelangt das Notenbankgeld zunächst an die Geschäftsbanken und sickert von dort in gemächlichem Tempo in Form von Krediten nach vorangegangener Bonitätsprüfung an die Wirtschaftsunternehmen. Erst ganz zuletzt gelangt das Geld, nachdem es die verschiedenen Barrieren durchlaufen hat, zum Verbraucher, von dessen Verhalten einzig und allein der Konjunkturablauf bestimmt wird. An dieser simplifizierten Darlegung der Zusammenhänge möge sich niemand stoßen, denn es soll lediglich verdeutlicht werden, welchen Weg das Notenbankgeld durchschreitet und welche Zeit verstreicht, bis es konjunkturell wirksam wird.

Ganz anders verhält es sich mit Steuersenkungen, weil sie unmittelbar den Einkommensbezieher treffen. Veränderungen in der Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer sind primär auf den Personenkreis (Einkommensbezieher) ausgerichtet, die den Konjunkturhebel in der Hand halten; diese Maßnahmen haben daher unmittelbare Auswirkungen auf den Konjunkturablauf, ganz im Gegensatz zu der bisherigen Notenbankpolitik. Damit rückt die Frage nach der Rolle der Notenbank im Wirtschaftsgefüge wieder in den Vordergrund. Sie hat eigentlich nur eine einzige Aufgabe, nämlich für den Zahlungsbilanzausgleich zu sorgen, damit ihre Devisenbestände nicht strapaziert werden, das heißt für die Stabilität der Wechselkurse einzustehen. Aber gerade diese Aufgabe, die der Notenbank vom Gesetzgeber aufgezungen ist, bedeutet ein Hemmnis für jede Art staatlicher Konjunkturpolitik, denn die Notenbank allein kann auf das Konjunkturgeschehen keinen Einfluß nehmen, wenn sie ihrer Hauptaufgabe, nämlich die Stabilhaltung der Wechselkursparitäten gerecht werden soll. Aber auch dem Staat sind die Hände gebunden, wenn er bei seinen konjunkturpolitischen Maßnahmen auf die Belange der Notenbank Rücksicht zu nehmen gezwungen ist.

Stets sind es die starren Wechselkurse, die sich allen Bemühungen zur Normalisierung der Wirtschaft als unüberwindliche Hürde in den Weg stellen. Bei einem System flexibler Wechselkurse wäre alles unvergleichlich einfacher.

Die Notenbank.

Die Struktur der zentralen Notenbank hat im Laufe der Zeit manche Umwandlung erfahren. Die geschichtliche Entwicklung des Zentralnotenbank-Systems begann in Deutschland mit der Gründung der Reichsbank im Jahre 1875. Es existierten seinerzeit schon eine Reihe privater und öffentlicher Notenbanken mit mehr oder weniger regionalem Charakter, denen jedoch mit der Gründung der Reichsbank das Notenausgaberecht

allmählich entzogen wurde. Die Reichsbank war damit die einzige Bank im ehemaligen Reichsgebiet, die mit dem Notenprivileg ausgestattet war. Sie stand zwar unter Aufsicht der Reichsregierung, war aber im übrigen eine selbständige Geschäftsbank wie jede andere. Sie war bezüglich des Notenausgaberechtes an eine strenge Liquiditätsvorschrift gebunden, denn die ausgegebenen Noten waren im Gegensatz zu heute keine gesetzlichen Zahlungsmittel, vielmehr waren sie auf Gold lautende Sichtzertifikate mit der Aufschrift: »Die Reichsbank zahlt in Gold . . .«. Im Bankgesetz vom 14. 3. 1875 war vorgesehen, daß die ausgegebenen Noten zu einem Drittel durch Gold gedeckt sein mußten, der Rest durch Handelswechsel bis höchstens drei Monate Laufzeit. Die Diskontpolitik, das heißt das Hinauf- oder Heruntersetzen des Ankaufsatzes für Handelswechsel war ausschließlich auf das Anwachsen oder Schrumpfen der Goldreserven ausgerichtet. Es gehörte nicht zur Aufgabe der Notenbank, an den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens Interesse zu nehmen.

Die Reichsbank betrieb somit eine kommerziell ausgerichtete Bankpolitik, die erst bei Kriegsausbruch im Jahre 1914 eine Änderung erfuhr, als man die Reichsbanknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel machte. Damit änderte sich die Geschäftspolitik der Notenbank; sie wurde zur staatlichen Geldfabrik.

Nach der Ende 1923 erfolgten Stabilisierung der Mark im Verhältnis $10^{12} : 1$ (auf Basis der alten Goldparität von 1 kg Gold = 2790 Mark) begann eine neue Epoche in der Notenbankpolitik, die in der Verdrängung der Goldmünzen aus dem Zahlungsverkehr ihren sichtbaren Ausdruck fand. Das umlaufende Geld bestand ausschließlich aus Reichsbanknoten (von den Scheidemünzen kann in diesem Zusammenhang abgesehen werden), die durch Devisen- bzw. Goldzugänge und Wechselankäufe in Umlauf kamen.

Bis 1914 waren immerhin noch etwa rd. 3 Md. Mark Goldmünzen im Umlauf, die ein beachtliches Gegengewicht zur Diskontpolitik der Reichsbank darstellten. Nach der Stabilisierung Ende 1923 wurde die Goldeinlösungspflicht nicht wieder eingeführt, und die Banknote blieb gesetzliches Zahlungsmittel. Damit aber wuchs zugleich die Empfindlichkeit gegen Schwankungen im internationalen Zahlungsverkehr. Die Reichsbank war damit um so mehr an eine reine Bankpolitik gebunden, obgleich es schon damals nicht an Versuchen gefehlt hat, auf den innerstaatlichen Konjunkturablauf Einfluß zu nehmen. Es sei bei dieser Gelegenheit an die Eskapade im Jahre 1927 erinnert, als die Reichsbank (unter Schacht) den Diskontsatz auf 7% an hob, um dem Spekulationsfieber an den Effektenbörsen, das seinerzeit hektische Ausmaße angenommen hatte, Einhalt zu gebieten. Der Versuch endete mit einem Fiasko, denn die hohen Zinssätze lockten

Auslandsgelder in ungeahnter Höhe in das deutsche Währungsgebiet. Schacht trat zurück; aber nicht etwa, weil er die Katastrophe vorausahnte, sondern weil er begreifen mußte, daß man mit dem Instrumentarium der an den Goldstandard gebundenen Notenbank nicht den geringsten Einfluß auf den innerstaatlichen Konjunkturverlauf ausüben kann. Er war mit seinem Latein am Ende, und sein seit Ende 1923 leuchtender Stern als Retter der Währung drohte zu erlöschen. Das war der tiefere Grund, weshalb er seinen Posten verließ, und das zu einem Zeitpunkt, als die Krise nicht mehr aufzuhalten war.

Was aber im Jahre 1931 folgte, darüber kann der heutige Beschauer nur den Kopf schütteln. Aus dem internationalen Preisverfall zogen fast alle Industriestaaten der Welt die einzig richtige Konsequenz, indem sie den offiziellen Goldpreis erheblich heraufsetzten (um nahezu 70%; reziprok entsprach dies einer Währungsabwertung um 40%); nur Deutschland beharrte auf der alten Goldparität unter Anwendung härtester Devisenbestimmungen. Die Folge war der Zerfall des gesamten Wirtschaftslebens mit über 7 Millionen registrierten Arbeitslosen. Die unsagbare Not trieb die Massen ins politische Extrem, das dann im Jahre 1945 mit der völligen Vernichtung Deutschlands seinen Abschluß fand. Dieses unrühmlichste Kapitel deutscher Geschichte hat ausschließlich das Gespann »Brüning - Luther« nebst ihren akademischen Fachberatern auf dem Gewissen, die mit ihrer damaligen These »Ein armes Volk muß billig sein« eine wahre Selbstvernichtungspolitik betrieben haben.

Eine klug abgewogene Währungspolitik (zum Beispiel eine Anpassung an das Pfund-Sterling, was einer Heraufsetzung des Goldpreises von RM 2,79 auf RM 4,65 entsprochen hätte) wäre das einzig Richtige gewesen und hätte dem geplagten deutschen Volk den ganzen Nazirummel erspart. Doch neues Leben entsprang aus den Ruinen.

Neubeginn 1945

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges glaubte man, aus den Erfahrungen der Vergangenheit etwas gelernt zu haben. Im westlichen Teil Deutschlands trat an die Stelle der Reichsbank die Deutsche Bundesbank. Man verpflichtete sie gem. § 3 des Bankgesetzes . . . »die Kreditversorgung der Wirtschaft zu regeln . . . mit dem Ziel, die Währung zu sichern«.

Dieser Gesetzestext ist reichlich verschwommen. Man vermißt die präzise Aussage, auf welche Weise *die Kreditversorgung der Wirtschaft* geregelt werden soll. Ebenso fehlt eine exakte Begriffsbestimmung, ob sich *das Ziel, die Währung zu sichern* auf den Dollarkurs oder auf das Preisniveau beziehen soll.

In den vergangenen 20 Jahren hat es gewiß an Versuchen nicht gefehlt, durch Maßnahmen der Bundesbank den Konjunkturverlauf zu beeinflussen. Vor allem war es die importierte Inflation die abgewehrt werden sollte. Die dieserhalb erfolgten zeitweiligen Erhöhungen der Diskont- und Mindestreservesätze hatten jedoch eine durchaus unerwünschte Begleiterscheinung zur Folge, nämlich einen massiven Zufluß von Auslandsgeldern, so daß man wieder zu Gegenmaßnahmen greifen mußte, darunter Dinge, die einer Zwangsbewirtschaftung sehr nahe kommen, wie Kuponsteuer, Verzinsungsverbot für Ausländerguthaben, dazwischen wieder eine Änderung der Diskont-, Lombard- und Mindestreservesätze, ein wahrer Rattenschwanz von Improvisationen.

Die genannten Schwierigkeiten sind ausschließlich in der Zweigleisigkeit der Notenbankpolitik zu sehen. Sie soll den Boom bekämpfen, das heißt Konjunkturpolitik betreiben und zugleich die ihr vom Staat vorgeschriebenen Devisenkurse stabil halten. Professor Veit hat hierfür eine treffende Bezeichnung formuliert: »Politik des Unmöglichen«.

Mit dieser Feststellung ist naturgemäß nichts getan. Wenn man aber zu der Einsicht gelangt, daß die Notenbank eine für die brennendsten Zielsetzungen, nämlich »Kreditversorgung der Wirtschaft . . . mit dem Ziele, die Währung zu sichern«, vollkommen ungeeignete Einrichtung ist, so sollte diese Erkenntnis die Forschung ermutigen, nach einer Methode Ausschau zu halten, die gegen alle Anfälligkeiten des Notenbanksystems immun ist.

Das größte Hemmnis, das den Forschern beim Suchen nach neuen Erkenntnissen entgegensteht, ist das Beharrungsvermögen, das Kleben am Althergebrachten.

Ein weiteres Hindernis, das einer Fortentwicklung im Wege steht, ist dem lesenswerten Buch »Unsere Gesellschaft, falsch programmiert« von Karl Steinbuch zu entnehmen:*

»Unsere Gesellschaft beruht auf eingeschränkter geistiger Freiheit. Und wer in Amt und Würden ist, fühlt sich verpflichtet, nicht frei zu reden. Und wer frei redet, erwartet gesellschaftliche Nachteile.«

Nicht nur gesellschaftliche, sondern gar materielle Nachteile.

Mancher Fachgelehrte hat schon erfahren müssen, wie schwer es ist und welche Gewissensnöte durchzustehen sind, wenn sich Zweifel an einer Lehrmeinung anmelden, die man Jahrzehnte hindurch für richtig hielt und mit Elan vertreten hat.

Irrtümer zu bekennen ist nicht leicht. Es erfordert Mut und eine gute Portion Selbstüberwindung, sich vom Alten zu lösen, um dem Besseren den Weg zu ebnen.

* Deutscher Taschenbuch-Verlag, München, Band 598.

Flexible Wechselkurse.

Jede Währung, gleich welcher Art, bedarf eines gesetzlichen Fundamentes. In der Bundesrepublik ist dieser Notwendigkeit durch das Notenbankgesetz Rechnung getragen. Mit dem im Jahre 1954 erfolgten Beitritt zum Bretton-Woods-Abkommen schloß sich die Bundesrepublik dem Gold-Devisen-Standard mit festen Wechselkursen an. Die hierfür erforderliche Kurspflege gehörte zum Aufgabenbereich der Notenbank.

Im Gegensatz hierzu unterliegen flexible Wechselkurse keinerlei Kurspflege; die Kursrelationen bilden sich im freien Markt nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Dennoch bedürfen auch freie Wechselkurse einer gesetzlichen Orientierungsbasis, beispielsweise der Lebenshaltungsindex oder auch ein anderer Index (Rohstoffpreise, Beschäftigungsgrad). Auch ein abgewandelter Index mit einer gesetzlich fixierten Preissteigerungsquote – ein Gedanke, der von Milton Friedman aufgegriffen wurde – ist durchaus vorstellbar.

Wenn daher im nachfolgenden von einer Indexwahrung gesprochen wird, so soll damit lediglich zum Ausdruck gebracht werden, daß sich die Kaufkraft des Geldes an einem bestimmten Index orientieren soll. über die Art des Indexes und über die Frage nach dem organisatorischen Rüstzeug, das zur Praktizierung der Indexwahrung erforderlich ist, wird an späterer Stelle noch ausführlich zu sprechen sein.

Um die Befürchtungen der Skeptiker zu zerstreuen, sollen nachfolgend die Auswirkungen der Indexwahrung auf die Gestaltung der

- a) Zahlungsbilanz*
- b) Wechselkurse

einer näheren Untersuchung unterzogen werden.

Zu a)

Auf die Gestaltung der Zahlungsbilanz kann die Währungsverwaltung keinen unmittelbaren Einfluß nehmen, wenn sie mit ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Ausrichtung des Warenpreinsniveaus nicht in Kollision geraten will. Nun könnte beispielsweise eine Passivität der Zahlungsbilanz – was ja ein Ansteigen der Devisenkurse zur Folge hätte – eine steigende Tendenz auf die Inlandspreise auslösen. Die Importartikel werden teurer und die Parallelguter der Inlandsproduktion würden in diesen Trend hineingezogen. Da die Währungsverwaltung aber die Aufgabe hat, das Inlandspreinsniveau indexgerecht auszurichten, so muß sie zu Gegenmaßnahmen schreiten. Darüber hinaus aber kommen die Ereignisse der Währungsverwaltung ganz von selber zu Hilfe, denn die Exporttätigkeit nimmt infolge gestiegener

* Zahlungsbilanz = Vereinigte Leistungs- und Kapitalvermehrungsbilanz

Devisenkurse zu, wodurch das Angebot ausländischer Devisen wieder ansteigt. Damit tritt automatisch der umgekehrte Fall ein; die Zahlungsbilanz wird wieder aktiv; sie schwankt stets um den Gleichgewichtspunkt. Wie hoch die Ausschläge sein können, darüber läßt sich naturgemäß keine sichere Prognose anstellen.

Zu b)

Wenn in einem Lande mit einer nach dem Golddevisenstandard ausgerichteten Währung an die Währungsverwaltung (das ist im vorliegenden Falle die Zentral-Notenbank) neben der Wahrnehmung ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Stabilhaltung der Wechselkurse gegenüber Ländern mit gleichem Währungssystem, weitere Anforderungen gestellt werden, zum Beispiel Einflußnahme auf die interne Preisentwicklung, Beschäftigungsgrad etc., so wird sie in eine Zwangslage hinein manöviert.

Im Falle einer passiven Entwicklung der Zahlungsbilanz schmelzen die Liquiditätsreserven der Notenbank zusammen. Als Gegenmaßnahme wendet sie die alten klassischen Mittel an; das sind Kreditrestriktionen mit allen ihren sozialen Härten.

Auf das inländische Preisniveau kann die Notenbank keinen unmittelbaren Einfluß nehmen, wenn sie in die Zahlungsbilanzentwicklung keine Störmomente hineinbringen will. Wenn die Notenbank zur Abwehr des Abflusses ihrer Liquiditätsreserven schreiten muß, so sorgt sie durch die hierdurch ausgelösten Konkurse, Zahlungseinstellungen, Wechselproteste, Zwangsversteigerungen, Ansteigen der Arbeitslosigkeit usw. für rückläufige Preise. Dieses rigorose Mittel zur Reaktivierung der Zahlungsbilanz nennt sich dann Währungsdisziplin (Professor Veit).

Bei einer Indexwährung aber regulieren die flexiblen Wechselkurse die Zahlungsbilanz ganz automatisch und ohne soziale Härten. Zu restriktiven Maßnahmen wird nur dann geschritten, wenn die innerstaatliche Preisentwicklung das tragbare Maß überschreitet, das heißt bei einer Konjunkturüberhitzung mit chronischem Arbeitskräftemangel.

Wenn die orthodoxen Verfechter der Goldwährung (leider gibt es hiervon noch einige) in diesem Zusammenhang von einem Nachlassen der Währungsdisziplin reden, so läßt das die Deutung zu, daß unter einer straffen Währungsdisziplin ein stures Festhalten an den alten Goldparitäten verstanden werden müsse, selbst wenn die Welt dabei in Trümmer geht. Damit wird aber der Sinn jeder Währungspolitik auf den Kopf gestellt, denn heute steht das Postulat »Wirtschaftswachstum mit Vollbeschäftigung« an erster Stelle. Die Währungspolitik ist Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck, nach dem sich alles andere zu richten hätte.

Es stimmt auch nicht, daß die Forderung nach flexiblen Wechselkursen immer nur die Leistungsbilanz und nicht die Kapitalverkehrsbilanz

beachte, wie von einigen Gegnern der Flexibilität eingewendet wird.

Es dürfte nicht zu bestreiten sein, daß durch die erhöhten Kursrisiken eine gänzlich veränderte Situation im internationalen Kapitalverkehr eintreten wird. Vor allem würde die internationale Zinsreiterei infolge der hohen Kurssicherungskosten ein Ende nehmen, die zur Zeit den an den Golddevisenstandard gebundenen Notenbanken so viel Kopfzerbrechen bereitet. Um heiße Gelder braucht sich bei flexiblen Wechselkursen kein Notenbankpräsident mehr Kummer zu machen.

Jeder Kapital-Export oder -Import wirkt entweder auf die Wechselkurse (bei Flexibilität) oder auf die Devisenreserven der Währungsbank (beim Gold-Devisenstandard). Im ersten Falle werden (bei überwiegendem Kapitalexport) infolge der ansteigenden Devisenkurse entsprechende Leistungsexporte stattfinden, so daß auf diese Weise die exportierten Kapitalien in Form von Exportgegenwerten wieder zurückfließen. Im umgekehrten Falle fließen importierte Kapitalien in Form von Importgegenwerten wieder ab.

Der gleiche Zustand ist bei starren Wechselkursen gegeben. Kapitalexporte zehren an den Liquiditätsreserven der Notenbank. Sie wird alsdann unter Anwendung einer restriktiven Kreditpolitik einen Druck auf die Inlandspreise auslösen, wodurch die Leistungsexporte wieder ansteigen.

Die Unterscheidung von Leistungs- und Kapitalverkehrsbilanz ist lediglich für kurzfristige Engagements sinnvoll. Der langfristige internationale Kapitalverkehr schlägt sich unweigerlich im internationalen Handelsverkehr nieder, bei stabilen, nach dem Golddevisenstandard ausgerichteten Währungen mit zeitlicher Verzögerung, bei flexiblen Wechselkursen dagegen kurzfristig.

Es ist daher berechtigt bei einer Diskussion über die Disparitäten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgebiete nur vom »Außenhandels-Ungleichgewicht« zu sprechen, da sich jeder langfristige Kapitaltransfer zwangsläufig im Warenverkehr niederschlägt. Der kurzfristige internationale Kapitalverkehr wird bei flexiblen Wechselkursen ohnehin ausgespielt haben.

Der Fachgelehrtenkreis, der sich für flexible Wechselkurse einsetzt, wächst zusehens an. Zu den bedeutenden Verfechtern zählen unter vielen anderen Prof. Giersch vom weltwirtschaftlichen Forschungsinstitut, Kiel, sowie Prof. Sohmen von der Universität des Saarlandes, ferner Prof. Machlup von der Princetown University, N. J., die sich gelegentlich einer am 25. März 1969 vom »Studienkreis Recht und Wirtschaft« in Heidelberg veranstalteten Fachtagung in überzeugender Weise für flexible Wechselkurse ausgesprochen haben. Interessant ist die Skepsis, mit der diesem Projekt - infolge des Beharrungsvermögens - entgegengetreten wird. Aus

der Fülle der Kritiken sei hier eine in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 8. Heft, Seite 16, 1969 unter dem Signum L. J. erschienenen Stellungnahme herausgegriffen:

»Funktioniert das System frei beweglicher Wechselkurse so reibungslos, wie modelltheoretische Annahmen das unterstellen? - Entspricht eine Änderung im Saldo der Kapitalbilanz immer einer Änderung im Saldo der Leistungsbilanz, so daß die Devisenreserven konstant bleiben?«

Hierauf kann man nur entgegnen, daß das Halten von Devisenreserven bei freien Wechselkursen seinen Sinn verliert, denn das System flexibler Wechselkurse setzt voraus, daß die Zentralbank ihre bisher praktizierte Kurspflege auf den Devisenmärkten einstellt. Die Unterhaltung von Reserven, die niemals gebraucht werden, ist unnötig und überflüssig.

Wenn der Rezensent dagegen glaubt, daß das System frei beweglicher Wechselkurse nicht so reibungslos funktionieren wird, wie es die modelltheoretische Annahme unterstellt, so sind seine Bedenken gewiß nicht unberechtigt. Insbesondere wird die Übergangszeit mancherlei Probleme in der Struktur des Wirtschaftsorganismus' aufwerfen. Immerhin wurde das System frei beweglicher Wechselkurse in der Bundesrepublik bereits mehrere Wochen hindurch praktiziert (September/Oktober 1969), ohne daß sich hierbei bemerkenswerte Begleiterscheinungen negativer Art gegenüber der *modelltheoretischen Annahme* gezeigt hätten. Das Warnungssignal sinkender Währungsreserven trat erst ein, als man wieder zu fixen Paritäten übergegangen war. Es blieb aber nicht bei dieser einen Komplikation. Hinzu kam die Zinshausse am Eurodollar-Markt, dem die deutsche Wirtschaft infolge der starren Wechselkurse wehrlos ausgesetzt war. Dies alles hätte sich vermeiden lassen, wenn man sich für die Flexibilität nicht nur als Übergangsstadium sondern als Dauerzustand entschieden hätte.

Milton Friedman.

Bei der Betrachtung der Dinge darf ein neuzeitlicher Wirtschaftswissenschaftler nicht außer acht gelassen werden, nämlich Milton Friedman, der Begründer der Chicagoer Schule. Er wird allgemein unter die Gegner von Keynes eingestuft.

Friedman hat die orthodoxe Quantitätstheorie wieder ausgegraben, indem er behauptet, daß stets die umlaufende Geldmenge die Preisbildung auf den Gütermärkten bestimme. Zur Praktizierung seiner Theorie verlangt er einschneidende Reformen der derzeitigen Geldverfassung; er will alles beseitigt wissen, was die Höhe der umlaufenden Geldmenge unkontrolliert beeinflussen könnte. So fordert er für kurzfristige Bankeinlagen eine 100%ige Liquidität, damit den Banken die Möglichkeit der Buchgeldschöpfung

durch Bereitstellung von Kontokorrentkrediten u. ä. entzogen ist. Desgleichen verlangt er die Abschaffung der Diskont-, Lombard- und Mindestreservepolitik seitens der Notenbank sowie die Einführung flexibler Wechselkurse.

Die umlaufende Geldmenge soll jährlich um einen bestimmten Prozentsatz, dem die Bevölkerungs-, Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung zugrunde zu legen wäre, vermehrt werden. Für die Zeit von 1867-1960 wären das nach Friedman's Berechnung für die USA rd. 4% p. a. gewesen. Die Regulierung der umlaufenden Geldmenge wäre Aufgabe der Notenbank durch Anwendung der Offenmarktpolitik.

Das ist in kurzen Zügen das Friedman'sche Konzept.

Friedman glaubt, das Fundament der Keynes'schen Lehre erschüttert zu haben, wobei er von manchen Wirtschaftswissenschaftlern unterstützt wird. Die Kontroverse hat folgenden Inhalt:

- 1) *Keynes behauptet, es sei in den USA in den Jahren 1929-1932 trotz expansiver Geldpolitik nicht gelungen, die Krise zu überwinden.*
- 2) *Friedman hält dem entgegen, daß die Geldpolitik restriktiv gewesen sei, denn der Geldumlauf habe sich während dieser Zeitspanne um ein Drittel seines ehemaligen Bestandes vermindert.*

Friedman ergeht es hier wie vielen Fachgelehrten, die in Ermangelung eindeutiger Ausdrucksnormen aneinander vorbei reden. Tatsache ist, daß der damalige Diskontsatz in den USA im Schnitt unter 1% lag; er wurde zeitweise bis auf 0,5% heruntersetzt. Die Geldpolitik war somit eindeutig expansiv. Wenn die amerikanischen Banken und Unternehmer trotz des billigen Geldes keine Kredite aufnahmen - was schließlich zum Rückgang der umlaufenden Geldmenge führte -, so ist es eine logische Folgerung, daß die damalige expansive Geldpolitik zur Überwindung der Krise untauglich war; ergo, sagt Keynes, müsse der Staat das tun, was die Notenbank nicht kann, nämlich Geld in die Wirtschaft pumpen.

Geldpolitik und Geldumlauf sind verschiedene Dinge. In den USA ging der Geldumlauf in den Krisenjahren um rd. 30% zurück, trotz der expansiven Geldpolitik, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es an seriösen Kreditnehmern mangelte.

Ebenso strittig ist Friedman's Meinung, die umlaufende Geldmenge durch Offenmarktpolitik konjunkturgleich steuern zu können; denn die Gewähr, daß die Nachfrage nach Geldmarktpapieren auf bereitwillige Anbieter stößt, ist keineswegs gegeben. Hier besteht die gleiche Schwierigkeit, wie bei der expansiven Geldpolitik mit einem Diskontsatz von 0,5%. Also wird auch bei der Verwirklichung des Friedman'schen Konzeptes letzten Endes wieder der Staat mit zusätzlichen Maßnahmen eingreifen müssen.

Auch die Buchgeldschöpfung wird Friedman mit der Forderung nach 100%-Money für kurzfristige Einlagen nicht unterbinden können. Zwar

wird durch eine solche Maßnahme die Aktionsfähigkeit der Geschäftsbanken eingeengt. Dennoch kann nicht verhindert werden, daß Sparanlagen und langfristig aufgenommene Gelder zur Gewährung von Kontokorrentkrediten verwendet werden. Wenn Friedman seiner Zielsetzung näher kommen will, so muß er schon zu einer Spezialisierung des Bankensystems schreiten und eine Unterteilung in Girobanken, Sparkassen, Diskontbanken, Hypothekendarlehenbanken, Effektenbanken usw. fordern, wobei er außerdem noch genaue Geldanlagevorschriften erlassen müßte; dennoch werden sich einige noch verbleibende Lücken nicht ohne weiteres verstopfen lassen. Eine vollkommene Unterbindung der auf Kreditbasis beruhenden Buchgeldschöpfung dürfte allein schon wegen technischer Schwierigkeiten nicht zu realisieren sein, abgesehen davon, daß die Friedman'schen Empfehlungen einen starken planwirtschaftlichen Einschlag haben.

In diesem Zusammenhang muß man sich die Frage vorlegen, ob die Unterbindung des auf Kreditbasis beruhenden bargeldlosen Zahlungsverkehrs zwecks störungsfreier Praktizierung einer konjunkturgerechten Geldumlaufpolitik eine unabdingbare Notwendigkeit ist.

Bargeld ist kein Bargeld, sondern ein übertragbarer Anspruch auf Bargeld, dessen Erfüllung jederzeit gefordert werden kann. Infolge dessen sind die Geschäftsbanken zur Unterhaltung angemessener Barreserven gezwungen, um stets im Rahmen ihrer Verpflichtungen zahlungsbereit zu sein. Über die Höhe einer angemessenen Barreserve läßt sich naturgemäß keine feste Regel aufstellen. Immerhin dürfte es feststehen, daß die Bargeldbestände der Geschäftsbanken in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zur umlaufenden Bargeldmenge stehen. Jede Veränderung der umlaufenden Geldmenge wird daher entsprechende Rückwirkungen auf die Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken und damit auf ihre Kreditpolitik auslösen. Der Umfang des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist somit eine Funktion der umlaufenden Bargeldmenge. Aufgrund dieser Feststellung dürfte die Friedman'sche Forderung nach 100%iger Liquidität für kurzfristige Bankeneinlagen übertrieben und im Grunde nicht erforderlich sein.

Dagegen hat Friedman recht, wenn er die Abschaffung der Diskont-, Lombard- und Mindestreservpolitik der Notenbank verlangt. Da er außerdem berechtigterweise für flexible Wechselkurse eintritt, so bleibt vom bisherigen Betätigungsbereich der Notenbank so gut wie nichts übrig.

Bisher war der Diskontsatz der Notenbank richtungsweisend für das gesamte Zinsniveau, obwohl es schon vorgekommen ist, daß sich im freien Markt abweichende Zinssätze bildeten, was die Notenbank zum Nachziehen zwang. Jedenfalls müssen sich die Geschäftsbanken auch dann nach den von der Notenbank festgelegten Refinanzierungskosten ausrichten, wenn sie selber zur Abwicklung ihrer laufenden Geschäfte und darüber hinaus

zum Abfangen kleinerer Diskrepanzen innerhalb ihres Geschäftsgefüges über ausreichende Kassenreserven verfügen und daher im Augenblick oder auf absehbare Zeit auf die Notenbank nicht angewiesen sind. Der solide Bankier muß das Eventualrisiko, infolge nicht voraussehbarer Ereignisse eines Tages auf die Notenbank zurückgreifen zu müssen, stets einkalkulieren; er muß zu jeder Zeit gegen extreme Fälle gewappnet sein und sich mit seiner Zins- und Kreditpolitik danach richten.

Daher steht auch bei der sogenannten Buchgeldschöpfung stets die Notenbank als letzte Etappe im Hintergrund. Wenn aber eine Refinanzierungsmöglichkeit bei der Notenbank nicht mehr existiert, so werden die Banken ihre Geschäftspolitik revidieren müssen. Vor allem ist dann die Buchgeldschöpfung ihrer Hauptstütze beraubt. Der Bankier kann dann nur hoffen und beten, daß ihn seine Einleger nicht im Stich lassen, denn nur hierauf wird er sich in Zukunft bei seiner Kreditgebarung stützen können. Bisher sprang die Notenbank im Ernstfalle ein; wenn aber keine Notenbank mehr vorhanden ist, kann niemand einspringen. Hiernach müssen sich die Geschäftsbanken richten und damit wird der Staat bzw. die betreffende Aufsichtsbehörde das sogenannte Buchgeld fest in den Griff bekommen, ohne daß es einer Bankenreform im Friedman'schen Sinne bedürfe.

Das Friedman'sche Konzept ähnelt sehr dem klassischen *Laissez-faire* mit dem Unterschied, daß die umlaufende Geldmenge laufend vermehrt wird (ca. 4% p. a.). Darüber hinaus soll sich der Staat jedes Eingriffes in den Wirtschaftsablauf enthalten. Es ist mehr als zweifelhaft, ob dieses System gegen Konjunkturschwankungen gefeit ist; die Zweifel, daß die konjunkturellen Ausschläge erheblich sein können, sind daher nicht unberechtigt.

Es mag zutreffen, daß die Preisbildung auf den Gütermärkten *à la longue* von der umlaufenden Geldmenge bestimmt wird; kurz- und mittelfristig gesehen steht es keineswegs fest, ob zusätzlich in den Verkehr gegebene Geldmittel als Nachfrage auf dem Gütersektor wirksam werden.

Damit soll aber keineswegs gesagt werden, daß die von den Keynes-Anhängern propagierten staatlichen Maßnahmen, wie Konjunktur-Ausgleichsrücklage, Deficit-spending, Vergabe von Staatsaufträgen an die Investitionsgüterindustrie, Subventionierung privater Investitionen etc. geeignet seien, einen stetigen Konjunkturablauf zu gewährleisten. Mit diesen Mitteln kann man eine brachliegende Konjunktur zwar anheizen, aber eine überschäumende Konjunktur nicht abkühlen. Letzteres ist gegenwärtig das Kernproblem. Mit diesem Thema hat sich Keynes nicht befaßt, denn er lebte in einer anderen Zeit.

Schleichende Inflation oder geregeltes Kaufkraftgefälle.

In der heutigen Zeit versteht man unter »Inflation« ein Ansteigen der Warenpreise. Ursprünglich hatte das Wort eine andere Bedeutung, nämlich die Ausweitung des Papiergeldumlaufes.

Zwischen der Menge des umlaufenden Geldes und der Preisbildung bestehen jedoch nur lose Zusammenhänge, denn zwei weitere Faktoren spielen hierbei eine wesentliche Rolle, das sind die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes und der Umfang des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, des sogenannten Giral- oder Buchgeldes.

Der Ausdruck »Buchgeld« hat mancherlei Verwirrung angerichtet; im Grunde handelt es sich um die Aufrechnung von Forderungen und Verpflichtungen innerhalb des Abrechnungsverkehrs der Geschäftsbanken.

Natürlich kann es dem unbefangenen Beschauer gleichgültig sein, ob er einen Gegenstand durch Barzahlung, Scheck oder Banküberweisung erwirbt, für ihn ist alles das, mit dem man bezahlen kann, Geld. In der Realität aber sind Schecks und Zahlungsanweisungen kein gesetzliches Geld, sondern jederzeit erfüllbare Ansprüche auf solches.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes als Preisbildungsmedium hat seit der Perfektionierung des Scheck- und Überweisungsverkehrs wesentlich an Bedeutung verloren. Im allgemeinen sind die Barbestände bei den Familienhaushalten und Unternehmerbetrieben zur alsbaldigen Ausgabe bestimmt, während die übrigen liquiden Mittel als Tagesgeld bei den Banken ruhen (s. a. Seite 9 uff).

Die Bezieher kleiner Einkommen geben ihr Geld normalerweise ohne Verzug aus, weil sie leben müssen. Gleichermäßen verhält es sich bei Beziehern mittlerer Einkommen, sofern diese durch Kinderreichtum oder Krankheit in der Familie außerstande sind, aus ihrem Einkommen Ersparnisse abzuzweigen.

Dagegen sind die Bezieher mittlerer Einkommen in ihrer Mehrzahl, die höheren Einkommensschichten jedoch stets in der Lage und zumeist auch bereit, einen Teil ihrer Bezüge zur Vermögensbildung zu verwenden. Von ihrem Verhalten wird im wesentlichen das Geldumschlagtempo bestimmt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die im allgemeinen von der Einkommenshöhe abhängigen Lebenshaltungskosten sehr unterschiedlich ausfallen können. Es gibt anspruchslose Menschen, die bescheiden leben, auch wenn ihr Einkommen eine aufwendigere Lebenshaltung gestatten würde. Es gibt aber auch anspruchsvolle Menschen, die ihr Einkommen restlos verbrauchen, obgleich sie durchaus in der Lage sind, etwas auf die hohe Kante zu legen.

Bei der Betrachtung der volkswirtschaftlichen Vorgänge kommt es auf das Verhalten des Einzelnen nicht an, sondern auf die Summe der Einzelentscheidungen, das heißt auf das Verhalten der Masse. Von dieser Perspektive aus gesehen ergeben sich gesamtwirtschaftliche, vom Verhalten des Einzelnen mehr oder weniger abweichende Erscheinungsformen.

Die Summe aller Einkommen innerhalb einer Volkswirtschaft repräsentiert die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, die aber nur unter der Bedingung voll wirksam ist, wenn die Einkommen stets in voller Höhe und ohne Verzug verausgabt werden.

Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges ist die Kaufkraft des Geldes laufend zurückgegangen, oder, was das gleiche ist, die Preise sind laufend gestiegen. Dieser Trend hat seinen Ursprung in den USA, und alle am Bretton-Woods-Abkommen beteiligten nationalen Volkswirtschaften wurden in diesen Strudel hineingezogen. Inzwischen haben einige der beteiligten Länder ihre Währungen abgewertet (darunter Großbritannien und Frankreich). Die Bundesrepublik wertete die DM auf und zwar aus zwei Gründen, einmal, um ihre chronischen Handelsbilanzüberschüsse, die sich in den Augen ihrer Handelspartner zum Weltärgernis entwickelt hatten, einzudämmen und ferner, um einem weiteren Kaufkraftschwund der DM einen Riegel vorzuschieben.

In der Bundesrepublik wird das Wort »Preisstabilität« ganz groß geschrieben. Zwar sind in anderen Ländern ebenfalls Bestrebungen im Gange, die inflationäre Entwicklung abzubremsen; das öffentliche Interesse ist jedoch in dieser Beziehung weit schwächer ausgeprägt. Dort herrscht die Meinung vor, die Preise steigen beispielsweise um 4% p. a., die Löhne im gleichen Zeitraum um 8%; man weiß dort viel besser, daß die »schleichende Inflation« die Wirtschaft belebt, die Vollbeschäftigung gewährleistet und die Realeinkommen* in die Höhe treibt. Diesen positiven Werten steht die schleichende Inflation als winzig kleines Übel gegenüber.

In der Bundesrepublik aber ist die Geldwertstabilität zum parteipolitischen Kampfbjekt erhoben worden. Die Parole lautet: *Vollbeschäftigung und Preisstabilität*, obgleich man besonders an maßgebender Stelle wissen sollte, daß diese beiden Postulate feindliche Brüder sind; denn nur steigende Preise sind der Motor, der die wirksame Nachfrage in ununterbrochener Bewegung hält.

Es ist sogar schon so weit gekommen, daß der ehemalige Bundesbankpräsident, Karl Blessing, gelegentlich einer öffentlichen Veranstaltung behauptete, Inflation sei Betrug am Sparer. Der Moderator der Sendung »Bilanz« im ZDF, Wolfgang Schröder, bläht in das gleiche Horn. Er

* Realeinkommen, gemessen an der Kaufkraft des Geldes im Gegensatz zum Geldeinkommen.

präsentiert seinen Zuschauern folgende Rechnung: *Unter Zugrundelegung des derzeitigen Ersparnisstockes von rd. 350 Md. DM bedeutet eine Kaufkrafteinbuße von 3% p. a. einen Substanzverlust von rd. 10 Md. DM für die Sparer.*

Wenn man natürlich die Zinsen unter den Tisch fallen läßt, so kann man mit einer solchen Behauptung eine ganze Menge unbefangener Leute irreführen. Beide Herren (Blessing und Schröder) haben es unterlassen, die Verzinsung auch nur andeutungsweise zu erwähnen. Dabei ist es eine bekannte Tatsache, daß bei einer Hochkonjunktur die Zinssätze in die Höhe gehen. Das ist nichts anderes, als daß der Darlehensgeber in der *Verzinsung einen Ausgleich für die während der Darlehenslaufzeit eintretende oder zu erwartende Preissteigerung findet.* Legt man beispielsweise einen Sparkontozins von durchschnittlich 4% zugrunde, so erhält der Sparer 3% netto, was der von Wolfgang Schröder zitierten Geldentwertungsquote entsprechen würde. Die restlichen 1% kassiert der Staat als Kapitalertragssteuer (25% vom Zinsertrag).

Die überwiegende Zahl der Sparer sind sich der realen Zusammenhänge durchaus bewußt; sie ärgern sich nur darüber, daß der Staat die Zinserträge als Einkommen voll versteuert, obgleich sie gar kein reales Einkommen darstellen. Ähnlich verhält es sich bei Lohn- und Gehaltserhöhungen, deren Empfänger infolge der Steuerprogression in eine höhere Besteuerungsstufe geraten, obwohl es sich gar nicht – oder nur zum Teil – um eine reale Einkommenserhöhung handelt. Auf diese Art schraubt der Staat seine Steuereinnahmen auf kaltem Wege in die Höhe. Das ist natürlich kein Betrug – um Blessings Redewendung zu gebrauchen –, denn es fehlt die rechtliche Basis, nämlich die betrügerische Absicht einer physischen Person.

Dennoch aber handelt es sich um Dinge, die dem gesunden Rechtsempfinden widersprechen und relativ einfach durch entsprechende Gesetze abzustellen wären, wenn sich nicht ein weiterer Störungsfaktor allen guten Vorsätzen in den Weg stellen würde, nämlich das unkalkulierbare Ausmaß und die Unstetigkeit im Tempo der schleichenden Inflation.

Die Statistiker beobachten aufmerksam die Entwicklung der Preise und stellen à posteriori fest, daß der Verbraucherindex um so und so viele Promille gegenüber dem Vormonat gestiegen oder gefallen ist. Es liegt aber außerhalb ihres Möglichkeitsbereiches, eine einigermaßen verlässliche Prognose über die künftige Preisentwicklung anzustellen. Auch in Gelehrtenkreisen hält man dies für einen unerfüllbaren Wunschtraum.

Dem wäre allerdings entgegenzuhalten, daß man bis zum Jahre 1931 noch glaubte, gegen wirtschaftliche Krisenerscheinungen sei kein Kraut gewachsen. Viel verbreitet war die Ansicht, es handle sich um eine unabwendbare Naturerscheinung. Man schwamm im Fahrwasser des Klassizis-

mus, des Laisser-faire. Nur wenige Außenseiter hatten seinerzeit den Krisenbazillus bereits entdeckt, jedoch nahm man sie nicht ernst. Erst Keynes blieb es vorbehalten, die Welt aufzurütteln und die bisher gültigen Lehrmeinungen ad absurdum zu führen.

Aus dem gleichen Grunde besteht nicht die geringste Veranlassung, jeden Versuch, der darauf abzielt, die Preisentwicklung in den Griff zu bekommen, als aussichtslos und utopisch zu bezeichnen. Im übrigen fehlt es nicht an Versuchen; sowohl die Regierung wie auch die Bundesbank bemühen sich in dieser Richtung. Das zu erreichende Ziel steht fest, aber die Meinungen über den einzuschlagenden Weg klaffen weit auseinander. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Wissenschaft bisher noch niemals vor eine derartige Frage gestellt wurde. Man kann mit gutem Gewissen sagen, daß sich die diesbezüglichen Forschungsarbeiten erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung befinden. Es dürfte aber aller Voraussicht nach sehr schwer sein, in absehbarer Zeit zu einer brauchbaren Lösung der anstehenden Probleme zu kommen, da die Meinungen unter den Fachgelehrten sehr unterschiedlich sind und sich teilweise diametral gegenüberstehen. Hinzu kommt die Erkenntnis, daß der Meinungsstreit letzten Endes auf politischer Ebene ausgefochten werden muß, so daß der Wissenschaftler, der sich auf diesem Gebiet publizistisch betätigt, ein enormes Risiko eingeht. Ansehen und gesellschaftliche Stellung spielen dabei eine besondere Rolle. »Wer in Amt und Würden ist, fühlt sich verpflichtet, nicht frei zu reden«; so schreibt Karl Steinbuch.

Inzwischen scheint sich unter dem Druck der Ereignisse die Überzeugung durchzusetzen, daß das Vollbeschäftigungspostulat nur unter der Bedingung verwirklicht werden kann, wenn es von einer maßvollen Preissteigerung begleitet ist. Es dürfte durchaus einleuchten, daß das Geld unter Ausgabedruck steht, wenn die Preise steigen, denn es leidet an Kaufkraftschwund. *Das große Rätsel der wirksamen Nachfrage, mit dem Malthus gerungen hatte (Keynes)* wäre damit gelöst, denn die Einkommensbezieher müssen kaufen, wenn sie Substanzverluste vermeiden wollen.

Dennoch hat die Forderung nach stabilen Preisen eine solide Ursache; sie entsprang dem Wunsche nach Sicherheit für die Zukunftserwartung. Dieser Idealzustand ist jedoch unpraktikabel, weil alsdann der Einkommensbezieher nicht unter Ausgabenzwang steht. Er kann warten, wenn die Preise stabil sind. Die Eile ist aber lebensnotwendig, die Weile kann dagegen tödlich für das gesamte Wirtschaftsleben sein. Einkommen können nur entstehen, wenn entsprechende Ausgaben stattfinden; und je schneller das Geld umläuft, desto schneller wachsen die Einkommen.

Aufgabe der Forschung muß es daher sein, nach einer vollwertigen Ersatzlösung zu suchen. Diese lautet: Sicherung der Zukunftserwartung

bei einer fixen Preissteigerungsrate, mit anderen Worten, ein geregeltes Kaufkraftgefälle anstelle der unüberschaubaren schleichenden Inflation.

Es existieren sicherlich eine ansehnliche Zahl von Fachgelehrten, die sich durchaus der Tatsache bewußt sind, daß eine Preissteigerungsquote von etwa 3-5% p. a. die Wirtschaft belebt und die Vollbeschäftigung gewährleistet. Sie machen sich zwar Sorgen, daß eine derartige auf Empfehlungen von Milton Friedman basierende Währungspolitik in eine Konjunkturüberhitzung ausarten könnte. Wenn auch eine überhitzte Konjunktur einer wirtschaftlichen Stagnation sicherlich vorzuziehen ist, so erzeugt sie dennoch ein sehr unbehagliches Gefühl, insbesondere, wenn sie in Permanenz auftritt.

Abgesehen hiervon gilt die Hauptsorge dem Sparer, weil man bisher von der Annahme ausging, er werde durch die laufende Verminderung des Geldwertes geschädigt. Man dachte dabei nicht an die Zinsen; das war der Fehler, der zur Konfrontation der Meinungen führte.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich vermerkt, daß es ebenso abwegig ist, den Sparer bei der Eröffnung eines Sparkontos im Glauben zu lassen, die Zinsen auf seine Spareinlage seien für ihn zusätzliches Einkommen. Der Sparwillige müßte fairerweise am Bankschalter darauf hingewiesen werden, daß eine eventuelle Kaufkrafteinbuße außerhalb des Verantwortungsbereiches der Bank liegt, jedoch die Verzinsung nach den bisherigen Erfahrungen ein ausreichendes Äquivalent für die Geldentwertung bietet.

Gewiß werden sich manche oder auch viele Sparer dieser Motivierung nicht beugen wollen; sie vertreten den Standpunkt, wenn der Staat die Zinsen voll als Einkommen besteuert, so sei er auch für die Kaufkraftbeständigkeit der Spareinlagen verantwortlich. Da dieser Einstellung eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen ist, so konnte der Staat wenigstens dazu übergehen, einen Teil der Sparkontozinsen als steuerlich absetzbaren Werterhaltungsaufwand anzuerkennen. Bei Investitionsgütern ist dieses Verfahren üblich; es ist nicht einzusehen, aus welchem Grunde die Sparer schlechter behandelt werden. Der unleidliche Streit wäre damit seiner Spitze beraubt.

Die Frage nach dem Instrumentarium, das an Stelle der bisherigen unkontrollierbaren schleichenden Inflation ein geregeltes Kaufkraftgefälle setzen soll, ist ein Kapitel für sich, das noch eingehend zu behandeln ist. Das System, das aus einer Zusammenfassung der Erkenntnisse von Keynes, Paulsen, Eucken, Friedman nebst einiger Außenseiter entwickelt wurde, ist zwar bis zur letzten Konsequenz durchdacht, jedoch bereitet die Art der Interpretation und Explikation gewisse Schwierigkeiten; denn es war leider schon sehr oft zu beobachten, daß die Forscher aneinander vorbeireden,

weil sie sich einer schwer verständlichen Ausdrucksweise bedienen. Dem soll hier nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Dennoch wird der Meinungsstreit über »richtig oder falsch« nie zur Ruhe kommen, solange Menschen existieren, die den Drang verspüren, ihr Wissen zu publizieren.

Banknote oder Geldschein.

Ursprünglich waren es die Zettelbanken, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts Papiergeld in Umlauf setzten. Zu dieser Zeit herrschte *Bankenfreiheit*, das heißt mehrere oder auch viele Banken brachten Papiergeld in den Verkehr. Die damaligen Banknoten waren kein gesetzliches Geld, sie mußten jederzeit auf Verlangen gegen kurante Zahlungsmittel (Gold bzw. Silber) eingelöst werden. Die Einlöschungspflicht kennzeichnete die Banknote als *Kreditgeld*; sie war ein inverser Schuldschein, denn das Kreditrisiko lag bei der emittierenden Bank.

Für die seinerzeit sehr häufig auftretenden Wirtschaftskrisen machten die damaligen Nationalökonomien die Banken verantwortlich. Bei guter Konjunkturlage erweiterten sie ihr Kreditvolumen und emittierten in zunehmendem Maße Banknoten. Sobald sich jedoch Krisenerscheinungen bemerkbar machten, wurden die Geldscheine zur Einlösung vorgelegt. Die Mittel hierzu mußten sich die Banken durch Abbau des Aktivgeschäftes (Kreditrestriktionen) beschaffen, wenn sie zahlungsfähig bleiben wollten. Konjunkturausschläge heftigen Ausmaßes waren die Folge.

Die Staatsführungen glaubten nun, diesem Übel durch Monopolisierung der Notenausgabe begegnen zu können. Walter Eucken schreibt hierzu in seinem Buch »Die Grundlagen der Nationalökonomie« 8. Auflage, Seite 121:

»Der berühmte Streit der Anhänger der Bankenfreiheit contra Anhänger der Zentralnotenbank, der im Kampf der Bankingschool contra Currency-school mit im Mittelpunkt stand, war nichts anderes als ein Streit darum, welche Marktform bei der Notenschöpfung zweckmäßig sei, - ein Streit, der zugunsten des geschlossenen, staatlich beaufsichtigten Noten-Einzelmonopols entschieden wurde«.

Man mußte jedoch nach kurzer Zeit erkennen, daß die wirtschaftlichen Erschütterungen weiterhin auftraten. Die Errichtung des Notenmonopols war daher ein Schlag ins Wasser. Die Einsicht, daß die Ursachen der Konjunkturschwankungen an anderer Stelle gesucht werden mußten, verbreitete sich zwar verhältnismäßig rasch, aber nur wenige Außenseiter erkannten im *Metallismus* den Krankheitsherd, darunter Proudhon (1809-1865); er trat bekanntlich für die Reform des Güterumlaufes unter Aus-

schaltung des Geldes ein, jedoch erwies sich ein Gütertausch ohne Tauschmittel als unmöglich, denn letzten Endes bildete wiederum das Geld die Rechnungsgrundlage. Also blieb alles beim alten. In diesem Zusammenhang sei beiläufig erwähnt, daß Karl Marx am Geldwesen nichts auszusetzen hatte.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts begann sich eine Wandlung zu vollziehen, die sich in der Tatsache äußerte, daß die Banknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt wurde. Mit diesem Gesetzesakt verlor die Banknote ihren Kreditcharakter, denn der Papierschein war legales Geld und in seiner volkswirtschaftlichen Funktion ebenso kurant, wie ehemals das geprägte Metall. Dennoch besteht zwischen beiden Geldarten ein wichtiger Unterschied in ihrer Wirkungsweise auf das Wirtschaftsgeschehen.

Der Rohstoff für das Metallgeld (ehemals Silber, zu Zeiten des Bimetallismus Silber und Gold, seit Mitte des 19. Jahrhunderts allein Gold) wurde aus der Erde gegraben, entweder durch Minengesellschaften oder auch durch abenteuerlich veranlagte Einzelpersonen. Das ans Tageslicht beförderte Gold wanderte in die Banken und sickerte von dort aus auf verschiedenen Wegen in die Wirtschaft.

Goldschürfer zählen nun zweifellos zu den Konsumenten; auch Minengesellschaften bestehen aus einem Kollektiv von Konsumenten; sie waren die Geld-Emittenten.

Das heutige Papiergeld stammt dagegen nicht von den Einkommensbeziehern (Konsumenten), sondern von der zentralen Notenbank, die es auf dem Wege von Geldgeschäften (Diskont- und Lombardkredite, Offenmarkt-Politik, Devisengeschäfte) in Umlauf setzt. Das Zentralbankgeld gelangt auf diese Art zunächst an die Geschäftsbanken und nach Durchlaufen verschiedener Barrieren ganz zuletzt an die Einkommensbezieher (Konsumenten). Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß seit der Deklaration der Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel der Geldstrom bergauf fließt, statt den naturgegebenen Weg vom Einkommensbezieher aus talabwärts zu nehmen.

Es wurde bereits an früherer Stelle betont, daß die Notenbank auf den Konjunkturablauf keinen entscheidenden Einfluß nehmen kann, so lange sie verpflichtet ist, durch Intervention auf den Devisenmärkten für stabile Wechselkurse zu sorgen. Entbindet man sie von diesem lästigen Ballast, indem man zu freien Wechselkursen übergeht, so könnte sie ihre Geldpolitik ausschließlich auf die Entwicklung der Güterpreise ausrichten. Dennoch muß es bezweifelt werden, ob die Anwendung der klassischen Methoden (Diskontpolitik etc.) die in früheren Zeiten einer ganz anderen Zielsetzung galten, jetzt noch zeitgemäß ist. Die moderne Wirtschaft verlangt kurzfristig wirksame Maßnahmen. Die Diskontpolitik aber ist in ihrer Reaktionsfähigkeit viel zu träge.

Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß die Notenbank in der Lage ist, durch Kreditverteuerung eine Bremswirkung im Ablauf der Konjunktur auszulösen. Diese Methode hat aber insofern ihre Probleme, als zunächst der Investitionsgütersektor betroffen wird. Die zwingende Folge sind Einkommenseinbußen und anschließend eine Nachfragedämpfung auf dem Gütersektor, womit dann der Endzweck der Kreditverteuerungsmaßnahmen der Notenbank erreicht wäre.*

Unwillkürlich muß man sich bei der Betrachtung der Dinge die Frage stellen, aus welchem zwingenden Grund ein solcher Umweg beschritten wird, statt den kürzesten Weg zu wählen, nämlich von den Einkommensbeziehern eine Konjunkturabgabe zu erheben? -

Die Ursache dieser Absurdität kann man nur in der Tatsache sehen, daß die Notenbank nun einmal da ist. Ein kürzlich im deutschen Sparkassenverlag erschienenen Buch mit dem Titel »Die Notenbank« von Richard Köser und Hans Pfisterer beginnt mit folgenden verheißungsvollen Worten:

»In fast allen Staaten der Erde, gleich welchem politischen System sie angehören, gibt es zentrale Notenbanken. Ihre Daseinsberechtigung ist also unbestritten.«

Immerhin ist es eine sonderbare Logik, die Daseinsberechtigung einer Einrichtung aus ihrem Vorhandensein herzuleiten.

In einem Lande, in welchem das Recht der freien Meinungsäußerung verfassungsmäßig garantiert ist, sollte es einem ernsthaften Forscher nicht verwehrt sein, die Existenzberechtigung der Notenbank anzuzweifeln, vorausgesetzt, daß er seine Meinung begründet. Es ist allerdings sehr fraglich, ob ein in Amt und Würden befindlicher Fachgelehrter den Mut zu einer derartigen Meinungsäußerung aufbringen wird, ohne befürchten zu müssen, gesellschaftlichen Schaden zu erleiden (frei nach Steinbuch). Nur ein außerhalb der akademischen Zunft stehender Praktiker kann sich die Behauptung leisten, daß die Notenbank mit ihrem derzeitigen Instrumentarium keinen entscheidenden Einfluß auf die Konjunkturentwicklung nehmen kann.

Die Bundesbank führt unentwegt Klage darüber, daß ihr die Regierung keinen Flankenschutz gewährt. Das heißt doch eindeutig, daß die Notenbank nur in Zusammenarbeit mit dem Staat ihre Aufgabe (Schutz der Währung) zu erfüllen vermag. Die Gegenfrage aber, ob der Staat ohne Hilfe der Notenbank den Konjunkturablauf wirksam beeinflussen kann, hat bisher noch niemand gestellt, obgleich sie in jeder Weise berechtigt ist, denn der Fragesteller hätte einen prominenten Bundesgenossen, an dem auch die Fachwelt nicht vorbeigehen kann, nämlich Milton Friedman.

* Dieser Modellfall setzt freie Wechselkurse voraus; er ist somit auf die aktuellen Ereignisse nicht anwendbar.

Er weist der Notenbank nur die sehr bescheiden anmutende Rolle zu, durch Offenmarktpolitik den Bargeldumlauf um etwa 4% p. a. zu erhöhen. Sie soll jedoch weder Wechsel diskontieren noch Wertpapiere und Warenpartien lombardieren, dem Staat keine Kassenkredite gewähren, die Mindestreservpolitik aufgeben und die Bildung der Devisenkurse dem freien Spiel der Märkte überlassen.

Aber auch Friedman geht mit seinen Forderungen nicht bis zur letzten Konsequenz; er stützt der Notenbank zwar Krallen und Flügel, beläßt ihr aber das Notenmonopol.

Es ist scheinbar allen im Wirtschaftsleben stehenden Menschen im Verlaufe der vergangenen 200 Jahre, als die ersten Zettelbanken in Erscheinung traten, in Fleisch und Blut übergegangen, daß Papiergeld stets nur von einer Bank emittiert werden könne. Papiergeld und Banknote sind offenbar identische Begriffe; der sinnvollere Ausdruck »Geldschein« ist nur sehr selten zu hören. Kein Volkswirtschaftler von Rang – aber auch keiner der Außenseiter – kam bisher auf den Gedanken, daß man Geldscheine auch auf andere, vielleicht sinn- und zweckvollere Art in Umlauf setzen könnte, als ausgerechnet durch eine Bank. Daher ist auch der einleitende Satz des Buches »Die Notenbank« (siehe Seite 40) typisch für die derzeitige Denkweise. Man glaubt bedingungslos an die Überlieferung, und sei sie noch so widersinnig.

Gewiß braucht jede Volkswirtschaft Geld; eine hoch entwickelte Industriegesellschaft ist ohne Tauschmittel, das zugleich als Wertmaßstab dient, nicht denkbar. Es besteht jedoch kein zwingender Grund, eine zentrale Notenbank mit der Papiergeldmission zu betrauen.

Bevor die Frage, auf welche Art eine Volkswirtschaft ohne Notenbank mit Geld versorgt werden soll, weiter verfolgt werden kann, ist ein weit verbreiteter Irrtum aufzuklären.

Paulsen unterscheidet bekanntlich zwischen *Warengeld* und *Kreditgeld*, wobei er in die letztere Kategorie auch die Banknote einbezieht.

Unter Warengeld im Sinne von Professor Paulsen kann in heutiger Zeit nur Gold verstanden werden, auch wenn es international nur innerhalb der Zentralnotenbanken zirkuliert. Das stammt allerdings heute in dieser Form nicht mehr, weil die außeramerikanischen Notenbanken mit ihren Dollarguthaben (das heißt nicht geltend gemachten Forderungen auf Gold) am Euromarkt viel ertragreichere Geschäftsmöglichkeiten wahrnehmen können (vergl. hierzu: Taschenbücher für Geld, Bank und Börse, Knapp-Verlag Band 54), als wenn sie auf ihren Goldforderungen bestehen würden, die ohnehin seitens der USA nicht erfüllbar wären. Der Euromarkt ist daher der Retter des Dollars; seine internationale Stärke beruht auf dem immensen Produktionspotential der USA, was letzten Endes entscheidend ist für

seine Begehrtheit auf den Weltmärkten, trotz seines permanenten Kaufkraftschwundes.

Leider geht Paulsen an der Tatsache vorbei, daß zwischen Warengeld (das ist gemünztes Gold) und legatem Papiergeld kein funktioneller Unterschied besteht. Zur Fundierung dieser Behauptung sei an dieser Stelle sein Lehrmeister John Maynard Keynes zitiert, der sich zu dieser Frage in seiner Allgemeinen Theorie auf Seite 110 (3. Auflage der deutschen Übersetzung von Waeger) wie folgt ausläßt:

»Wenn das Schatzamt alte Flaschen mit Geldscheinen füllen und in geeignete Tiefen in verlassenen Kohlenbergwerken vergraben würde, sie dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehrrieh füllen würde und es dann privatem Unternehmungsgeist nach den erprobten Grundsätzen des »laissez-faire« überlassen würde, die Geldscheine wieder auszugraben (wobei das Recht, also zu tun, natürlich durch Offerten für die Pacht des Grundstückes, in dem die Geldscheine liegen, zu erwerben wäre), brauchte es keine Arbeitslosigkeit mehr zu geben, und mit Hilfe der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens, wie auch sein Kapitalreichtum wahrscheinlich viel größer als jetzt werden Die Analogie zwischen diesem Notbehelf und den Goldgruben der wirklichen Welt ist vollständig.«

Für Keynes ist somit die Frage, aus welchem Rohstoff das Geld besteht, völlig uninteressant.

Paulsen aber behauptet, daß der Rohstoff für das Warengeld (die unter Goldbergbau bekannte Form des Grabens von Löchern in den Erdboden, so sagt Keynes) durch Einkommen bildende Arbeit gewonnen wird. Keynes dagegen meint, daß der Goldbergbau dem wahren Reichtum der Welt nicht nur nichts hinzufügt, sondern den Nachteil der Arbeit einschließt. Er betrachtet das Suchen nach Geldrohstoff durch Graben von Löchern in der Erde schlechthin als Kraftvergeudung und meint, es wäre vernünftiger, mit diesem Kräfteinsatz Häuser und dergleichen zu bauen (Allg. Theorie Seite 110).

Jedenfalls ist die Keynes'sche Parabel über den *Papiergeldbergbau* eine überzeugende Darstellung, daß der als gesetzliches Zahlungsmittel geltende Papierschein sich nur in seiner äußeren Form von der Goldmünze unterscheidet; volkswirtschaftlich gesehen aber besteht zwischen den beiden Geldarten kein Unterschied, und hierauf kommt es bei der Untersuchung der Vorgänge ausschließlich an.

Im übrigen dürfte der Zeitpunkt einer vollkommenen Demonetisierung des Goldes nicht mehr fern liegen. Ob aber die geplanten Ziehungsrechte eine spürbare Verbesserung des internationalen Geldwesens herbeiführen, ist nach den Ereignissen, die sich in letzter Zeit auf diesem Gebiete

abgespielt haben, immerhin zweifelhaft, wie alle Pläne, die auf zwischenstaatliche Kooperationen hinauslaufen. Es wäre daher viel vernünftiger, im eigenen Staate eine Reform des Geldwesens anzustreben und ein System zu verwirklichen, das für die gesamte Welt richtungsweisend und nachahmenswert sein könnte.

Geld und Preis.

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis; so lautet eine allgemein anerkannte volkswirtschaftliche Regel.

Der Preis eines Gegenstandes wird durch eine Geldsumme ausgedrückt. Man bezeichnet das Geld als Tauschmittel. Paulsen schreibt in diesem Zusammenhang (Neuer Wirtschaftslehre, 4. Aufl., Seite 164):

»Die alte Theorie mahnte, den »Geldschleier abzuheben«, um so im Kauf nur einen »halben« Realtausch zu erkennen, der durch Verwendung des eingelösten Geldes zu einem zweiten Kauf vervollständigt werden muß. Aber das Geld ist mehr Geld ist kein Schuldschein. Es hat den selbständigen Wert höchster Liquidität insofern, als es in der Gesellschaft, in der es gilt, einen allgemein sachlich und zeitlich nicht bestimmten Anspruch auf alles darstellt, was überhaupt einen Preis hat und käuflich ist.«

Wenn Paulsen behauptet, Geld sei kein Schuldschein, es habe den selbständigen Wert höchster Liquidität; so muß – ohne die Richtigkeit dieser Feststellung anzuzweifeln – dennoch einschränkend vermerkt werden, daß der selbständige Wert des Geldes im Produktionsvolumen seine Wurzel hat. Das Geld hat somit einen *geborgten* Wert.

Wenn aber, wie Paulsen behauptet, das Geld kein Schuldschein ist, es habe vielmehr einen selbständigen Wert, so ist es nicht nur Tauschmittel, es dient dann auch der Vermögensbildung, die mit dem Horten beginnt und bei der langfristigen Kapitalanlage endet.

Geld ist Tauschmittel und Sparmittel; es hat somit zweierlei Funktionen, deren Unterschied wie folgt beschrieben werden kann:

Der Tausch ist ein Augenblicksvorgang. Geld und Gut wechseln ihren Besitzer und damit ist der Vorgang abgeschlossen.

Der Sparvorgang ist dagegen eine Brücke von der Gegenwart in die Zukunft; er erstreckt sich über einen längeren Zeitraum, der sich, angefangen von einigen Monaten, auf 10, 20 und mehr Jahre ausdehnen kann. Lebens- und Altersrentenversicherungen fallen unter die Kategorie des Ratensparens und erstrecken sich meist über 30–40 Jahre. Der Sparvorgang gilt erst dann als beendet, wenn das ersparte Vermögen in Form von Bargeld bzw. sofort fälligen Ansprüchen auf Bargeld wieder frei zur Verfü-

gung steht. Sparen ist im Gegensatz zum Kaufen ein Geschäft mit der Zeit.

Nun kann man in volkswirtschaftlichen Schriften sehr oft lesen, der bei Darlehensgeschäften zu zahlende Zins sei der Preis für Leihgeld, der sich wie auf dem Warenssektor, aus Angebot und Nachfrage von heutigem gegen künftiges Geld bildet. Das ist ein Irrtum. Auf dem Leihgeldsektor gibt es keine Nachfrage.

Die Gleichsetzung von Nachfrage und Bedarf ist schon manchem Forscher zum Verhängnis geworden. Wenn beispielsweise Höpker-Aschof meint, daß die Nachfrage nicht durch Geld sondern durch die Menschen ausgeübt wird, so kann man dem entgegenhalten, daß der Mensch über Geldmittel verfügen muß, wenn er marktmäßige Nachfrage halten will. Seinen Bedarf kann er ohne Geld nicht befriedigen. Somit ist das Geld das nachfrageausübende Element, der Mensch nur Funktionär.

»Mit dem Kattun in der Hand hält der Kaufmann Nachfrage nach Tauschmitteln, nach Geld. Mit dem Wechsel in der Hand hält dagegen der Kaufmann bei seiner Bank keine Nachfrage nach Geld, denn der Wechsel ist keine Ware (das ist kein Arbeitsprodukt). Hier ist vom Zinsfuß die Rede. Hier herrscht gemeiner Geldbedarf, keine Nachfrage . . . Bedarf an Geld ist eine vieldeutige, Nachfrage nach Geld eine eindeutige Sache. Bedarf an Geld geht von einer Person, Nachfrage nach Geld von einer Sache, von den Waren aus. Der Bettler will Almosen, der Kaufmann will sein Geschäft vergrößern. . . . Sie haben alle schrecklichen Bedarf an Geld, ohne Nachfrage halten zu können, denn diese kommt nicht von den Sorgen der Menschen, sondern von dem Vorrat und Angebot von Waren Es herrscht zwischen dem mit dem Zinsfuß gemessenen Bedarf an Geld und der mit den Preisen gemessenen Nachfrage nach Geld der denkbar größte Wesensunterschied. Beide Dinge haben durchaus nichts Gemeinsames (Gesell, NWO 9. Aufl., Seite 172)«.

Es ist daher ein grundlegender Irrtum anzunehmen, der Zins sei der Preis für künftiges gegen heutiges Geld und seiner Höhe nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen. Der Zins ist kein Preis, sondern eine Prämie für die in der Geldleihe enthaltenen Risiken, wie Kaufkraftschwund, Verlustrisiko, Kriegsgefahr und sonstige Gefahren (beispielsweise durch den Gesetzgeber), die den Bestand des verliehenen Geldes gefährden könnten.

Der teilweise oder totale Verzicht auf die Liquiditätspräferenz, die Keynes als treibende Kraft für die Zinsbildung in den Vordergrund stellt, verliert an Bedeutung, sobald das Geld einem Kaufkraftschwund unterliegt, der im Schnitt den Durchhaltekosten für die Warenbevorratung entspricht, denn jeder Geschäftsmann ist zur Lagerhaltung gezwungen; er muß seinen

Kunden aus einer Anzahl verschiedener Güter (und seien es nur unterschiedlich gemusterte Stoffe oder Kleider verschiedener Größe und Genre) die Auswahl überlassen können; die Konkurrenz zwingt ihn zur Feilhaltung einer möglichst reichhaltigen Kollektion; der hiermit verbundene Unterhaltungsaufwand ist unter Bezeichnung »Durchhaltekosten« in das volkswirtschaftliche Vokabularium eingegangen.

In der heutigen Zeit mit ihren ausgedehnten Lieferfristen sind die Durchhaltekosten unbedeutend. Die Kapazitäten sind voll ausgenutzt; eine Lagerhaltung kommt kaum in Frage und daher entstehen auch keine Durchhaltekosten.

Beim Groß- und Einzelhandel ist die Situation eine andere. Aber auch hier sinken die Durchhaltekosten in Zeiten der Übernachfrage auf ein Minimum.

Bei einer wirtschaftlichen Stagnation aber können die Durchhaltekosten ruinöse Wirkungen hinterlassen. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, muß das Geld einem Ausgabedruck ausgesetzt sein zwecks Sicherstellung der wirksamen Nachfrage. Keynes schreibt in diesem Zusammenhang (Seite 195 und 196):

» . . . Die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, . . . ihren Bestand an Geld zu vermehren, ist darauf zurückzuführen, daß die (wirklichen oder vermeintlichen) Vorteile der Liquidität keinem Gegengewicht in Form von Durchhaltekosten ausgesetzt sind Obschon aber auch ein größerer Vorrat als wertbeständige Form von Vermögen einige Anziehungskraft haben könnte, würde diese doch durch die Durchhaltekosten der Ware in Form von Lagerspesen, Schwund usw. aufgehoben werden Im Fall von Geld ist dies jedoch nicht der Fall und zwar aus jener Reihe von Gründen, die das Geld nach Ansicht der Bevölkerung zum Inbegriff der Liquidität machen. Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen, und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient erwogen zu werden.«

Es ist unverkennbar, daß Keynes hier auf die Vorschläge von Silvio Gesell, dem Erfinder des »Schwundgeldes«, anspielt, und von denen er meint, daß sie es verdienen, erwogen zu werden. Das soll nun hier geschehen:

Gesell hatte mit seinen Vorschlägen primär nicht die Absicht, dem Gelde eine den Durchhaltekosten entsprechende Buße aufzuerlegen, vielmehr wollte er das Geld unter Umlaufzwang stellen. Die Einkommensbezieher sollten gezwungen sein, ihr Geld zu Konsum- bzw. Investitionszwecken unverzüglich auszugeben. In diesem Sinne entwarf er das *Tabellengeld*, das

heißt der Staat sollte durch ein Gesetz bestimmen, daß der aufgedruckte (oder auch aufgeprägte) Nennbetrag des baren Geldes wöchentlich um 0,1% abnimmt. Zwecks Demonstration seines Vorschlages hatte er in den ersten Auflagen seines Buches »Die natürliche Wirtschaftsordnung« einen 100-Markschein abgebildet, der jede Woche 10 Pfg. seines Nennwertes einbüßen sollte. Dieser 100-Markschein würde somit nach einem Jahr nur noch mit 94,80 Mark im Sinne des Gesetzes als kurantes Geld umlaufsfähig sein. Alle weiteren Vorschläge über die Form des sogenannten Schwundgeldes stammen nicht von Gesell, sondern von seinen Anhängern (Klebe-geld, Stempelgeld, Seriengeld). Erwähnenswert ist in diesem Zusammen-hang ein Vorschlag von Dr. Th. Christen, der in seiner Broschüre »Das Geldwesen ein dynamisches System«* die dynamische Doppelwährung in Vorschlag brachte. Er zog einen Trennstrich zwischen *Währung* und *Geld*. Die Währungseinheit war als kaufkraftbeständiges Kalkulationsmittel ge-dacht und das Geld als Zahlungsmittel, dessen rechnungsmäßiges Verhältnis zur Währungseinheit sich jede Woche um 0,1% verringern sollte. Das würde bedeuten, daß nach Ablauf eines Jahres

100 Geldeinheiten = 94,80 Währungseinheiten
 oder 100 Währungseinheiten = 105,50** Geldeinheiten
 sind.

Gesell begrüßte anfänglich diesen Vorschlag, weil er den Vorteil hatte, daß sich am Geld und im Umgang mit Geld nichts ändert. Die Warenpreise, in Geld ausgedrückt, würden dann zwar pro Jahr um 5,5% ansteigen, ihre Preise in Währungseinheiten wären jedoch im Schnitt stabil. Gesell rückte später von diesem Vorschlag ab, weil Christen seinen Überlegungen eine a-priori-Inflation zugrunde legte. Gesell aber wollte das Tauschverhältnis zwischen Geld und Ware durch ein *Gesetz* auseinandertreiben und nicht durch eine Inflation, deren Wirkung letzten Endes nicht überschaubar ist.

Die Trennung zwischen Währung (Kalkulationsmittel) und Geld (Zah-lungsmittel) ist im übrigen nicht neu. Walter Eucken schreibt in diesem Zusammenhang (Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8. Auflage, Seite 113 uff.):

»Die Geschichte zeigt nun, daß die Geldeinheit nicht selten auch als Recheneinheit benutzt wird. Nicht selten – keineswegs regelmäßig. Im Mittelalter zum Beispiel, in dem verschiedenste und rasch wechselnde Geldarten umliefen, konnten die Großhändler unmöglich eine im Werte dauernd schwankende Geldsorte als Recheneinheit benutzen. Sie brauchten eine einheitliche und feste Rechnungsskala

* erschienen 1917 in den Annalen des deutschen Reiches

** reziproker Wert von 94,80, das heißt $1000 : 948 = 1.05485$ aufgerundet 1,055.

Bekanntlich hat es auch in der Neuzeit keineswegs an Fällen gefehlt, in denen Geld nicht zugleich Recheneinheit war

Wenn in Deutschland 1923 die Mark in Form von Papierscheinen und Giralgeld als Tauschmittel, der Roggenzentner oder Gramm Gold oder Schweizer Franken usw. als Recheneinheit dienten - was war dann Geld? - Wer meint, Geld sei Tauschmittel und Wertmaß, ist zu der sonderbaren Antwort gezwungen, daß - soweit die Mark nicht noch Recheneinheit war - es überhaupt kein Geld gab. Denn die Mark verlor die Wertfunktion und der Roggenzentner usw. war nicht Tauschmittel. «

Ähnliche Verhältnisse waren nach Beendigung des zweiten Weltkrieges zu beobachten. Man sprach damals und spricht auch heute noch von der Zigarettenwährung. Die Zigaretten aber waren Tauschmittel; eine Rechnungseinheit existierte überhaupt nicht. Man handelte und kompensierte nach Bedarf und Gefühl.

Die Verhältnisse von 1923 und 1947 sind zwar das äußerste Extrem, das sich auf währungstechnischem Gebiet abgespielt hat. Dennoch besteht kein zwingender Grund, eine Trennung zwischen Währung und Geld auch bei harmloseren Fällen ins Auge zu fassen. Es ist nicht zu leugnen, daß zur Zeit eine dauerhafte, wenn auch mäßige Inflation im Gange ist. Es wäre daher durchaus berechtigt und auch folgerichtig, sich neben dem Gelde, das einem stetigen Kaufkraftschwund unterliegt, einer *kaufkraftbeständigen Recheneinheit* zu bedienen.

Nüchtern betrachtet sind die derzeitigen Bestrebungen in der Bundesrepublik (und auch in anderen Industriestaaten des Westens) nichts anderes als ein Kampf um die Währungsgerechtigkeit. Denn es ist bereits Allgemeinwissen, daß die Preissteigerungen nichts anderes darstellen, als einen schleichenden Kaufkraftschwund des Geldes, und solange die kaufkraftmäßige schwindende Geldeinheit bei vertraglichen Abmachungen jeglicher Art als Rechnungsbasis dient, werden die Konflikte nicht zur Ruhe kommen.

Aber nicht nur vertragliche Abmachungen, sondern insbesondere Kostenvoranschläge, z. B. bei Bauvorhaben, Finanzplänen, vor allem die öffentlichen Haushalte werden von der Geldentwertung überrollt. Man könnte sich zwar damit trösten, daß bei einer schleichenden Inflation die Steuereinnahmen in die Höhe gehen, so daß die eingetretenen Kostensteigerungen aufgefangen werden können. Der ursprüngliche Etat ist aber in Geldmark festgelegt und hat auf dieser Grundlage alle Instanzen durchlaufen. Eine durch die Geldentwertung erforderlich werdende Erhöhung des Etats, der von Rechts wegen nichts anderes ist als eine Wertberichtigung, setzt den gleichen bürokratischen Apparat erneut in Bewegung, was dann zumeist mit sehr unangenehmen Debatten und politischem Ränkespiel verbunden ist.

Dies alles wäre zu vermeiden, wenn man sich neben der Geldmark eines

einigermaßen stabilen - beispielsweise am Lebenshaltungsindex* orientierten - Rechenmaßstabes bedienen würde, nämlich der *Realmark*.

Aus den Zusammenhängen dürfte unschwer zu erkennen sein, daß mit der Schaffung der *Realmark* nicht etwa ein kaufkraftbeständiges Geld, sondern lediglich ein stabiles *Rechenmedium* geschaffen werden soll. Dies würde zur Folge haben, daß der Preis einer Ware, die im Markte angeboten wird, sowohl in Geldeinheiten wie auch in Währungseinheiten (Geldmark und Realmark) ausgedrückt werden kann.

In den Werken von Keynes und Paulsen sind zu diesem Gedanken sehr eindeutige Anhaltspunkte zu entdecken. Beide Forscher sprechen beispielsweise von Geldpreisen (also nicht schlechthin von Preisen) sowie von Einkommen und Realeinkommen, Geldlöhnen und Reallöhnen. Sie blieben aber auf halbem Wege stehen, weil sie nicht in Betracht zogen, daß auch das *Geld eine Ware ist*** und somit zweierlei Preise hat. Der Nennpreis des Geldes ist stets unverändert, er entspricht dem Aufdruck der Geldnote, sein Realpreis aber entspricht dem reziproken Index.

Zur Demonstration dieses Gedankenproduktes sei nachstehend eine aus der Zeitschrift »U.S. News and World Report« vom 13. 3. 1967 stammende Übersicht wiedergegeben. Sie trägt die Überschrift:

»Wie haben die Amerikaner 25 Jahre Inflation (1941-1966) überstanden? -«

Auf der ersten Seite des erläuternden Textes ist eine Gruppe von Bergleuten abgebildet. Darunter ist folgendes vermerkt:

»Bergleute! - Ihr könnt mit Eurem heutigen Lohn (1966) das Doppelte kaufen wie 1941.«

Die Tabelle basiert naturgemäß auf Geldpreisen in US-Dollar. Um aber den Unterschied zwischen Geld- und Realpreisen zu demonstrieren, sind letztere der Übersicht halber nachträglich hinzugefügt worden (dritte Spalte).

Die Gegenüberstellung geht vom veränderten Lebenshaltungsindex aus, der in der Zeit von 1941 bis 1966 von 100 auf 220,5 angestiegen ist. Das bedeutet, daß der Dollar von 1966 gegenüber dem Dollar von 1941 nur noch eine Kaufkraft von 45,35 cents besaß.

* Ob der Lebenshaltungsindex der geeignete Maßstab ist, soll hier nicht näher untersucht werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sich die derzeitigen Auseinandersetzungen stets um die gestiegenen Lebenshaltungskosten drehen.

** Der Leser möge die Feststellung, daß das Geld marktmäßig eine Ware ist, zunächst als gegeben hinnehmen. Die Beweisführung folgt später.

Und nun zur Tabelle:

	1941	1966	Real
Lebenshaltungskostenindex	100,00	220,50	
Dollar	100,00	100,00	45,35
Gesundheitswesen			
Krankenhausaufenthalt pro Tag	5,73	34,79	15,78
Ärztl. Sprechstundenhonorar	2,01	4,77	2,16
Haushaltsgeräte			
Waschmaschine	79,93	118,52	53,75
Kühltruhe	179,73	157,69	71,51
Laufende Kosten im Haushalt			
Erdgas Monatsrechnung	2,61	3,73	1,69
Strom Monatsrechnung	5,93	6,18	2,80
Bekleidung			
Baumwollkleid	3,66	12,05	5,46
Herrenanzug	30,79	85,59	38,82
Herrenschuhe	5,64	18,06	8,19
Reisekosten			
Eisenbahnfahrkarte			
Washington - Chicago	14,35	32,53	14,75
Flugschein			
New York - Los Angeles	149,95	145,10	65,80
Lebensmittel			
Laib Brot	0,08	0,22	0,10
Butter lb.	0,41	0,82	0,37
Milch qt.	0,13	0,25	0,11
Eier dz.	0,39	0,64	0,29
Brathähnchen lb.	0,33	0,41	0,19
Einkommen pro Woche			
Bergmann	29,18	130,92	59,37
Ungelernter Arbeiter	29,19	99,22	45,-
Facharbeiter	37,30	126,81	57,51
Landarbeiter	19,62	83,69	37,95
Ordnungshüter	34,95	117,16	53,13
Elementarlehrer	28,61	119,41	54,15

Diese Gegenüberstellung ist heute sicherlich überholt. Dennoch ist eindeutig zu erkennen, daß die erhöhten Verbraucherpreise gegenüber der

Lohnentwicklung stark zurückgeblieben sind. Die dritte Rubrik (nachträglich hinzugefügte Realpreise) verschafft erst ein echtes Wirklichkeitsbild über die Preis- und Lohnentwicklung. Es ist daher eine zwingende Notwendigkeit, daß man sich von der bisherigen dubiosen Methode - Geldeinheit gleich Recheneinheit - abwendet und sich einer realen, wahrheitsgetreuen Betrachtungsweise bedient. Jedenfalls verdient festgehalten zu werden, daß die in der dritten Rubrik aufgeführten Realwerte die Zusammenhänge entschleiern. Die bisherige Methode, die sich auf eine sich stets laufend entwertende Geldeinheit stützte, ist nebulos, und die Debatten und Auseinandersetzungen sind fruchtlos und stoßen ins Leere. Nur die Anwendung eines einigermaßen stabilen Rechenmaßstabes bringt Ordnung in die Wirrnis.

Es wäre jedoch falsch, bei dieser Erkenntnis stehen zu bleiben, ohne den Blick auf den Kapitalverkehr zu richten. Denn auch der Kapitalbegriff ist gespalten in

Geldkapital und Realkapital.

Geldkapital (fiktives Kapital) sind auf fixe Geldsummen lautende Schuldverträge jeder Art wie Bankdepositen, Termin- und Spareinlagen, ferner festverzinsliche Wertpapiere, Grundschulden, Hypotheken usw. Auch Bausparverträge und Lebensversicherungen fallen in diese Kategorie. Altersrenten, die ebenfalls zu dieser Gruppe zählen, nehmen infolge ihrer Dynamisierung eine Sonderstellung ein, was als einleuchtender Beweis gewertet werden kann, daß die Geldmark als Rechenmaßstab ungeeignet ist.

Realkapital (Sachkapital) ist dagegen *realer* Besitz oder ein Anspruch auf solchen, wie Lieferforderungen, Häuser, Fabrikanlagen, Schiffe. Grundstücke nehmen unter den Realkapitalien eine Sonderstellung ein, denn sie sind im Gegensatz zu den sonstigen Sachwerten nicht vermehrbar. Dieser Erkenntnis kommt besondere Bedeutung zu, da hieraus die Bodenreformbewegungen entstanden sind (Henry George, Adolf Damaschke), deren Behandlung den Rahmen dieser Aufsatzreihe überschreiten würde.

Geld und Zins.

Mit dem Stichwort »Geldkapital« rückt zwangsläufig die Zinsfrage wieder in den Vordergrund.

Es ist hier nicht der Ort, auf die sehr langatmigen und schwer verständlichen Auslassungen von Keynes über das Zinsproblem näher einzugehen. Er geht bei seinen Betrachtungen davon aus, daß man schließlich einen Wertmaßstab zu Grunde legen müsse, was zweifellos richtig ist. Sehr bedenklich aber ist es, das Geld zum Wertmaßstab zu bestimmen (siehe Keynes: Allgemeine Theorie, Seite 192). Veränderungen in der Kaufkraft des Geldes läßt er bei seinen gedanklichen Kombinationen nicht etwa außer acht; er

versucht eine Brücke zu finden, indem er jeder marktmäßig angebotenen oder gefragten Ware (hierzu rechnet er auch die Ware Geld) einen Zins zuordnet, der je nach dem Liquiditätsgrad der verschiedenen Warenarten verschieden hoch und auch negativ sein kann. Da das Geld unter allen Waren den höchsten Liquiditätsgrad besitzt, verlange es auch den höchsten Zins.

Seine Schlußfolgerungen sind für den Praktiker, der sich mit den Realitäten auseinandersetzen muß, nicht überzeugend.

Paulsen kommt dem Problem schon näher. Er schreibt auf Seite 196 in seinem bereits mehrfach erwähnten Buch:

»Bei diesen und ähnlichen Beziehungen handelt es sich um Relationen von heutigen und künftigen Geldbeträgen. Der Zins verharrt in der »monetären Sphäre«. Dem stehen gegenüber Relationen zwischen heutigen und künftigen Preisen. Während bei dem monetären Zins die nominale Höhe der künftigen Zahlungen, wenngleich nicht deren reale Kaufkraft, bestimmt ist, sind bei intertemporalen Preisrelationen die künftigen Preise nicht bestimmt, sondern »erwartet«. In dieser Relation tritt also der Zins in zwei Formen auf: als Rendite im Verhältnis der Preise zueinander - und als Marktzins.«

Wenn Paulsen sagt, daß die während der Darlehenslaufzeit eventuell eintretenden Veränderungen des Warenpreisniveaus (beispielsweise gestiegener Lebenshaltungsindex) bei Beginn des Darlehensverhältnisses nicht bestimmt sind, sondern erwartet werden, so ist ergänzend zu bemerken, daß nach Beendigung des Darlehensverhältnisses das veränderte Preisniveau feststeht und rechnerisch darstellbar ist. Man ist also - wenn auch erst a posteriori - durchaus in der Lage nachzuprüfen, wie weit die Erwartungen den Ergebnissen entsprechen. Paulsen schreibt ferner:

»Gelddarlehen können als Erwerb einer Forderung auf bestimmte Zahlungen an bestimmten Zeitpunkten behandelt werden; werden zum Beispiel 1000 DM auf ein Jahr zu 5% verliehen, so liegt eine Relation zwischen 1000 DM »heute« als Erwerbspreis für eine Forderung auf 1050 DM »in einem Jahr« vor.«

So sieht der monetäre Ablauf aus, der einer Ergänzung bedarf, um ihn mit realem Inhalt zu versehen. Sind beispielsweise die Warenpreise unterdessen um 3,5% gestiegen (vergleiche Seite 32 und 33), so beträgt die reine Verzinsung nur 1,5%*, weil für den Kauf der gleichen Güter, die ehemals 1000 DM kosteten, jetzt 1035 DM aufgewendet werden müssen. Es kommt stets auf den *konkreten* Inhalt des Darlehensergebnisses an und nicht auf die abstrakte Zahl. Ein Geschäft mit der Zeit, dessen Ertragsberechnung

* gemessen an der gesunkenen Kaufkraft des Geldes nur 1,45%.

sich nur auf die Ziffer beschränkt, ist daher stets unvollständig, wenn die veränderte Kaufkraft des Geldes unberücksichtigt bleibt.

Der Darlehensgeber muß davon ausgehen können, daß er bei Fälligkeit eine Geldsumme gleicher Kaufkraft zurückerhält, wie er sie seinerzeit gegeben hat. Das bedeutet aber, daß sich der *zu erwartende* Kaufkraftschwund des nominalen Darlehensbetrages in der Verzinsung niederschlagen muß. Was dann noch vom Zins übrig bleibt, ist substantieller Ertrag und nur dieser ist reiner Zins. Die zwar nicht neue, aber vernachlässigte volkswirtschaftliche Regel lautet:

»Der nominale Zins enthält eine Komponente, die mit dem reinen Darlehenszins nichts zu tun hat, sondern ein Äquivalent für die während der Darlehenslaufzeit eingetretene Geldentwertung (angestiegene Güterpreise) darstellt.«

Es sind daher zu unterscheiden:

Geldzins und Realzins.

Letzterer ist maßgebend im wirtschaftlichen Kräftespiel.
Und noch ein Wort zum Zins aus Sachkapital.

Wie bereits am Anfang dieses Kapitels erwähnt wurde, sind die Keynes'schen Auslassungen über das Zinsproblem nicht überzeugend. Das mag zum Teil daran liegen, daß er den Zins aus *Geldkapital* und die Rendite aus *Sachkapital* (Realkapital) auf eine gemeinsame Ebene zu bringen versuchte. Das hat in seiner Gedankenkette zu Reibungen geführt. Es dürfte nicht zu bestreiten sein, daß beide Erträgnisarten schon von ihrer Natur aus im Rahmen der volkswirtschaftlichen Kräfteverhältnisse sehr unterschiedlichen Einflüssen unterliegen und daher auch getrennt behandelt werden müssen.

Es ist ein grundlegender Unterschied, ob der Sparer Obligationen oder Geschäftsanteile erwirbt. Erstere lauten auf eine fixe Geldsumme, deren realer Inhalt sich während der Darlehenslaufzeit verändern kann. Letztere hingegen repräsentieren das Eigentum an einer Sache einschließlich Unternehmerrisiko. Daher ist der Zins aus Sachkapital, wie Mieten, Pachten, Geschäftsgewinne etc. stets realer Natur.

Der gleichen Ansicht ist auch Professor Paulsen; er hat die Zusammenhänge weit besser erkannt als Keynes. Er bestätigt nicht nur, daß der Zins aus Sachkapital als realer Ertrag anzusehen ist, auch zum Zins aus Geldkapital bekennt er ganz unmißverständlich (Seite 198):

». . . Da Geld nur als Kaufkraft, das heißt als Anweisung auf Güter, Objekt des Wirtschaftens sein kann, muß der im Geldzins ausgedrückten Beziehung zwischen heutigem Geld und Forderungen auf künftiges Geld eine Beziehung zwischen dem Wert heutiger und künftiger Güter, das heißt ein »realer Zins« entsprechen.«

Er befand sich hier auf dem richtigen Weg, ohne ihn jedoch bis zum Ende zu gehen; denn dort wartete die *Realmark* darauf, aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt zu werden und als volkswirtschaftlicher Standardbegriff in die Wissenschaft einzugehen.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß sich die allgemein verbreitete Meinung, bei einer Inflation (von einigen Prozenten im Jahr) werde der Gläubiger geschädigt und der Schuldner begünstigt, nach dem bisher gesagten nicht mehr aufrecht erhalten läßt, denn die Zinsen, die der Schuldner an den Gläubiger zahlt, sind ein Bestandteil des Darlehensgeschäftes und können bei der Beurteilung des realen Sachverhaltes nicht ignoriert werden.

Trotzdem wird seitens der Politiker mit lauter Stimme verkündet, die Sparer, Lebensversicherungsinhaber, Rentner usw. werden um das Ausmaß der Geldentwertung geprellt! Es ist typisch, daß auch seitens der Fachgelehrten die Existenz der *Darlehenszinsen* und seine Rolle als *Entwertungsausgleich* hartnäckig verschwiegen wird. Das zeugt von einer sehr sonderbaren Kurzsichtigkeit, die zudem noch gefährlich ist, weil eine offensichtlich falsche Lehre in die Bevölkerung hineingetragen wird.

Bei einer Deflation aber ist der Schuldner gegenüber dem Gläubiger zweifellos im Nachteil, denn es sind nicht nur reine Zinsen zu zahlen, sondern auch die Darlehenssumme hat infolge der gestiegenen Kaufkraft des Geldes (gefallene Güterpreise) sozusagen auf kaltem Wege eine Erhöhung in ihrer realen Substanz erfahren. Eine Deflation kann, wenn sie von längerer Dauer ist, katastrophale Auswirkungen haben. Der älteren Generation werden die Ereignisse der Jahre 1929 bis 1932 und deren Folgen noch in bedrückender Erinnerung sein.

Kontroversen.

Die volkswirtschaftlichen Fachgelehrten haben sich in zwei Lager gespalten. Man unterscheidet

die Fiskalisten

und

die Monetaristen.

Der Vater der Fiskalisten ist John Maynard Keynes. Sein Konzept läuft darauf hinaus, daß der Staat seine (Steuer)-Einnahmen und Ausgaben nach den Erfordernissen der Wirtschaft ausrichten solle, wobei das bisherige Prinzip des Haushaltsausgleiches keine Rolle spielen dürfte, denn der Staat sei schließlich kein Gewerbebetrieb, der auf Rentabilität bedacht sein müsse.

Professor Paulsen hat sich in seinem mehrfach genannten Buch im XII. Teil »Grundlinien fiskalischer Beschäftigungspolitik« mit der Materie gründlich auseinandergesetzt und wertvolle Richtlinien aufgezeichnet, aber die Frage,

woher der Staat das Geld hernehmen soll, um eventuell auftretende Löcher im Etat zu verstopfen, nur unvollkommen gewürdigt.

Während die fiskalistische Richtung etwa 40 Jahre alt ist, können die Monetaristen auf eine Entwicklung von rund 200 Jahren zurückblicken. Sie sind im wesentlichen aus einer Mischung der zum Anfang des 19. Jahrhunderts von sich reden machenden Currencyschule und Bankingschule hervorgegangen. Sie behaupten, daß eine Notenemission durch Diskontierung von Wechseln nicht inflatorisch wirke, da der erhöhte Geldmenge ein wertmäßig äquivalentes Warenangebot gegenüberstehe (Bankingtheorie). Außerdem sei der Rückfluß der Noten bei Fälligkeit der Wechsel gewährleistet, nämlich aus den Verkaufserlösen der während der Wechsellaufzeiten abgesetzten Waren.

Dieser Theorie könnte man zustimmen, wenn sie nicht eine offene Flanke hätte. Zu der damaligen Zeit, als die Bankingtheorie aufkam, galten die Banknoten als Geldsurrogate mit sofort fälliger Einlösungsverpflichtung gegen gesetzliches Geld, das laut Keynes durch »Löchergraben in die Erde« gewonnen wurde.

Der Wechsel war nicht das einzige Kreditmittel, denn der Produktionsprozeß erfordert bereits Geld, das sich der Produzent normalerweise durch Kreditaufnahme beschaffen muß. Einen Wechsel kann er erst ausstellen, nachdem er seine Erzeugnisse an den Groß- oder Einzelhandel weitergeleitet hat. Zusätzliches Geld kommt dabei nicht in Umlauf, denn der Produzent verwendet die Wechsel zur Schuldentrückzahlung.*

Auch die Deklaration der Banknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel hat grundsätzlich an dieser Situation nichts geändert, denn der weitaus größte Teil des in der Bundesrepublik umlaufenden Geldes stammt aus dem Ankauf von Devisen durch die Zentralbank.

Als Fazit ist daher festzuhalten, daß beide Methoden, die fiskalische und die monetaristische, weder geeignet sind, noch eine Basis liefern, ein Währungssystem zu entwickeln, das nicht nur allen Anforderungen einer modernen Industrienation gerecht wird, sondern auch gegen alle Anfechtungen immun ist.

Nun ist unter dem volkswirtschaftlichen Meinungsstreit eine dritte Kraft entstanden, die Milton Friedman ins Leben gerufen hat. Er vertritt mit gewisser Berechtigung eine extrem liberalistische Linie (siehe auch Seite 29 *uff.*); vor allem lehnt er den Fiskalismus strikt ab.

* Der Wechsel dokumentiert eine Mehr-Personen-Schuld, denn Aussteller, Akzeptant und Indossenten haften solidarisch für dessen Einlösung bei Fälligkeit. Der Produzent überläßt den Wechsel seiner Hausbank zum Diskont und löst damit seinen in Anspruch genommenen Betriebsmittelkredit (Ein-Personen-Schuld) ab.

Die Friedman'sche Lehre beruht auf der bereinigten Quantitätstheorie

$$\frac{G \cdot U}{W} = P$$

das heißt Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit geteilt durch das Warenangebot bestimmen das Preisniveau auf den Gütermärkten.

Die heute noch sehr umstrittene Quantitätsformel lautete ursprünglich $\frac{G}{W} = P$. Die Meinungsverschiedenheiten gipfeln in der Hauptsache in der Auslegung des Faktors »G«, zum Beispiel ob hierunter vorhandenes oder umlaufendes Geld zu verstehen sei. Große Verwirrung hat auch der Geheimnis umwitterte Begriff »Quasigeld« angerichtet.

Aber auch die heute allgemein angewandte Form $\frac{G \cdot U}{W} = P$, die sogenannte »bereinigte Quantitätstheorie«, hinterläßt manche Zweifelsfragen, vor allem über die Auswirkungen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Aus dem Wechselspiel der Meinungen entsprang schließlich der Gedanke, den Faktor »G« nicht als Geld sondern als Einkommen zu interpretieren.

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die Höhe der Gesamteinkommen innerhalb einer Volkswirtschaft und das dagegenstehende Güterangebot dem Preisbildungsgesetz »Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis« eine solide Basis liefern. Hinzu kommt, daß es alsdann uninteressant ist, in welcher Form die Konsumenten ihre Einkommen, ob bar oder bargeldlos, verausgaben.

Was aber ganz allgemein gesehen den Aussagewert volkswirtschaftlicher Erkenntnisse beeinträchtigt, ist die Tatsache, daß sofort eine Anschlussfrage auftaucht, die im vorliegenden Falle folgendermaßen lautet: »Wie entstehen die Einkommen und welche Kräfte im Wirtschaftsgetriebe beeinflussen ihre Höhe?« -

Die auf Seite 12 (dritter Absatz) zitierte Kreislauftheorie ist hier leider nicht anwendbar, denn es besteht ja ein Ansatzpunkt, nämlich die vom Noteninstitut in Umlauf gegebene Geldmenge, die ein Räderwerk in Bewegung setzt, das sich auf die gesamte Volkswirtschaft und natürlich auch auch auf die Höhe der Einkommen auswirkt. Unter diesem Aspekt ist es gar nicht so abwegig, den Faktor »G« in der Quantitätsformel kurzerhand als »Geld« zu bezeichnen, wenn man sich den Ausstrahlungseffekt vergegenwärtigt.

Auch die im Teil II dieser Studie beschriebene »Dynamische Währungsordnung« basiert auf der bereinigten Quantitätstheorie. Sie wird aber - und zwar lediglich aus Ordnungsgründen, denn maßgebend ist stets das Produkt $G \cdot U$ - in Abweichung von den meisten zeitgenössischen Lehrmeinungen, anders interpretiert. Im Sinne der »Dynamischen Währungsordnung« ist

unter »G« (Geldmenge) ausschließlich gesetzliches Geld (Zentralbankgeld im erweiterten Sinne) zu verstehen.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr wird demzufolge dem Faktor U (Umlaufgeschwindigkeit) zugerechnet. Dabei ist davon auszugehen, daß die umlaufende Bargeldmenge, einschließlich der sofort fälligen Einlagen bei der Zentralbank, eine jederzeit feststellbare Größe ist, die aus den laufenden Veröffentlichungen des Noteninstituts abgelesen werden kann. Dagegen sind die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und das Ausmaß des bargeldlosen Zahlungsverkehrs keine bestimmten sondern bestenfalls **Schätzgrößen**. Schließlich ist der bargeldlose Zahlungsverkehr nichts anderes als eine technische Einrichtung zur Beschleunigung des Geldumlaufes und daher ein Bestandteil des Faktors U in der Quantitätsformel.

Nun bezeichnen die meisten volkswirtschaftlichen Publizisten nicht nur täglich fällige Guthaben bei den Geschäftsbanken sowie auf dieser Basis hinausgelegte kurzfristige, leicht realisierbare Kredite (Wechseldiskontierungen, Betriebsmittelkredite u. a. m.) schlechthin als Geld, sondern sie beziehen auch Spareinlagen, ferner Termin- und Kündigungsgelder bis zu drei Monaten Laufzeit in den Geldbegriff mit ein. Das ist auf alle Fälle falsch, denn diese Konten sind umsatzlos. Der bargeldlose Zahlungsverkehr wickelt sich ausschließlich über Kontokorrentkonten ab, seien sie nun kreditorisch oder debitorisch.

Jedoch zurück zu Friedman. Er fordert, daß die umlaufende Geldmenge (Bar- und Buchgeld) ihrer Höhe nach stets kontrollierbar sein müsse. Er verlangt daher eine hundertprozentige Bargelddeckung für Sichteinlagen zur Verhinderung der Buchgeldschöpfung, und ferner die Unterbindung der Rückgriffsmöglichkeit auf die Notenbank, das heißt Abbau des Rediskont- und Lombardgeschäftes auf der einen, und Aufgabe der Mindestreservepolitik auf der anderen Seite innerhalb einer angemessenen Karenzzeit.

Die Mindestreserven sind ohnehin eine sehr umstrittene Einrichtung. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, den Geschäftsbanken eine ihren Verpflichtungen angemessene Reservehaltung vorzuschreiben. Dies könnte unschwer im Rahmen des Kreditwesengesetzes geregelt werden. Aber die Geschäftsbanken zu zwingen, die Mindestreserven, deren Höhe die Bundesbank zudem noch in eigener Zuständigkeit bestimmt, ihr als zinsloses Darlehen zu überlassen, ist nicht zu rechtfertigen. Außerdem ist der ursprüngliche Sinn der dekretierten Reservehaltung, nämlich die Geschäftsbanken zu zwingen, ihre Liquidität nicht übermäßig zu strapazieren, zweckentfremdend zum währungspolitischen Instrument abgewandelt worden.

Wie aber soll die Geldversorgung der Wirtschaft vonstatten gehen, wenn die Notenbank keine Diskont- und Lombardkredite mehr gewährt? -

Milton Friedman schlägt vor, dem Geldumlauf jährlich um etwa 4%

auszuweiten, indem die Notenbank Schatzscheine und öffentliche Anleihen in entsprechender Höhe - in kleineren Dosen auf kürzere unregelmäßige Zeiträume verteilt - ankauft.

Praktisch würde das bedeuten, daß alsdann die Geldemission und die Wertpapierbestände bei der Notenbank laufend (theoretisch ad infinitum) anwachsen. Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, dies sei nur ein Schönheitsfehler. Tatsache ist doch, daß die in Umlauf gesetzten Noten niemals zurückfließen. Infolgedessen hat die Position »Notenumlauf« in den Bilanzen und Zwischenbilanzen der Notenbank nur statistischen Aussagewert und ist keinesfalls ein echter Passivposten; er könnte ohne Bedenken verschwinden. Damit wäre aber auch die Aktivierung der Wertpapierbestände gegenstandslos, denn sie sind - zum Vorteil der Emissionäre - unwiderruflich aus dem Markt genommen.

Angesichts dieser sehr seltsamen Konstellation sei die Frage erlaubt, ob es nicht besser wäre, klare Verhältnisse zu schaffen und die zusätzlich in Umlauf zu setzenden Gelder einfach dem Finanzminister franko valuta zu überlassen, der sie alsdann im Rahmen seines Etats verausgabt.

Auf den ersten Blick wäre das eine Rückkehr zu dem von Friedman und seinen Anhängern viel geschmähten Fiskalismus. Das trifft jedoch nicht zu, wenn die Zuständigkeiten streng abgegrenzt sind.

Logischerweise würde das Noteninstitut unter den beschriebenen Umständen den Status einer Bank verlieren; es wäre ein von der Exekutive unabhängiges öffentliches Amt.

Die Monetaristen und die Fiskalisten unterscheiden sich, genau gesehen, nur in der äußeren Form. Beide Richtungen verfolgen - unter Anwendung verschiedener Methoden - das gleiche Endziel, nämlich die *wirksame Nachfrage* in den Griff zu bekommen.

Friedman aber ist weder Monetarist noch Fiskalist.* Er lehnt die Geldschöpfung durch Wechselrediskontierungen bei der Notenbank (Monetarismus) und ebenso jeglichen staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben (Fiskalismus) strikt ab.

Aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit muß geschlossen werden, daß das wissenschaftliche Fundament, das zur Praktizierung einer einigermaßen befriedigenden Währungspolitik gehört, erhebliche Lücken aufweist. Auf einer solchen brüchigen Basis kann man bestenfalls experimentieren und improvisieren, aber keine funktionsfähige Wirtschaftspolitik betreiben. Daher hat Friedman vollkommen recht, wenn er den Staat in

* Friedman wird von zahlreichen Fachgelehrten unter die Monetaristen eingereiht; er unterscheidet sich von diesen jedoch wesentlich, denn er lehnt die Geldemission durch Notenbankkredite in jeder Form ab.

seine Schranken verweist und den Standpunkt vertritt, es sei besser, nichts zu tun, als etwas Falsches.

Die im volkswirtschaftlichen Getriebe wirksamen Kräfte sind offensichtlich noch nicht eingehend genug erforscht. Hierbei ist das größte ungelöste Rätsel zweifellos der »time-lag«*, der bisher allen Untersuchungen getrotzt hat.

Auch Friedman widmet dem »lag« in seinem Buch (Die optimale Geldmenge, Verlag: Moderne Industrie, München 1970) fast 100 Druckseiten, ohne zu einem richtungweisenden Ergebnis zu kommen. Damit bleibt der »lag« einstweilen die Große Unbekannte im wirtschaftswissenschaftlichen Meinungsstreit.

Leider hat Friedman bei seinen Überlegungen nicht bedacht, daß es bei der Beurteilung des »lag« nach neueren Erkenntnissen darauf ankommt, an welchem Punkt im Wirtschaftsgetriebe die monetären Maßnahmen angesetzt werden. Die günstigste Stelle ist zweifellos der Steuerzahler in seiner Eigenschaft als Einkommensbezieher. Wenn die Geldpolitik unmittelbar auf den Einkommensbezieher ausgerichtet ist, ohne den Umweg über den Kreditsektor zu nehmen, dann wird der »time-lag« nach einer gewissen Anlaufzeit auf ein Minimum schrumpfen.

Ein weiterer Streitpunkt, der in letzter Zeit zu scharfen Kontroversen geführt hat, ist die Forderung nach freien Devisenkursen, die besonders leidenschaftlich von Friedman vertreten wird.

Es ist ein Trugschluß zu glauben, daß die Stilllegung von Steuergeldern bei der Zentralbank und die restriktive Kreditpolitik dämpfende Wirkung auf die Konjunktorentwicklung habe, solange an starren Devisenkursen festgehalten wird. Ehe dieses Loch nicht verstopft ist, sind alle Bemühungen zum Scheitern verurteilt, weil die stillgelegten Gelder durch einfließende Devisen überkompensiert werden.

Die Politik des teuren Geldes hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Großunternehmen billigerer Geldquellen bedienen, die ihnen der Euromarkt anbot. Da zudem - ebenfalls als Folge der doppelgleisigen Notenbankpolitik - die DM wieder aufwertungsverdächtig geworden ist (Dezember 1970), macht sich die internationale Spekulation erneut in sehr unangenehmer Weise bemerkbar. Die Devisen, welche die Bundesbank in diesem Zusammenhang anzukaufen gezwungen war (ca. 20 Milliarden DM allein im letzten Quartal 1970), blähen naturgemäß das Zirkulationsvolumen besorgniserregend auf.

Als Abwehrmaßnahme wurden die Mindestreservesätze massiv erhöht,

* time-lag = zeitliche Verzögerung, das ist die Zeit, die zwischen einer monetären Maßnahme und ihrer Wirksamkeit verstreicht.

um, wie Bundesbankpräsident Klagen erklärte, die eingeflossenen Devisenerlöse zu neutralisieren.

Man kann natürlich einwenden, daß dem westlichen Ausland eines Tages die Luft ausgehen müßte und der Devisenzustrom in die Bundesrepublik nicht ad infinitum anhalten kann. Andererseits sorgt die monetäre Alchimie mit ihrem Goldersatz in Form von Ziehungsrechten für eine sehr beachtliche und zugleich auch sehr bedenkliche Aufblähung der internationalen Liquidität. Ein Ende der derzeitigen Entwicklung ist daher nicht abzusehen, so lange der Zustand stabiler Wechselkurse beibehalten wird. Sollte dieses Hindernis eines Tages fallen, dann allerdings hätten die für den Wirtschaftsablauf verantwortlichen Instanzen eine weit bessere Chance, ihre Ziele zu verwirklichen.

II. Die dynamische Währungsordnung!

Einleitung.

In den vorangegangenen Kapiteln sind die schwachen Stellen des bestehenden sowie die Anforderungen, die an ein einwandfrei funktionierendes Währungssystem zu stellen sind, eingehend erörtert worden. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, auf die Details einzugehen.

In den Detailfragen steckt bekanntlich das Problem, eine Erscheinung, die sich nicht allein auf die Wirtschaftswissenschaft beschränkt. Man denke nur an die jugendlichen Weltverbesserer, die sicherlich zum Teil sehr gute Ideen entwickeln. Fragt man jedoch nach dem praktikablen Weg, so bekommt man meist ungerейnten Unsinn zu hören.

Nicht anders sieht es in der Volkswirtschaft aus. Inzwischen dürfte es offenkundig sein, daß sich der Praktizierung der mit vielem Wenn und Aber versehenen Vorschläge der Fiskalisten unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen. Aber auch die Friedman'schen Ideen erweisen sich letzten Endes als unpraktikabel, weil sie nicht bis zum Ende durchdacht sind.

Daher begehrt jeder Forscher, die Detailfragen als nachrangig oder gar als nebensächlich betrachtet, einen unverzeihlichen Fehler. Denn hier liegt die Achillesferse, die die Auswertung wertvoller Erkenntnisse zum Scheitern bringen kann.

Begriffsbestimmung.

Zahlreiche Volkswirtschaftler von Ruf vertreten die Lehrmeinung, daß sich Vollbeschäftigung und Preisstabilität als gemeinsame Zielsetzung nicht verwirklichen lassen. Ansteigende Preise (etwa im Ausmaße von 3-4% p. a.) - so wird argumentiert - vermindern den Hang zur Liquidität und treiben das Geld zwangsläufig zum Konsum oder zu Investitionen. Stabilität führe dagegen zur Stagnation und anschließend zur Krise; das bedeutet Rückgang der Konsum- und Investitionstätigkeit mit allen damit verbundenen sozialen Härten, gepaart mit dem Bestreben nach erhöhter Liquidität.

An der zwingenden Logik dieser Lehrmeinung dürfte kein Zweifel bestehen.

Mit der dynamischen Währungsordnung wurde nunmehr eine Konzeption gefunden, die sowohl Vollbeschäftigung als auch Stabilität auf einen gemeinsamen Nenner bringt, so unmöglich dies auf den ersten Blick erscheinen mag.

Bei dieser Gelegenheit sei an die Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1932 erinnert, die bekanntlich mit gutgemeinten Ratschlägen,

nicht aber mit konkreten Ergebnissen zu Ende ging. Im Verlaufe der Unterhandlungen tat der damalige US-Präsident Roosevelt folgenden Ausspruch:

»Wir suchen den Dollar, mit dem man nach 20 Jahren das gleiche kaufen kann, wie heute.«

Diese Forderung erscheint zunächst als unerfüllbar. Eine kurze Überlegung führt jedoch zu dem Ergebnis, daß Stabilität durchaus möglich ist, ohne dabei auf den allmählichen Kaufkraftschwund des Geldes zu verzichten.

Wenn Präsident Roosevelt nach dem Dollar suchte, mit dem man nach 20 Jahren das gleiche kaufen kann wie heute, so muß die Einschränkung gemacht werden, daß niemand die Erfüllung dieser Forderung erwarten kann, wenn er den Geldbetrag, mit dem er zu einem späteren Zeitpunkt etwas zu erwerben beabsichtigt, permanent in der Brieftasche herumträgt oder auch zu Hause im Wandsafe aufbewahrt.

Wenn jemand die Absicht hat, mit einer bestimmten Geldsumme, über die er heute verfügt, in 20 Jahren etwas zu kaufen (das heißt, daß er seinen heutigen Konsumanspruch erst nach 20 Jahren geltend machen will), so soll er das Geld zur Sparkasse bringen; in 20 Jahren wird er dann für diesen Geldbetrag zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen und Zinseszinsen im Schnitt das gleiche kaufen können, wie heute.

Auf dieser theoretischen Grundlage basiert die Dynamische Währungsordnung.

Das Bundesamt für Währung und Wirtschaft.

Die Geldversorgung der Wirtschaft soll künftig nicht mehr durch eine Notenbank, sondern durch ein »Bundesamt für Währung und Wirtschaft« wahrgenommen werden.

Wie der Name sagt, ist bei dieser Gelegenheit auch ein Stellungswechsel des bisherigen Wirtschaftsministeriums vorgesehen; denn Währung und Wirtschaft sind in ihrer Zielsetzung eng miteinander verflochten und daher besser funktionsfähig, wenn sie nicht getrennt sondern als Einheit auftreten.

Vor einer Zusammenlegung des Wirtschafts- und Finanzministeriums sei in diesem Zusammenhang ernsthaft gewarnt, denn beide Instanzen haben nur selten gemeinsame, meist aber kollidierende Interessen. Eine Zusammenlegung dieser beiden Ressorts kann daher nur nachteilige Folgen haben.

Der Funktionsunterschied zwischen Notenbank und Währungsamt* ist folgender:

* Kurzform zu »Bundesamt für Währung und Wirtschaft«

Die Notenbank kauft und verkauft Devisen zu obrigkeitlich festgelegten Kursen. In den Nachkriegsjahren entstand in der Bundesrepublik infolge der chronischen Aktivität der Handelsbilanz ein laufender *Devisenüberhang*, den die Bundesbank gemäß den gesetzlichen Bestimmungen übernehmen mußte, sonst wäre der Dollar ins Gleiten gekommen. Auf diese Weise haben sich, trotz zweimaliger Aufwertung der DM, bei der Bundesbank während der letzten 15 Jahre Gold- und Devisenbestände von mehr als 50 Milliarden DM angehäuft, was eine starke Aufblähung des Zirkulationsvolumens zur Folge hatte (importierte Inflation).

Die Notenbank kauft ferner Wechsel mit mindestens drei guten Unterschriften zu dem jeweils gültigen Diskontsatz, dessen Höhe sie selbst bestimmt. Als Kontrahenten fungieren die Geschäftsbanken, welche die dritte Unterschrift (neben dem Aussteller und Akzeptant) leisten.

Die Notenbank betätigt sich darüber hinaus noch auf anderen Gebieten. Neben Beteiligungen an internationalen Einrichtungen gewährt sie Lombardkredite, kauft und verkauft Geldmarktpapiere und bevorschußt, soweit erforderlich, die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder. Zeitweise hat sie auch Stützungskäufe in festverzinslichen Wertpapieren durchgeführt, um dem zerrütteten Kapitalmarkt wieder etwas aufzuhelfen.

Das Währungsamt betreibt dagegen keinerlei Geldgeschäfte. Die Devisenkurse bilden sich alsdann nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Das Währungsamt kauft auch keine Wechsel und gewährt keine Lombardkredite. Die Geschäftsbanken sind alsdann darauf angewiesen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden eigenen und fremden Mitteln auszukommen und hauszuhalten. Eine Refinanzierungsmöglichkeit bei der Notenbank gibt es dann nicht mehr.

Unter dem *Währungsamt* hat man sich eine *neutrale und unabhängige Institution* vorzustellen, dem die Aufgabe zufällt, die Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Es wäre mit der Neutralität unvereinbar, wenn das Währungsamt Geldgeschäfte nach dem Muster einer Notenbank betreiben würde; es hat sich nur mit einer einzigen Aufgabe zu befassen, nämlich den Geldumlauf nach den marktmäßigen Erfordernissen auszurichten.

Zur kompromißlosen Wahrnehmung dieser Funktion ist das Direktorium des Währungsamtes mit *uneingeschränkter Entscheidungsbefugnis* auszustatten, was *verfassungsmäßig gewährleistet* sein muß. Das ist in erster Linie die Unabhängigkeit von der Exekutive. Das Währungsamt ist für sein Handeln ausschließlich der Legislative gegenüber nachträglich Rechenschaft schuldig.

Das Finanzministerium ist dem Währungsamt gegenüber zur *Amtshilfe* verpflichtet, indem es die Gelder, die es vom Währungsamt erhält, durch Steuerabschläge (Konjunkturprämie) verausgabt und umgekehrt - falls das

Währungsamt eine Verminderung des Geldumlaufes anordnet - durch Steuerzuschläge (Konjunkturabgabe) herbeischafft, wobei als besonders wichtig zu beachten ist, daß zwischen dem Währungsamt und dem Finanzministerium *keinerlei Schuldverhältnis* gebucht wird.

Die Maßnahmen des Währungsamtes richten sich nach dem Wirtschaftsgeschehen und liegen daher außerhalb des Kompetenzbereiches des Finanzministers. Letzterer stellt lediglich die Einrichtung der Finanzämter als Vollzugsorgan treuhänderisch zur Verfügung in der gleichen Weise, wie es beim Einzug der Kirchensteuer geschieht. Bund und Länder müssen nach wie vor ausgeglichene Etats aufstellen, denn *die monetären Maßnahmen des Währungsamtes sind konjunkturpolitischer Art* und haben mit den Staatsfinanzen nichts gemein. Es existiert auch dann keine Notenbank mehr, die Kassenkredite gewähren würde. Der Weg zum Deficitspending durch die Notenbank ist damit versperrt. Wenn der Staat mit seinen Finanzen nicht zurecht kommt, bleibt ihm nur der Weg zum Kapitalmarkt.

Die wirksame Nachfrage.

»Nicht das Geld, sondern die Menschen fragen Güter nach.«

So schreibt Professor Otto Veit in einer in der FAZ vom 19. Dezember 1970 erschienenen Studie mit der Überschrift: »Geldtheorie in unserer Zeit«. Er bewegt sich damit auf der gleichen Linie wie Höpker-Aschoff (siehe auch Seite 44).

Obige Behauptung ist zwar sehr einleuchtend, aber unvollständig, denn schließlich ist für den Einzelmenschen die Höhe seines Geldbeutels entscheidend, wie weit er sich an der Güternachfrage beteiligen kann. Es wäre daher richtiger gewesen zu sagen, daß es der Entscheidung des Menschen obliegt, wieviel er von seinem Einkommen zu Konsumzwecken bzw. zur Vermögensbildung verwenden will. Damit wird zugleich die in neuerer Zeit stark strapazierte Kassenhaltungstheorie angesprochen.

Es ist hier nicht der Ort, auf die zum Teil sehr tiefgründigen Beweisversuche für den Drang nach einer möglichst hohen Kasse einzugehen. Wenn man der Realität ins Auge schaut, so ist eine über die normalen Dispositionserfordernisse hinausgehende Kassenhaltung nur dann subjektiv »sinnvoll«, wenn die Güterpreise stabil oder am Absinken sind. Steigen aber die Preise, so bedeutet jede übernormale Kassenhaltung ein Verlustgeschäft, weil die Kaufkraft des Geldes absinkt. Der Einkommensbezieher steht daher unter Ausgabedruck, wenn die Preise allmählich in die Höhe gehen und den Umständen nach mit einem weiteren Ansteigen zu rechnen ist. Damit wird das Geld zum Subjekt und der Einkommensbezieher zum Objekt. Unter der Voraussetzung, daß die freie Entfaltung der wirtschaftlichen

Kräfte nicht durch irgendwelche Störmanöver gehemmt oder gar abgewandelt wird, ist die wirksame Nachfrage und damit die Vollbeschäftigung sichergestellt.

Zwar waren die vergangenen zwanzig Jahre eine Periode permanenter Preissteigerungen. Weil das Geld unter Ausgabedruck stand, florierte die Wirtschaft; man sprach vom Wirtschaftswunder. Aber ein wesentlicher Mangel blieb bestehen, nämlich die Ungewißheit über Tempo und Ausmaß der erwarteten Preissteigerungen. Es gab keine Instanz, die die Entwicklung im Griff hatte. Die Preise stiegen von selber und dazu noch vollkommen unmotiviert und systemlos. Zwar wurde hie und da herumgeflickt (Diskontopolitik der Notenbank, fiskalische Maßnahmen), bisher ohne sichtbaren Erfolg. Das permanente Herumflicken ist schließlich ein Beweis für die Labilität des bestehenden Systems.

Die unsichere Zukunftserwartung.

Keynes wie Paulsen führen das Bestreben nach einer möglichst hohen Kassenhaltung auf die Unsicherheit über die erwartete Konjunkturerwicklung (das ist Preisentwicklung) zurück. Dieser Zustand macht letzten Endes jeden im Existenzkampf stehenden Menschen zum Spekulanten; er muß auf die Zukunft setzen, muß riskieren. Der eine hat Glück, der andere Pech.

Es gibt kein Rezept, das die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung gänzlich beseitigen könnte, wohl aber eine Methode (kein Experiment, wenn man die Zusammenhänge begreift, was infolge des menschlichen Beharrungsvermögens nicht einfach ist), welche der Zukunftserwartung eine Transparenz verleiht und den Unsicherheitsfaktor auf ein Minimum herabsetzt.

Hierfür bietet sich nur eine einzige Lösung an, nämlich die systemlose und unübersehbare Inflation (Preissteigerungen) durch eine fixe Preissteigerungsquote zu ersetzen. Auf Preissteigerungen an sich kann nicht verzichtet werden, denn sie sind das konjunkturelle Antriebselement; sie sollen aber *überschaubar* sein, so daß ein jeder in der Lage ist, die künftige Entwicklung in seine Dispositionen einzubeziehen.

Um aber auf gesetzlichem Wege - ohne a-priori-Inflation nach Friedman'schem Muster - eine Preissteigerungsquote von 3,5 % p. a. in die Tat umzusetzen (der Satz von 3,5 % p. a. hat sich auf Grund mannigfacher Überlegungen und Berechnungen als Standardgröße herausgebildet), bedarf es eines im Grunde psychologischen, aber in der Realität durchaus wirksamen, gesetzlich fundamentierten Kunstgriffs.

Das gesetzliche Fundament.

Man stelle sich beispielsweise vor, daß die Lebenshaltungskosten im Verlaufe einer bestimmten Zeitperiode um 25 % gestiegen wären. Die Statistiker stellen alsdann fest, daß sich der Verbrauchsgüterindex von 100 auf 125 erhöht hat; sie bedienen sich dabei einer rein nominalistischen Methode nach dem Grundsatz: Mark ist Mark.

Die Dynamische Währungsordnung geht dagegen von der Erkenntnis aus, daß eine in Mark ausgedrückte Geldsumme eine abstrakte Zahl ist, die nur durch den Vergleich mit den Gütern, die man damit kaufen kann, konkrete Gestalt annimmt. Infolgedessen müssen die *Güter als Basis für jeden Vergleich* und für jede Messung benutzt werden und nicht die abstrakte Geldsumme.

Auf obiges Beispiel bezogen wäre der nominell von 100 auf 125 gestiegene Index gleichbedeutend mit einer von 100 auf 80 gesunkenen Kaufkraft des Geldes.

In der Öffentlichkeit (Presse, Rundfunk, Fernsehen) ist aber stets nur von gestiegenen, in Geldeinheiten gemessenen Preisen die Rede; über die gesunkene Kaufkraft des Geldes sucht man vergebens nach einer aufklärenden Aussage. Zwar kann ein jeder, der sich dafür interessiert, anhand des Indexes die Kaufkraft des Geldes berechnen; dennoch aber klafft hier eine Lücke, durch welche die psychische Reaktion des breiten Publikums unnötig angeheizt wird.

Die Dynamische Währungsordnung macht einen Unterschied zwischen *Währung* und *Geld*. Beide Begriffe sind zwar wesensverwandt und werden im allgemeinen Sprachgebrauch als gleichbedeutend angesehen, obwohl ein gewisser Unterschied besteht. Man spricht beispielsweise stets von der Kaufkraft des Geldes und nicht von der Kaufkraft der Währung. Auf der anderen Seite spricht man von der Dollar-, Pfund-, Franc-, Mark-Währung und nicht vom Dollargeld, Pfundgeld usw. Es besteht somit schon eine sprachliche Unterscheidung. Der wirtschaftliche Unterschied aber ist in Vergessenheit geraten, weil das menschliche Bewußtsein durch den Aberglauben beherrscht wird, das Geld sei das Maß aller Dinge.

Die Unterscheidung zwischen Währung und Geld war bis in das spätere Mittelalter hinein üblich, weil die damals kursierenden diversen Geldarten mit stark schwankender Kaufkraft als Wertmaß untauglich waren. Die Handelshäuser bedienten sich daher einer vom Geld unabhängigen Wertskala.

Heute steht die Welt vor einer gleichgearteten Situation. Der Ruf nach einem stabilen Wertmaßstab wird, je mehr die Zeiten voranschreiten, immer dringlicher werden.

Seit nunmehr 27 Jahren nach dem Abkommen von Bretton-Woods 1944 lebt die westliche Welt unter der Ära einer permanenten Geldentwertung. Die

von vielen Seiten erhobene Forderung, diese Entwicklung total zu stoppen, ist jedoch zu weitgehend, denn es kann nicht geleugnet werden, daß ein maßvolles Ansteigen der Güterpreise ein unentbehrliches Instrument zur Aufrechterhaltung der Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung ist. Es kann sich nur darum handeln, der Dauerkonjunktur ein gesetzliches Fundament zu geben und den wenigen unangenehmen Begleiterscheinungen zu Leibe zu rücken.

Die Dynamische Währungsordnung unterscheidet daher zwischen Währung und Geld, nämlich:

1. *Währung ist dasjenige, was währt.*

Die Währungseinheit ist die

»Realmark«;

sie ist unverbrieft (das heißt es gibt kein auf Realmark lautendes gesetzliches Geld); sie dient ausschließlich als Rechenmedium.

2. *Das Geld dagegen ist Zahlungsmittel.*

Die Geldeinheit ist die

»Nominalmark«

oder auch »Geldmark«; sie ist gesetzliches Zahlungsmittel; hierüber werden auf den Inhaber lautende Urkunden ausgestellt (Geldscheine in der üblichen Stückelung) und Kleingeldmünzen geprägt (das bisher noch bestehende Münzrecht des Staates ist aufzuheben, da es veraltet ist). Alleiniger Geldemittent ist das »Bundesamt für Währung und Wirtschaft« (vergleiche Seite 61 und 62).

Die Geldmark (Nominal-Mark) unterliegt einem stetigen durch den Gesetzgeber fixierten Abwertungsverhältnis zu der Real-Mark oder, was dasselbe ist, die Realmark unterliegt einem stetigen Aufwertungsverhältnis zu der Nominal-Mark (Geldmark). Da die Real-Mark als Wertmesser eines stabilen Preisniveaus fungiert, so ergibt sich aus dieser Konstellation ein allmähliches Ansteigen der Güterpreise in Geldmark, und zwar um rund 3,5 % p. a. Dieser Satz ist nicht willkürlich gewählt, er hat sich vielmehr aufgrund eingehender Überlegungen als Standardgröße herauskristallisiert. Auch dürfte es kein Zufall sein, daß bereits gegen Ende des Jahres 1969 im EWG-Ministerrat über eine »Inflationsrate« von 3,5 % diskutiert wurde.

Weitere Überlegungen galten dem sich in das Geldwesen einschleichenden Schönheitsfehler, nämlich den im Laufe der Zeit immer größer werdenden Ziffern im Zahlungsverkehr. Im Interesse der Vollständigkeit mußte diese Unebenheit ebenfalls in die Gesamtkonzeption einbezogen werden.

Bei einer nominellen Preissteigerungsrate von 3,5 % p. a. würde das Preisniveau nach zwanzig Jahren auf das Doppelte ansteigen; das Geld hätte dann nur noch die halbe Kaufkraft. Mathematisch geht die Rechnung

zwar nicht ganz auf, denn $1,035^{20} = 1,9898$; die Abweichung ist aber derartig gering, daß sie praktisch nicht ins Gewicht fällt.

Aufgrund des rechnerischen Ergebnisses ergibt sich eine ideale Gelegenheit, den zuvor genannten Schönheitsfehler zu korrigieren, nämlich durch eine alle zwanzig Jahre stattfindende *renovatio monetarum** im Verhältnis 2 : 1, das heißt Geldumtausch von 2 Geldmark-alt in 1 Geldmark-neu. Damit wäre die Ausgangsposition wieder hergestellt.

Eine Zusammenlegung der Geldeinheit ist nun kein Novum; sie wurde schon in vielen Ländern praktiziert, zuletzt im Jahre 1964 in Frankreich im Verhältnis 100 : 1; soweit aber wird es die Dynamische Währungsordnung nicht kommen lassen.

Es dürfte ohne weiteres einleuchten, daß gelegentlich der »renovatio monetarum« auch alle in Geldmark eingegangenen Abmachungen und Verträge nennwertmäßig halbiert werden. Auf Realmark lautende Abmachungen und Verträge bleiben logischerweise von der renovatio monetarum unberührt.

Die Einhaltung der gesetzlich dekretierten Preissteigerungsrate von 3,5 % p. a. dürfte die Währungsverwaltung vor keine unlösbaren Probleme stellen, zumal die umlaufende Geldmenge ständig an Kaufkraft verliert, was einer Verminderung des Zirkulationsvolumens gleichkommt. Das Bundesamt für Währung und Wirtschaft wird daher vornehmlich über die Höhe der auszuschüttenden Konjunkturprämie zu beschließen haben; Konjunkturabgaben werden nur in seltenen Ausnahmefällen gefordert werden müssen. Abweichungen von dem amtlicherseits festgelegten *Geldentwertungsplan* sollen sich jedoch in möglichst kleinem Rahmen halten. Es wäre beispielsweise denkbar, daß eine innerhalb einer bestimmten Meßperiode festgestellte Abweichung von der Norm in der anfolgenden Periode durch geeignete Maßnahmen des Bundesamtes für Währung und Wirtschaft korrigiert wird.

Die Basis der Dynamischen Währungsordnung ist die unverbriefte Realmark in ihrer Eigenschaft als Rechenmedium. Demzufolge wird der Staat (bis hinunter zu den Kommunen) seine Rechnungsführung in Realmark vornehmen. Er stellt seinen Etat in Realmark auf, er entlohnt seine Beamten, Angestellten und Arbeiter im gleichen Sinne.

Wie sich hierzu die Wirtschaft verhält, ob die Unternehmen ihre Handelsbücher in Realmark oder Geldmark führen, ob die Händler und Produzenten ihre Waren in Realmark oder Geldmark (Nominalmark) anpreisen, ist dem Staat gleichgültig. Er verlangt nur, daß Steuererklärungen und die hierzu gehörenden Unterlagen, wie Vermögensaufstellungen, Bilanzen,

* Der Ausdruck »renovatio monetarum« entstammt der gotischen Münzordnung des Bischofs Wichmann von Magdeburg 1152-1192

Erfolgsrechnungen etc. in Realmark erfolgen einschließlich der Bewertung von Eigenmitteln und Betriebsanlagen. Das ergibt sich schon aus dem Umstande, daß der Staat nur in Realmark rechnet.

Das Verhalten des Staates in Bezug auf seine Rechnungsführung wird sich ohne obrigkeitliches Zutun auf die Privatwirtschaft niederschlagen, denn bald wird sich die Erkenntnis durchsetzen, daß längerfristige Engagements (hierzu gehören auch kurzfristige, die automatisch weiterlaufen, wenn sie nicht gekündigt werden, wie beispielsweise Mieten, Pachten etc.) praktischerweise auf Realmark durchkalkuliert und fixiert werden, aus dem verständlichen Grunde, weil hierbei das Preissteigerungsrisiko weitgehend ausgeschaltet ist.

Da nun der Staat die Gehälter seiner Beamten und sonstigen öffentlichen Bediensteten auf Realmarkbasis auszahlt, so bedeutet dies in der Praxis, daß deren nominelle Geldeinkommen monatlich um rund 0,3 % ansteigen. Die privaten Lohn- und Gehaltsempfänger werden dann ganz von selber auf einer Gleichbehandlung bestehen und in freier Vereinbarung mit ihren Arbeitgebern auf Fixierung ihrer Ansprüche auf Realmarkbasis hinwirken, ohne daß der Staat den Sozialpartnern irgendwie geartete Vorschriften macht.

Damit ist die Realmark *fundamentiert*, so daß es zur Fixierung des Wertverhältnisses zu der sich laufend entwertenden Geldmark (Nominalmark) lediglich eines Gesetzes bedarf. Das Kaufkraftgefälle der Geldmark wird somit durch ein *Gesetz* bestimmt und nicht durch eine a-priori-Inflation nach Friedman'schem Muster.

Zur Vervollständigung des Bildes möge die nachstehende Tabelle dienen, die einen Überblick über die Entwicklung des Preisniveaus sowie der Kaufkraft des Geldes vermittelt. Da die Aufstellung nur informativen Charakter haben soll, ist sie gekürzt und enthält lediglich die Umrechnungsfaktoren zu den jeweiligen Jahresanfängen. Aber auch innerhalb eines Jahres liegende Daten lassen sich anhand der angeführten Ziffern die diesbezüglichen Werte durch Interpolation mit ausreichender Genauigkeit berechnen.

Tabelle
zur Umrechnung von Geldmark in Realmark und umgekehrt

Jahre	u	$\frac{1}{u}$
0	100,0000	100,0000
1	103,5265	96,5936
2	107,1773	93,3033
3	110,9569	90,1250
4	114,8698	87,0551
5	118,9207	84,0896
6	123,1144	81,2252
7	127,4561	78,4584
8	131,9508	75,7858
9	136,6040	73,2043
10	141,4214	70,7107
11	146,4086	68,3020
12	151,5717	65,9754
13	156,9168	63,7280
14	162,4505	61,5572
15	168,1793	59,4604
16	174,1101	57,4349
17	180,2501	55,4785
18	186,6066	53,5887
19	193,1873	51,7632
20	200,0000	50,0000

Zur Erläuterung:

u = Preissteigerungsfaktor, das heißt 100 Realmark = u^n Geldmark

$\frac{1}{u}$ = Kaufkraftgefälle des Geldes, das heißt 100 Geldmark
= $\frac{1}{u^n}$ Realmark

wobei n = Anzahl der Jahre

und $u = 100 \cdot 20\sqrt{2}^n$

$$\frac{1}{u} = \frac{100}{20\sqrt{2}^n}$$

Ergänzend ist noch zu vermerken; daß in der Rubrik »u« der um rund 3,5 % ansteigende Güterpreisindex angegeben ist, wie ihn der Gesetzgeber

für den 20-Jahre-Zyklus vorsieht. Es handelt sich somit um den
Soll-Index (amtlicher Index).

Demgegenüber steht der

Ist-Index (natürlicher Index),

der nach den üblichen von den Statistikern angewandten Methoden mit
zeitlicher Verzögerung ermittelt wird.

Beide Indices werden verständlicherweise niemals genau übereinstimmen;
zwar hat das Bundesamt für Währung und Wirtschaft die Aufgabe, den
Abweichungen durch geeignete Maßnahmen zu begegnen, Fehlentscheidungen
können jedoch niemals gänzlich ausgeschlossen werden.

Aber auch die Berechnungsmethoden des Ist-Indexes enthalten Un-
genauigkeiten, welche die Abweichungen gegenüber den Soll-Werten
negativ, aber ebensogut auch positiv beeinflussen können.

Leider wird von einigen Fachgelehrten die Bedeutung des Indexes für
die Volkswirtschaft herabgewürdigt. Den Einwand, daß die herkömmlichen
Berechnungsmethoden mit vielseitigen Fehlerquellen behaftet seien, könnte
man schließlich noch gelten lassen. Die Mängel sind bekannt, und die
Statistiker zerbrechen sich seit Jahren darüber den Kopf, auf welche Art
die Berechnungsmethoden verfeinert werden könnten.

Es gibt aber auch Fachgelehrte, die jeden Zusammenhang zwischen
Preisindex und Geldkaufkraft rundweg verneinen. Sogar der Ausdruck
»Indexkomplex« war des öfteren zu hören und zu lesen.

Merkwürdigerweise aber reden und schreiben gerade die letztgenannten
Gelehrtenkreise ganz unbefangen von der sinkenden Kaufkraft des Geldes,
die doch nur aus gestiegenen Güterpreisen hergeleitet werden kann. Ent-
weder ist das Geld das Maß aller Dinge, dann darf man auch nicht von
seiner veränderten Kaufkraft reden; spricht man aber davon, so richtet
sich ganz von selber der Blick auf die Güter, die man mit einer bestimmten
Geldsumme erwerben kann.

In der modernen Volkswirtschaft ist die Kaufkraft des Geldes als Stan-
dardbegriff nicht mehr wegzudenken. Es ist daher eine unumgängliche
Notwendigkeit, für die veränderliche Kaufkraft des Geldes eine Meßbasis
zu finden; das ist der Preisindex, dessen reziproker Wert der Kaufkraft
des Geldes entspricht. Die zweifellos vorhandenen Ungenauigkeiten bei der
Indexberechnung sind kein Grund, die auf dem Indexgedanken basierenden
Erkenntnisse in ihrer Gesamtheit zu verwerfen. Der Index wird notwendig
gebraucht; also berechne man ihn so gut es geht und nehme die Ungenauig-
keiten in Kauf. Das mit der Dynamischen Währungsordnung anzusteuern-
de Ziel lautet, *mit den vorhandenen Mitteln eine optimale Wirkung* heraus-
zuholen; und hierzu bildet das bereits seit Jahrzehnten von den statistischen
Büros ermittelte Zahlenmaterial eine ausreichende Basis.

Auswirkungen.

Die Folgerungen, die sich durch die Einführung der Dynamischen Währungsordnung im Wirtschaftsleben abzeichnen, können im Rahmen dieser Niederschrift in großen Zügen erörtert werden.

Zunächst sei vermerkt, daß sich im Konsumsektor keine Besonderheiten abzeichnen. Die Preise (das heißt die in Geldmark gemessenen Nominalpreise) steigen zwar langsam an, und wenn der Arbeiter am Zahltag jeweils einen entsprechend höheren Geldbetrag in seiner Lohntüte vorfindet, tangiert ihn diese Entwicklung nicht. Er interessiert sich nicht für die technischen Details, das braucht er auch nicht; er ist zufrieden mit seinem *kaufkraftbeständigen* Lohn und der Sicherheit seiner Existenz und seines Arbeitsplatzes. Alles übrige spielt sich auf höherer Ebene ab.

Dennoch wird der Einzelne bald merken, daß das Ansteigen der Preise nur eine Fiktion ist und in Wirklichkeit die Kaufkraft des Geldes abnimmt, denn er wird mit den neuen Verhältnissen laufend konfrontiert, einmal durch seinen Monatsgehalt oder seinen Wochenlohn, der entsprechend der Preisentwicklung laufend anwächst und auf der anderen Seite, wenn er Miete und Stromrechnung bezahlen muß, denn diese werden auf Realmarkbasis errechnet, was sich von Monat zu Monat in einem langsam ansteigenden Geldbetrag niederschlägt.

Eine weitere Gruppe im Wirtschaftsleben, welche die Folgen der Dynamischen Währungsordnung zu spüren bekommt, sind die *Gläubiger und Schuldner*.

Für die auf Geldmark lautenden Schuldverhältnisse gilt der Grundsatz, daß der Darlehensgeber, das heißt der Sparer im weitesten Sinne, nur den 3,5 % p. a. übersteigenden Zinsbetrag seiner Geldforderung versteuern muß, denn diese 3,5 % sind kein Einkommen, sondern *Werterhaltungsaufwand*.

Aufgrund des aus der theoretischen Mathematik bekannten Dualitätsprinzips folgt logischerweise, daß den Schuldnern in ihrer Eigenschaft als Gegenkontrahenten der Sparer, nur der 3,5 % übersteigende Teil ihres Zinsaufwandes als steuerlich absetzbar zugestanden werden kann, denn diese 3,5 % sind Geldentwertungsgewinn (Inflationsgewinn), der reales Einkommen darstellt und daher gerechterweise der Steuerpflicht unterliegen muß. Der Finanzminister braucht daher nicht zu befürchten, daß sein Steueraufkommen geschmälert wird, denn es handelt sich lediglich um eine Verlagerung.

Nettoerträge aus Realvermögen (Dividenden, Gewinnanteile, Pacht- und Mieteinnahmen und ähnliches) sind naturgemäß als reales Einkommen voll steuerpflichtig.

Etwas komplizierter liegt die Situation bei den Lebens- und Pensionsversicherungen.

Die Grundlage im Versicherungsgeschäft sind Erfahrungswerte, insbesondere die mittlere Lebenserwartung, aufgrund derer die Prämien errechnet und die Prämienreserven (wie bei einem Ratensparvertrag) für jeden Einzelfall angesammelt werden. Die Versicherungsträger richten bei ihren Kalkulationen jedoch ihr Hauptaugenmerk auf die liquiditätsmäßigen Belange; sie achten darauf, daß die innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes (in der Regel das Kalenderjahr) anfallenden Leistungen durch die laufenden Beitragszahlungen kollektive Deckung finden. Sie handeln also nach dem Grundsatz einer Versicherung auf Gegenseitigkeit, so daß den nach versicherungsmathematischen Regeln für jeden Einzelfall gebildeten Prämienreserven nur platonischer Charakter zugesprochen werden kann.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Versicherungsträger mit Prämien erhöhungen sofort bei der Hand sind, sobald sich die Gefahr abzeichnet, die Reserven angreifen zu müssen.

Die öffentlichen Versicherungsträger haben ihre Rentenverpflichtungen bereits dynamisiert, ohne daß sich dies auf die Reserven nachteilig ausgewirkt hätte. Sie waren hierzu in der Lage, weil sie infolge der steigenden Löhne und Gehälter von ihren Versicherungsnehmern laufend höhere Beiträge kassierten. Die öffentlichen Versicherungsanstalten genießen damit einen Vorteil, der den privaten Versicherungsgesellschaften entgeht. Zwar gewähren letztere ihren Versicherten im gewissen Umfange eine Beteiligung am Gewinn, die entweder der Erhöhung der Versicherungssumme dient oder auch auf die Prämie angerechnet wird. Bei Fälligkeit der Versicherungssumme ist alsdann die Enttäuschung groß, weil der Versicherte beim Abschluß der Versicherung von der Vorstellung ausging, was er sich von dem Geld alles anschaffen könnte. Und jetzt, nachdem er seine Prämien zwanzig oder dreißig Jahre lang treu und brav bezahlt hat, erhält er einen Betrag von halber Kaufkraft. Eines darf der Versicherte dabei nicht übersehen, er zahlte keine kaufkraftbeständigen Prämien, da das Geld mit dem er zahlte, eine stetig geringere Kaufkraft repräsentierte. Zwar erhielt er außer-tourliche Gewinnanteile, die jedoch bei weitem nicht ausreichten, die während der Versicherungslaufzeit eingetretene Geldentwertung wettzumachen.

Die Dynamische Währungsordnung aber ebnet den Weg zum Abschluß kaufkraftbeständiger Pensions- und Lebensversicherungsverträge. Das setzt naturgemäß voraus, daß der Versicherte kaufkraftbeständige Prämien bezahlt; das bedeutet, daß sich die Prämie jährlich um die gesetzlich fixierte Preissteigerungsrate erhöht (vergleiche hierzu die Tabelle auf Seite 69).

Die mathematische Grundlage für Lebens- und Pensionsversicherungen ist die aus der Schulzeit bekannte Rentenformel:

$$rq \cdot \frac{q^n - 1}{q - 1} = z,$$

wobei

r = Rate (Prämie)

q = Zinsfaktor

n = Zeit in Jahren

z = Endkapital.

Als neue Größe ist in die Formel einzubauen:

u = Preissteigerungsfaktor,

der im Rahmen der Dynamischen Währungsordnung vom Staat mit 1,03 526 49 festgelegt ist; sie erhält dann folgendes Aussehen:

$$rq \cdot \frac{q^n - u^n}{q - u} = z$$

Diese Formel dürfte für das künftige Tabellenmaterial der Versicherungsgesellschaften richtungweisend sein.

Eine weitere Wirtschaftsgruppe, bei der sich die Auswirkungen der Dynamischen Währungsordnung bemerkbar machen, ist Produktion und Handel. Insbesondere sind es die Kapitalgesellschaften, deren Bilanzen den neuen Erfordernissen angepaßt werden müssen.

Auf Seite 67 ist bereits dargelegt worden, daß der Staat die Abgabe von Steuererklärungen in Realmark (oder auf Realmarkbasis) verlangt. Diese Bestimmung verfolgt den Zweck, daß die einzelnen Aktiv- und Passivpositionen mit ihrem realen Wert in der Bilanz erscheinen; es soll ausgeschlossen sein, daß bestimmte Bilanzpositionen, insbesondere die Anlagewerte und Eigenmittel, durch die Geldentwertung angenagt werden.

Naturgemäß können im Rahmen dieser Abhandlung nicht die kleinsten Details für die Aufstellung von Bilanzen nach dem neuen Schema erörtert werden. Immerhin weisen die nachstehenden Beispiele auf die einzuschlagende Richtung hin. Die Beispiele sollen verdeutlichen, welche Verzerrungen im Bilanzbild entstehen, wenn nach dem Grundsatz »Mark ist Mark« verfahren wird.

1. Anlagewerte.

Als Modellfall sei angenommen, daß ein Industrieunternehmen seine Produktionsanlagen erweitert und zu diesem Zweck DM 10 000 000,- investiert mit der Maßgabe, hiervon jährlich 5% (= DM 500 000,-) abzuschreiben; nach zwanzig Jahren wäre demnach der Erweiterungsbau voll amortisiert.

Nun soll untersucht werden, wie sich der reale Inhalt der jährlichen Abschreibungen stellt, wenn die Geldentwertung - die sich laufend verringernde Kaufkraft des Geldes - berücksichtigt wird.

Um das Verständnis der Zusammenhänge nicht unnötig zu komplizieren, soll davon ausgegangen werden, daß die Kaufkraft des Geldes in den vergangenen zwanzig Jahren auf die Hälfte zusammengesmolzen ist. Das stimmt zwar mit den Tatsachen nicht überein, denn die Geldentwertung verlief nicht stetig; sie war von Jahr zu Jahr mal höher, mal niedriger. Der Einfachhalber sei angenommen, daß die Geldentwertung stetig verlief.

Es dürfte nicht besonders schwer sein, zu begreifen, daß sich die Amortisationsraten Jahr für Jahr um die Kaufkrafteinbuße des Geldes vermindern, und die letzte, die zwanzigste Tilgungsrate hat dann nur noch die halbe Kaufkraft, nämlich 250 000 Realmark, obgleich sie nominell 500 000 Geldmark ausmacht.

Gleichermaßen verhält es sich mit der Kapitalsumme von ursprünglich DM 10 000 000,- die außerhalb der Abschreibungen durch die Geldentwertung verringert wird.

Es verhält sich hier ähnlich, wie bei den Lebensversicherungen. Es werden Jahr um Jahr zwar ziffernmäßig gleiche, kaufkraftmäßig aber stets abnehmende Amortisationen geleistet.

Unter den angenommenen Voraussetzungen (Kaufkraftgefälle von 50 % im Laufe von zwanzig Jahren, was mit den Tatsachen ungefähr übereinstimmt) werden auf die beschriebene Art nur 7 100 000,- Realmark abgeschrieben; die restlichen 2 900 000,- Realmark gehen durch die Geldentwertung unter und schlagen sich auf kaltem Wege in der Erfolgsrechnung nieder.

2. Eigenmittel.

In den vergangenen zwanzig Jahren haben die überwiegende Anzahl der Aktiengesellschaften* Kapitalerhöhungen durchgeführt, nicht etwa nur, weil sich der Geschäftsumfang vergrößerte, sondern zum guten Teil auch, weil die Eigenmittel durch die Geldentwertung zusammenschumpften. Die kleinen und großen Aktionäre freuten sich schließlich noch über die billigen Emissionskurse; was aber stak in Wirklichkeit dahinter? -

Die durch die Geldentwertung entstandenen Inflationsgewinne schlugen sich in der Erfolgsrechnung nieder und sind in Form von erhöhten Dividenden den Aktionären zugeflossen. Da sich jedoch mit der laufenden Verringerung der Kaufkraft des Geldes der Geschäftsumfang ziffernmäßig ausweitete, sank der Anteil der Eigenmittel am Geschäftsvolumen laufend ab. Eine Kapitalerhöhung wurde notwendig, um das Verhältnis der Eigenmittel in eine vernünftige Relation zum Geschäftsumfang zu bringen.

Was ist nun in Wirklichkeit geschehen? -

* Bei Aktiengesellschaften lassen sich die Zusammenhänge am anschaulichsten darstellen; sie sind darüber hinaus für jede andere Gesellschaftsform maßgebend.

Aus den beschriebenen Zusammenhängen muß der Schluß gezogen werden, daß die Dividenden zum Teil aus der Substanz gezahlt wurden, und dieses Geld wird dann einige Zeit später in Form von Kapitalerhöhungen von den Aktionären zurückverlangt.

Stünden dagegen die Eigenmittel in Realmark zu Buche, so wären Kapitalerhöhungen zumeist nicht erforderlich. Der Aktionär wird sich dann allerdings mit einer geringeren Dividende bescheiden müssen; dafür entfallen aber die Ausgaben für den Bezug von Jungen Aktien.

Schlußbetrachtung.

Die beschriebenen Auswirkungen der Dynamischen Währungsordnung dürften dem interessierten Leser in anschaulicher Weise verdeutlicht haben, daß es durchaus möglich ist, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum durch ein mäßiges Ansteigen der Preise sicherzustellen, ohne dabei auf die wirtschaftliche Stabilität zu verzichten.

Das hauptsächliche Kennzeichen der Dynamischen Währungsordnung ist die gesetzlich geregelte Preissteigerungsquote von 3,5 % p. a. Damit ist die Sicherheit ebensogut gewährleistet, ja sogar unvergleichlich besser als durch die viel diskutierte Stabilität, von der ein jeder weiß, daß sie ohne soziale Opfer nicht erreicht werden kann.

Inzwischen ist es um die Stabilität etwas ruhiger geworden; offenbar hat man sich an maßgebender Stelle damit abgefunden, daß eine moderne Wirtschaft ohne langsam ansteigende Preise nicht auskommen kann. Diese Einsicht ist begrüßenswert.

Die Dynamische Währungsordnung bringt alles in eine feste Regel; sie hat darüber hinaus noch den Vorteil, gegen Anfälligkeiten jeder Art immun zu sein. Für Interventionen und Improvisationen von Staat und Notenbank, welche die derzeitigen Verhältnisse kennzeichnen, hat die Dynamische Währungsordnung keinen Raum.

Nachwort

Seit Beendigung der vorstehenden Studie sind unterdessen fünf Jahre vergangen. Inzwischen hat die Bundesdeutsche Wirtschaft eine Wandlung erfahren. Die bisherige Überbeschäftigung ist in eine Unterbeschäftigung mit rund einer Million Arbeitslosen umgeschlagen.

Dennoch ist die vorstehende Studie zeitlos und daher stets aktuell. Dies zu begründen, ist der Zweck der nachstehenden Ausführungen.

Die Bundesrepublik hat zwei schwere Jahre (1973 und 1974) durchmachen müssen. Dabei aber handelt es sich aber nicht um eine *Wirtschaftskrise* im herkömmlichen Sinne, sondern schwerpunktmäßig um eine *Strukturkrise*, gegen die mit monetären Mitteln nur sehr schwer anzukommen ist.

Zunächst muß davon ausgegangen werden, daß die Unternehmer und Geschäftsleute wirtschaftliche Kurzstreckenläufer sind; sie werden von dem Bestreben geleitet, die sich gerade bietenden Geschäftsmöglichkeiten auszunutzen. Es gehört ja auch nicht zu ihrem Aufgabenbereich, die aus ihrem Kollektivverhalten resultierenden nachteiligen Folgen, die sich erst zu einem späteren Zeitpunkt - nach einer ganzen Reihe von Jahren - einstellen, in ihre Geschäftspraktiken einzukalkulieren; dies ist vielmehr Aufgabe des Staates; und hier sind schwerwiegende Versäumnisse zu registrieren.

Als im Jahre 1945 der Krieg zu Ende war, mußten zunächst die Währungsverhältnisse wieder in Ordnung gebracht werden. Die im Jahre 1948 (Oktober) erfolgte die Währungsreform ging ziemlich glatt über die politische Bühne. Damit war die Grundlage geschaffen, an den Wiederaufbau heranzugehen. Nicht nur die Wirtschaft lag danieder, auch die Städte lagen in Trümmer und das Volk war ausgehungert.

Es war eine Meisterleistung des damaligen Wirtschaftsministers Prof. Ludwig Erhard, dem es durch geschicktes Manövrieren gelang, die deutsche Wirtschaft aufzubauen und zu einem maßgebenden Faktor im Welthandel zu machen.

Im Jahre 1954 fielen die letzten Devisenbestimmungen. Erhard sah damit den Zeitpunkt für gekommen, dem Bretton-Woods-Abkommen beizutreten. Ob dieser Schritt zu den Krisenerscheinungen, die sich bereits im Jahre 1972 abzeichneten, beigetragen hat, ist nicht auszuschließen. Es muß jedoch der Zeitgeist gewürdigt werden, denn als im Jahre 1944 das Bretton-Woods-Abkommen aus der Taufe gehoben wurde, stand die Zahlungsfähigkeit der USA außer jedem Zweifel. Der Dollar war in der ganzen Welt begehrt, und seine Stabilität galt allein schon wegen der hohen Goldreserven als unerschütterlich. Die USA waren anno 1944 trotz des

damals noch nicht beendeten Weltkrieges (in Europa und im Pazifik) das reichste Land der Erde mit einem Produktionspotential, das die gesamte übrige Welt übertraf. Bezüglich der Kaufkraft des Dollars zerbrach man sich nicht den Kopf; er galt als Inbegriff der Stabilität.

Nun ist unterdessen seit Bretton-Woods etwas mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen; an sich eine kurze Zeit; aber sie genügte, das ganze Bretton-Woods-Gebäude aus den Angeln zu heben. Man mußte erkennen, daß der Dollar als Standardgröße auf sehr schwachen Füßen steht. Obgleich diese Entwicklung im Jahre 1954 nicht vorauszusehen war, haben die Bindungen, die die Bundesrepublik durch ihren Beitritt auf sich geladen hatte, in hohem Maße zur einseitig exportorientierten Wirtschaftsstruktur beigetragen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der diese Entwicklung noch forcierte, ist das zum Anfang der 50er Jahre in Scene gesetzte Exportförderungsprogramm; seinerzeit eine notwendige Maßnahme. Die Ankurbelung der Industrie erforderte Rohstoffe und Lebensmittel für die Bevölkerung, die eingeführt werden mußten. Die hierfür notwendigen Devisen konnten nur durch Exporte beschafft werden. Der Erfolg war überraschend, man sprach vom Wirtschaftswunder. Wesentlich hat hierzu die an Not gewöhnte Arbeiterschaft beigetragen; sie freute sich, daß man mit seinem sauer verdienten Geld wieder kaufen konnte, was man begehrte und ihre Lohnforderungen waren maßvoll. Die Kostenstrukturen der Produktionsbetriebe paßten sich erst mit erheblicher Verspätung dem internationalen Niveau an, so daß die deutsche Industrie stets einen preislichen Vorsprung auf den Auslandsmärkten verzeichnen konnte.

Solange sich die Exporte mit wertmäßig gleichen Importen adäquat verhalten hätten, wäre dies als normaler und im Rahmen des Welthandels als ausgewogener Zustand zu bezeichnen gewesen. Die Entwicklung nahm jedoch einen anderen Verlauf.

Bereits zum Anfang der 60er Jahre begann die Situation kritisch zu werden. Erhard überschwemmte die Bevölkerung mit Maßhalteappellen, die er dann durch eine Aufwertung der DM um 5% unterstützen zu können glaubte. Seine Absicht war, die Exportüberschüsse zu bremsen und der Entwertung der DM zu begegnen. Die Maßnahme erwies sich als Flickwerk, denn was bedeuten 5% bei Gewinnspannen von 30-35%. Außerdem zog das Ausland mit; die dortigen Kostensteigerungen hatten die DM-Aufwertung in kurzer Zeit überrollt.

Die Exportüberschüsse stiegen weiter an. Die Kapazitäten reichten nicht mehr aus und mußten erweitert werden. Der Mangel an Arbeitskräften führte schließlich zu einer Masseninvasion von Fremdarbeitern.

Die deutsche Wirtschaft geriet in immer größere Abhängigkeit von der

Exportgüterindustrie, deren Aktivität durch stets wachsende Devisenüberhänge schließlich zur Inflationierung der Inlandswährung führte. Auf diese Weise stiegen die Devisenbestände der Bundesbank in der Zeit vom Mai 1970 bis Mai 1971 von 30 auf 70 Milliarden DM an; entsprechend erhöhte sich der innerdeutsche Zahlungsmittelumlauf.

Wenn das Zirkulationsvolumen einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres um mehr als das Doppelte ausgeweitet wird, so braucht man sich über die Folgen nicht zu wundern, nämlich über Kosten- und Lohnsteigerungen. Merkwürdigerweise wurde die deutsche Exportfähigkeit kaum berührt, weil die Inflationen im Ausland die Wettbewerbsfähigkeit stets zu Gunsten der deutschen Exportindustrie entschied.

Die Unternehmungen verdienten gut; es fiel ihnen nicht schwer, den Lohnforderungen der Arbeiter nachzugeben.

Infolge der Steuerprogression erreichten die Einnahmen des Staates und der Länder unerwartete Ausmaße. Natürlich wurde hierdurch die Reformfreudigkeit der Regierung angeheizt. Der Verwaltungsapparat wuchs über Gebühr, in der Hauptsache bei den höheren Dienststrängen. In früheren Zeiten stellten die unteren Beamten die Mehrzahl des Verwaltungsapparates. Diesen folgten mit Abstand die mittleren Ränge; und an der Spitze standen im Vergleich zur Gesamtzahl verhältnismäßig wenig höhere Staatsdiener. Der Verwaltungsapparat glich einer Pyramide, unten breit und nach oben spitz zulaufend. Leider ist hieraus ein Pilz geworden mit dünnem Bein und breitem Hut.

Auch auf anderen Gebieten war die Regierung sehr großzügig.

Die Wende trat im März 1973 ein, als die deutsche Mark zum vierten Mal von einer Dollarschwemme heimgesucht wurde.

Es ist unerfindlich, welches Motiv den damaligen Finanzminister Schmidt bewogen hat, die Devisenbörsen nicht sofort zu schließen, als Emminger (Vizepräsident der Deutschen Bundesbank) darum ersuchte (Bundesbankpräsident Karsten lag seinerzeit im Krankenhaus) Schmidt ordnete an: »Die Börsen bleiben geöffnet, wir werden den Spekulanten zeigen, wer hier den längeren Arm hat« und ließ einen weiteren Tag vergehen, um alsdann dennoch die Börsen zu schließen. Diese beiden Tage reichten aus, den inländischen Geldumlauf um weitere 20 Milliarden DM zu inflationieren.

Die Loslösung vom Dollar und die Gründung der Währungsschlange im März 1973 brachte jedoch keine Erleichterung, denn die Bundesbank wurde um weitere 10 Milliarden DM angezapft, um einige der Schlange angehörenden Währungen zu stützen. Außerdem hatte sie öffentliche Anleihen in Höhe von etwa 7 Milliarden DM zu Kursstützungszwecken aufgekauft, die ebenfalls in die Geldzirkulation einsickerten. Die einzige Gegenmaßnahme, die der Bundesbank zur Verfügung stand, war die

Erhöhung der Mindestreserven, eine Maßnahme, die sehr oft angewandt wurde und stets wirkungslos verpuffte.

Kein Wunder, daß die Gewerkschaft ÖTV bei ihren Tarifverhandlungen diese maßlose Geldvermehrungspolitik ins Feld führte und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um rund 14 % durchsetzte. Man sprach damals von zähen an Erpressung grenzenden Verhandlungen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Gewerkschaften über sehr leistungsfähige volkswirtschaftliche Abteilungen verfügen, die es ausgezeichnet verstehen, sich an den Bundesbankausweisen zu orientieren und daraus ihre Konsequenzen zu ziehen.

Jedenfalls war damit in den deutschen Wirtschaftskörper mit seiner einseitigen Exportorientierung eine tiefe Wunde geschlagen.

Eine Neuausrichtung in der Wirtschaftsstruktur ist unabwendbar, und das kann mehrere, vielleicht acht bis zehn Jahre und mehr in Anspruch nehmen, denn mit monetären Mitteln ist gegen eine Strukturkrise nicht viel auszurichten.

Das Hauptversäumnis geht auf das Jahr 1960 zurück. Schon damals hätten die Exportpräferenzen abgebaut werden müssen unter gleichzeitiger Loslösung von Bretton-Woods.

Es ginge uns alsdann vielleicht nicht so gut wie heute, aber gewiß auch nicht schlecht, und für Fremdarbeiter wären keine Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden gewesen.

Im Juli 1976

Stichwort-Verzeichnis

Diskont

Vorauszinsen, die bereits bei der Darlehenshergabe von der Schuldsumme abgezogen werden, beispielsweise bei der Diskontierung von Wechseln.

Dispositionsbedarf

Unterhaltung von Barmitteln, die zur Aufrechterhaltung eines normalen Geschäftsbetriebes erforderlich sind. Vergl. auch Liquidität.

Euromarkt

Näheres hierüber:

Taschenbücher für Geld, Bank und Börse, Band 54, Knapp-Verlag, Frankfurt/M.
Verfasser Robert Widmer, Bankdirektor in Zürich

Kontokorrent-Konten

Doppelseitige Rechnung. Überweisungen, Schecks etc. gehen ein und aus. Die Einzelposten werden gegenseitig aufgerechnet; maßgebend ist der jeweilige Kontostand. Das Gegenstück hierzu ist die einseitige Rechnung, wie sie zwischen Lieferanten und Abnehmern üblich ist. Hierbei bewahrt jeder Einzelposten seine Selbständigkeit.

Liquidität

Flüssige Mittel, bestehend aus Bargeld, disponiblen Bankguthaben und sonstigen leicht realisierbaren Aktiven.

Lombardkredite

Beleihung von Warenpartien und Wertpapieren seitens der Notenbank. Der Lombardsatz (Zins) liegt normalerweise um 1–1,5% über dem Diskontsatz.

Mindestreserven

Guthaben, welche die Geschäftsbanken als Liquiditätsreserve bei der Bundesbank zinslos unterhalten müssen. Über die Höhe der Mindestreservesätze bestimmt die Notenbank in eigener Zuständigkeit.

Mindestreserve-Politik

Abwandlung des ursprünglichen Sinnes, nämlich der Reservehaltung, zum währungspolitischen Manipulationsinstrument.

Offenmarkt-Politik

An- und Verkauf von Schatzwechseln bzw. öffentlichen Anleihen durch die Notenbank.

Rediskontierung von Wechseln

Weiterverkauf von Wechseln seitens der Geschäftsbanken an die Notenbank zum jeweiligen Diskontsatz.

Revolving-Effekt

Im laufenden Fluß befindliche wirtschaftliche Einzelvorgänge, die sich summieren und ununterbrochen wiederholen.

Namens-Verzeichnis

- Blessing, Karl*
1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank
- Brüning, Heinrich*
1930–1932 Reichskanzler
- Christen, Dr. Ch.*
Wirtschaftswissenschaftler
- Damaschke, Adolf*
amerik. Sozialreformer
- Eucken, Walter*
Prof. der Volkswirtschaft
- Friedman, Milton*
Wirtschaftswissenschaftler, Begründer der Chicagoer Schule
- Georg, Henry*
amerikanischer Volkswirtschaftler, Bodenreformer
- Gesell, Silvio*
Großkaufmann und Volkswirt
- Giersch, Prof.*
Volkswirtschaftler
- Hoepker-Aschoff, Hermann*
1925–1931 preußischer Finanzminister
- Keynes, John Maynard*
Prof., englischer Nationalökonom
- Luther, Hans*
Politiker, 1930–1931 Reichsbankpräsident
- Machlup, Prof.*
a. d. Princetown University N. J.
- Marx, Karl*
Sozial-Theoretiker, Begründer des Marxismus
- Paulsen, Dr. Andreas*
Prof. der Volkswirtschaft
- Proudhon, Pierre Joseph*
franz. Soziologe
- Ricardo, Davis*
engl. Wirtschaftswissenschaftler, Begründer des Laisser-faire
- Schacht, Hjalmar*
Bankier, 1924–1929 Reichsbankpräsident
- Schröder, Wolfgang*
Wirtschaftsredakteur beim ZDF
- Sohmen, Prof.*
der Volkswirtschaft, Universität des Saarlandes

Steinbuch, Karl, Professor Dr. rer. nat.
Universität Karlsruhe

Veith, Otto
Prof. der Volkswirtschaft, Frankfurt/M

Widmer, Robert
Bankdirektor in Zürich

Literatur-Verzeichnis

Walter Eucken

Grundlagen der Nationalökonomie, 8. Aufl. 1965

Milton Friedman

Die optimale Geldmenge, deutsche Übersetzung 1965

Silvio Gesell

Die Natürliche Wirtschaftsordnung, 8. Aufl. 1948

Carl Hudeczek

Das internationale Währungssystem

John Maynard Keynes

Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Deutsche Übersetzung, 3. Aufl. 1966

Richard Köser, Hans Pfisterer

Die Notenbank. Deutscher Sparkassenverlag 1968

Karl Marx

Das Kapital.

Gerhard Merk

Einführung in die Geldlehre

Dr. Andreas Paulsen

Neue Wirtschaftslehre, 4. Aufl. 1958

Adam Smith

Der Wohlstand der Nationen (1766)

Deutsche Übersetzung 1971

Karl Steinbuch

Unsere Gesellschaft falsch programmiert

Karl Walker

Konjunkturpolitische Betrachtungen.

Neue Europäische Währungsordnung.

Adolf Weber

Allgemeine Volkswirtschaftslehre 6. Aufl. 1953

Robert Widmer

Der Euromarkt

Gerhard Ziemer

Inflation und Deflation zerstören die Demokratie 1971

Ankündigungen

Einladung

zur 6. Jahresveranstaltung 1976

des SEMINARS FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG e. V.

in Verbindung mit der KARL-ARNOLD-BILDUNGSSTATTE, Bonn

- Innerdeutsches Arzte-Wochenseminar -

Beginn: Freitag, den 15. Oktober 1976 um 16.00 Uhr

Ende: Sonntag, den 17. Oktober 1976 um 18.00 Uhr

Tagungsort: Hotel Dahl, 5307 Wachtberg-Niederbachem, Heideweg, Tel. 022 21/
34 10 71

Rahmenthema: Der Vergleich der gesundheitspolitischen Systeme:
Bundesrepublik - DDR

Tagungsleitung: Jürgen Rauh, Bildungsreferent, Eisingen/Pforzheim

Tagesordnung

Freitag, den 15. 10. 1976:

bis 16.00 Uhr Anreise

16.00 bis 16.30 Uhr Begrüßung

Dr. med. H. H. Vogel
Bad Boll

16.30 bis 18.30 Uhr Die ordnungspolitische Relevanz
der gesundheitspolitischen Struktur
in der Bundesrepublik - Aussprache -
Hartmannbundes, Bonn

18.30 Uhr Abendessen

19.30 bis 21.00 Uhr Probleme im Gesundheitssystem
der Bundesrepublik Deutschland,
insbesondere im Krankenver-
sicherungsbereich
Dr. med. Dietrich
von Abel, Vorstands-
mitglied des Hart-
mannbundes, Schwäb.
Gmünd

21.00 bis 22.00 Uhr Plenumsdiskussion

Samstag, den 16. 10. 1976:

8.30 Uhr Frühstück

9.30 bis 11.00 Uhr Das Gesundheitssystem der DDR
unter besonderer Berücksichtigung
der Krankenversicherung
Privatdozent
Dr. med. Gerhard
Kienle, Herdecke

11.15 bis 12.00 Uhr Aussprache

12.00 Uhr Mittagessen

14.30 bis 16.30 Uhr Die ordnungspolitische Relevanz der
gesundheitspolitischen Struktur in
der DDR
N. N.

16.30 Uhr Kaffee

Samstag, den 16. 10. 1976:

17.00 bis 19.00 Uhr	Die Interdependenz des gesundheits-wirtschafts-politischen Systems in beiden deutschen Staaten - Aussprache -	Jürgen Rauh, Eisingen
19.00 Uhr	Abendessen	
20.30 bis 22.00 Uhr	Plenumsdiskussion	

Sonntag, den 17. 10. 1976:

8.30 Uhr	Frühstück	
9.30 bis 11.00 Uhr	Ordnungspolitisch adäquate Lösungsmöglichkeiten der Krankenversicherungsprobleme in der Bundesrepublik	Dr. med. Walter Harleß, München
11.45 bis 12.00 Uhr	Aussprache	
12.00 Uhr	Mittagessen	
14.00 bis 16.00 Uhr	Arbeitsgruppen: I. Probleme im Gesundheitssystem der Bundesrepublik II. Probleme im Gesundheitssystem der DDR III. Die ordnungspolitische Relevanz der Gesundheitspolitik	
16.00 Uhr	Kaffee	
16.30 Uhr	Zusammenstellung der Arbeitsergebnisse Plenum, Abschlusßdiskussion Abreise	

Wir haben uns mit vorliegendem Thema die Aufgabe gestellt, Entwicklungstendenzen unserer gegenwärtigen Gesundheitspolitik daraufhin zu prüfen, ob sie ordnungspolitisch unserem freiheitlichen Rechtsstaat und unserem Grundgesetz entsprechen. Der Systemvergleich kann dabei Wesentliches zur Klärung beitragen.

Wir laden Sie ein, an diesem aktuellen Thema mitzuwirken. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wären wir für recht *baldige Anmeldung* dankbar. *Verbindliche* Anmeldung an das Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll, Boslerweg 11, Telefon 071 64/2572, spätestens bis 12. Oktober 1976 erbeten.

Unterkunft und Verpflegung frei. Die Reisekosten 2. Klasse werden ersetzt. Der Teilnehmerbeitrag beträgt DM 20.-.

Einladung

zur wissenschaftlichen Arbeitstagung (7. Jahresveranstaltung)
des Seminars für freiheitliche Ordnung
in Verbindung mit der POLITISCHEN AKADEMIE EICHHOLZ

Beginn: Freitag, den 5. November 1976 um 18.00 Uhr
Tagungsort: Politische Akademie Eichholz, 5047 Wesseling bei Bonn,
Ruf 02236/33225/29
Rahmenthema: Folgen des Liberalismus auf Wirtschaft, Staat und Kultur
Tagungsleitung: Jürgen Rauh, Bildungsreferent, Eisingen/Pforzheim

Tagesordnung

Freitag, den 5. 11. 1976:

bis 18.00 Uhr	Anreise	
18.30 Uhr	Abendessen	
19.30 bis 20.00 Uhr	Begrüßung, Einführung	Dr. med. Heinz Hartmut Vogel, Bad Boll
20.15 bis 22.00 Uhr	Zur Entwicklungsgeschichte der liberalen Bewegung	Dr. med. Lothar Vogel, Ulm

Samstag, den 6. 11. 1976:

8.30 Uhr	Frühstück	
9.00 bis 10.30 Uhr	Der Wettbewerb als Ordnungsprinzip in Wirtschaft und Kultur	Prof. Dr. rer. pol. Wolfram Engels, Universität, Frankfurt/M.
10.45 bis 12.30 Uhr	Plenumsdiskussion	
12.30 Uhr	Mittagessen	
15.00 bis 16.30 Uhr	Ordnungspolitische Aspekte des Sozialstaatsprinzip	Prof. Dr. rer. pol. Christian Wätrin Universität, Köln
16.30 Uhr	Kaffeepause	
16.45 bis 18.30 Uhr	Plenumsdiskussion	
18.30 Uhr	Abendessen	
20.00 bis 21.30 Uhr	Die ordnungspolitische Aufgabe der Freiheit	Dr. phil. Ernst Winkler, München
21.45 bis 22.00 Uhr	Plenumsdiskussion	

Sonntag, den 7. 11. 1976:

8.30 Uhr	Frühstück	
9.00 bis 10.30 Uhr	Verfassungsrechtliche Gesichtspunkte zum Liberalismus	Prof. Dr. jur. Martin Kriele, Universität, Köln - angefragt -
10.45 bis 12.30 Uhr	Der liberale und soziale Gedanke bei John Stuart Mill	Dr. med. Heinz Hartmut Vogel, Bad Boll
12.30 Uhr	Mittagessen, anschließend Kaffee	
14.00 bis 16.00 Uhr	abschließende Plenumsdiskussion, Zusammenfassung Abreise	

In der gesellschaftspolitischen Diskussion werden immer wieder soziale Spannungen, Störungen der Marktwirtschaft und als sozial ungerecht empfundene Einkommens- und Vermögensunterschiede dem Liberalismus angelastet. Dieser Vorwurf bedarf dringend der Klärung, da die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik auf dem Fundament der Freiheit beruht und mit der Freiheit die Gesamtordnung in Frage gestellt wäre.

Mit den Referaten zum Thema: »Folgen des Liberalismus auf Wirtschaft, Staat und Kultur« soll versucht werden, nachzuweisen, daß nicht der Liberalismus die Soziale Frage heraufbeschworen hat, sondern die nicht konsequent verwirklichte Freiheit.

Wir laden Sie ein, an diesem aktuellen Thema mitzuwirken. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wären wir für recht baldige Anmeldung dankbar. *Verbindliche* Anmeldung an das Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll, Boslerweg 11, Telefon 071 64/2572, spätestens bis 1. November 1976 erbeten.

Kostenzuschuß in dringenden Fällen möglich. Der Teilnehmerbeitrag beträgt DM 50.-, Schüler und Studenten DM 35.-.

Achten Sie bitte auch auf die unten angegebene Veranstaltung.* merken Sie sich den Termin jetzt schon vor und machen Sie auch andere interessierte Menschen auf das Seminar aufmerksam. Bitte fordern Sie rechtzeitig das Programm an.

* 7. bis 9. 1. 1977

Ev. Akademic, Bad Boll Die Rechtsproblematik inflationistischer oder rezessiver
Wirtschaftspolitik

Der Autor dieses Heftes:

Walter Aden, Bankdirektor a. D., 4030 Ratingen, Markt 8

Vorankündigung für Heft Nr. 123/IV 1976

Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. jur. *Willi Geiger*, Karlsruhe

Verfassungsrechtliche Grenzen öffentlicher Kontrollen in der freien Gesellschaft

Privatdozent Dr. rer. pol. *Joachim Starbatty*, Köln

Die Interdependenz von Staat, Wirtschaft und Kultur in der »Utopia« des Thomas Morus

Prof. Dr. phil. *Günther Rohrmoser*, Stuttgart

Notwendigkeit und Grenzen des Staates in einer freien Gesellschaft

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

Fragen der Freiheit, Zweimonatsschrift,
Herausgeber für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (071 64) 2572

Preis Jahresabonnement DM 24.-, sfr. 28.-, ö. S. 180.-
zuzüglich Versandkosten

Einzelhefte: DM 4,50 / sfr. 5,50 / ö. S. 35,-

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 / BLZ 610 500 00

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 2614 04-602
Schweiz: 30-307 31 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck Göppingen

Einem Teil dieser Auflage liegen 2 Programme bei



